

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonntag, den 28. Februar 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (zeitgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumeralo: Vierteljährlich 3,20 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Der Zar von Preußen.

Zeitretet uns, edelsteuende Junker,
Wie in der alten, guten Zeit!
Wir schreien bei eurem Prunkgefunkler,
Wie edelsteuend ritterlich ihr seid!

Und wenn wir mit zerbrochenem Rade
Das Joch geschleppt jahraus jahrein,
Und rüden endlich die Rosaden
Und die Vasallen bei uns ein:

Dann heißt's edelsteuend Illuminieren
Wo sich nur seh'n läßt der Barbare;
Im Transparent, das Blumen zieren,
Steht: Vivat unser Gott, der Zar!

Friedrich v. Sallet (1812-1843).

Der Reichstag erlebte das Wunder preussischer Minister am Regierungstisch. In das Abgeordnetenhaus, wo „Gott sei Dank keine Sozialdemokraten sind“, hatten die Minister v. Hammerstein und Schönstedt ihre Antwort auf die sozialdemokratischen Reichstags-Anfragen gegeben und ihre Reichstagsreden hinter der nichtigen Ausrede, es handle sich um preussische Angelegenheiten, verdeckt. Es bedurfte sehr eindringlicher Mahnung, daß sie die weitere Pflicht endlich aufgaben und im Reichstage Preußen zu vertreten versuchten. Nachdem jetzt die beiden Minister im Reichstage sich vorgestellt, ist allerdings die tief in ihnen wurzelnde Reichstagsfratzenheit wiederum allzu begreiflich geworden. Ruß die preussische Regierungskunst des Chorus der Landräte einbehren, so ist es schnell um den Schein ihrer Erfolge geschehen.

Unser Parteigenosse Haase erwiderte den Ministern, die im Abgeordnetenhaus verurteilt hatten, das preussische Ruffenwesen teils zu verlegen, teils zu verteidigen. Es war ein gründliches Aufräumen all der Verwirrung, die durch die preussischen Minister an den Thatsachen verübt worden war, es war eine eindringliche Kritik der preussischen Ruffenbedienungen. Genosse Haase zeigte an mehreren Stellen, daß die sicherste Gewähr für die Unrichtigkeit von Angaben geboten ist, wenn sie enthalten sind in den Akten des Herrn v. Hammerstein. Er ironisierte die außerordentliche Befähigung des preussischen Ministers des Innern in R i c h t - E r m i t t l u n g und zeigte den Liberalen des Abgeordnetenhauses, daß sie allzu eilig, ohne das Wort der andern Seite zu hören, den Hammersteinischen Nicht-Ermittlungen vertraut hätten. Dann wandte sich der Redner gegen den Justizminister Schönstedt. Er schilderte nochmals die Ungeheuerlichkeiten im Königsberger Prozeßverfahren. Erst durch die Rede des Herrn Schönstedt am 2. d. M. habe er, der Verteidiger der seit fast vier Monaten in Untersuchungshaft gehaltenen Angeklagten, erfahren, worauf die Anschuldbildung sich aufbaut, die Angeklagten selbst kennen bis heute noch nicht einmal die Titel der Schriften, durch deren Inhalt sie russischen Hochverrat und Vorenbeileidigung begangen haben sollen. Die Angeklagten seien hierdurch schwer geschädigt, da es nach so langer Zeit schwer sei, der Urheberschaft der Sendung jenes Teiles der Schriften nachzugehen, die unsinnige Aufforderungen zu Gewaltthatigkeiten enthalten. Genosse Haase stellte unter Zustimmung unserer Fraktion fest, daß kein deutscher Sozialdemokrat daran denkt, solche Tölpelheiten zu befördern, und daß die russischen Sozialdemokraten, mit denen die Angeklagten Beziehungen hatten, dieselbe Meinung über den Terrorismus haben. Freilich mahnte er zugleich die bürgerlichen Parteien, daß sie aus der eignen Vergangenheit verlesen müßten, wenn inmitten der russischen Barbarei das unterdrückte Freiheitsgefühl zu Verzweiflungsthaten treibt. Weiter wies er nach, wie der Justizminister, dessen Stoßge vom Innern und unbegründeter Behauptungen geziehen hatte, ohne jeden Grund und Beweis den sozialdemokratischen Parteivorstand in die Angelegenheit hineinzuziehen versucht hat, und wie die schlimmsten Schauergerüchte, die er aus dem Polizeioffizier ausgepackt hatte, sich in nichtige Harmlosigkeiten auflösen. In schlagenden Zusammenfassungen aller der juristischen und politischen Dienstvorarbeiten brandmarkte unser Redner nochmals die ganze Ruffenmacherei und forderte zur Beseitigung der unwürdigen Zustände die Regelung des Fremdenwesens von Reichs wegen und nach kulturellen Grundgesetzen.

Kun die Minister. Herr v. Hammerstein als erster und Herr Schönstedt als zweiter leisteten eine Selbstkritik des preussischen Ruffenkurses, deren Wirkungen sich auch derjenige nicht entziehen kann, der sich der sozialdemokratischen Anklage gern verschließt.

Es war ein symbolischer Unglücksfall, daß Herr v. Hammerstein mit der Mitteilung ankam, daß er krank sei. Der reichstagskrante Minister entschuldigte sich, daß er nun doch in den Reichstag gekommen sei, er versuchte den gequälten Witz, an den niemand glaubt, daß er sich dazu entschlossen habe, um den „sozialdemokratischen Rückzug“ schnell zu beenden. Herr v. Hammerstein wähnt in seiner Reichstagskrankheit vielleicht wirklich, er sei ein Sieger. Im Abgeordnetenhaus mag es zum Triumphator hinreichen, wenn man alle bewiesenen Thatsachen befreit, um selbst mit unbewiesenen und wirt sich widersprechenden Behauptungen den Gegner zu terrorisieren. Herr v. Hammerstein erklärte, er habe nichts Sozialistisches gehört, nicht ein Fall von Spionage sei festgestellt. Im Abgeordnetenhaus hatte er noch hinzugefügt, er habe die sozialdemokratischen Behauptungen von vornherein für Plunderserien und Klatsch gehalten. Freilich mit solch vorgefaßter Meinung kann auch ein weniger starker Mann als Herr v. Hammerstein eine objektive Ermittlung eines Thatsachens nicht herbeiführen. Der „Vorwärts“ hat bereits in seiner Nummer vom 3. Januar im Artikel „Preußen eine russische Spionageprovinz“ eine ganze Reihe von Individuen bei

genauen Personalien aufgeführt, die zum Spießstabe der russischen „Exzellenz“ zählen. Wir haben insbesondere genau jenen Woly genenzeichnet, der den Dr. Wetsheslaff in Hermsdorf begehigt hat. Diese Ehrenmänner müßten unsere Kennzeichnung ihres Treibens ruhig einstecken und Herr v. Hammerstein hat keinen Versuch gemacht, bei ihnen anknöpfen zu lassen. Herr v. Hammerstein hat alles Material, was ihm im „Vorwärts“ und im Reichstage geboten wurde, unbeachtet gelassen. Er beweist das dem preussischen Reaktionsminister erforderliche Stärkemaß, indem er erklärt: Es ist nichts festgestellt, ich weiß von nichts.

Das einzige, wodurch Herr v. Hammerstein auf empfängliche Gemüter Eindruck machen konnte, war die Behauptung, daß sich in Berlin allerdings Anarchisten aufgehalten haben, die dann in Rußland terroristische Thaten vollführten. Wir können die drei Fälle, die der Minister anführte, nicht nachprüfen. Aber wir meinen, daß gerade, wenn solche Fälle wirklich vorgekommen sind, das russische Spiegeltum erst recht gerichtet ist. Die Fälle würden nur beweisen, daß es unmöglich ist, durch Polizeibewachung diejenigen Männer aufzuspüren, die zu verzweifelter That bereit sind. Die Spiegel finden diejenigen nicht, die wirklich an Gewalt in Rußland denken. Ihr Handwerk bleibt, immer nur diejenigen zu illuminieren und zu verbächtigen, die legale Propaganda betreiben oder völlig Unpolitische sind. Warum wurde Dr. Wetsheslaff begehigt und schließlich ausgewiesen? Nichts irgendwie Verdächtiges liegt gegen ihn vor. Was Herr v. Hammerstein zur Entschuldigung der Spiegeltumtreibe vorführte, beweist nur die Unsichtbarkeit, die innere Zerrüttung Rußlands durch Polizeikünste zu erhalten; was in Rußland selbst unmöglich ist, das ist auch in Preußen zu Rußlands Gunsten unmöglich.

Herr Schönstedt versuchte die Verteidigung des Königsberger Verfahrens. Er wies dabei in mancher Hinsicht von der Position zurück, die er im Abgeordnetenhaus eingenommen hatte; er gab zu, daß das subjektive Verschulden der Königsberger Angeklagten gewiß noch nicht feststehe, er gab auch die Behauptung preis, der sozialdemokratische Parteivorstand sei an dem russischen Schriftengeheimbund beteiligt gewesen. So weit aber Herr Schönstedt sonst das Prozeßverfahren zu rekräftigen sich mühte, vollbrachte er die ebenso ungewollte wie denkbar schärfste Kritik gegen dasselbe und gegen sein eignes Verhalten im Abgeordnetenhaus. Weil Genosse Haase ihm vorgeworfen hatte, daß er aus den Akten einseitige Mittelungen gemacht habe, leh er sich zu dem staunenswerten Geständnis verleiten, daß er selbst die Akten gar nicht kenne. Herr Schönstedt hat also das Parlament durch ein Urteil zu beeinflussen gesucht, das er überhaupt nicht auf Grund des nötigen Aktenstudiums, sondern anscheinend lediglich auf Grund eines staunenswerten Verdicts gewonnen hat! Weiter gedachte Herr Schönstedt die lange Dauer der Haft zu entschuldigen und er offenbarte zu diesem Zwecke die juristisch ungläubliche, aber unferseits von Anfang an vermutete Thatsache, daß die Anklagebehörde so viel Zeit braucht, weil sie die Fäden der Verschwörung erst entdecken will! Bei solcher Auffassung des Strafverfahrens kann die Untersuchungshaft russisch angesehen werden, man läßt die Angeklagten sitzen, bis man etwa Beweismaterial finden mag!

Herr Schönstedt hat sich aber wider Willen politisch hohes Verdienst erworben. Er ließ seine Rede ausfließen in einer politischen Betrachtung, welche die Wirklichkeit des preussisch-russischen Bundes hell beleuchtet. Er gestand zu, daß eine gesetzliche Verpflichtung zum Einschreiten gegen die Königsberger Angeklagten und zum Einholen des russischen Strafverfahrens nicht bestanden hat, und nach diesem Zustände mühte er beantwortete, warum trotzdem das Verfahren also betrieben wurde. Es sei dies geschehen, so erklärte Herr Schönstedt, nicht allein um Rußlands willen, sondern um Deutschlands willen, denn wenn die Schriftenverbreitung nach Rußland Erfolg habe und in Rußland demokratische Zustände entstehen, dann wirke dies gefährdend auf Deutschland zurück!

Herr Schönstedt hat ausdrücklich, unzweideutig, überzeugend den treibenden Grund des preussischen Schergenendienstes für Rußland vor aller Welt bekannt. Die preussische Regierung will die Unantastbarkeit des russischen Absolutismus, weil dieser Absolutismus die Gewähr der preussischen Reaktion ist, weil der Zerfall des russischen Absolutismus auch für Preußen Freiheit und Demokratie ermöglicht.

Niemals ist der politische Grundgedanke, der in Preußen die herrschenden Klassen erfüllt und der zugleich die auswärtige Politik des preussisch-gescheiterten Deutschland beherrscht, so deutlich von der Regierung selbst offenbar gemacht worden. Das Wort, durch das Minister Schönstedt den Prozeß von Königsberg zu retten gedachte, leuchtet taghell in alle Reaktionsgeheimnisse des preussischen Polizeistaates und der Auslandspolitik der neuen Heiligen Allianz.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Ein neuer japanischer Angriff.

Petersburg, 27. Februar. Der Statthalter Alexejew sandte gestern das folgende Telegramm an den Kaiser: Port Arthur, 25. Februar: Nachdem der Mond untergegangen war, schlug die „Aktiwian“ mehrere Male feindliche Torpedoboote zurück, von denen man zwei für vernichtet hält. Unser Torpedoboote unter Kapitän 1. Klasse Matoussjewitsch und Kapitän 2. Klasse Prinz Vizen gingen darauf in See und trafen nur feindliche Torpedoboote, die sie verfolgten; große Schiffe sahen sie nicht. Am Morgen des 25. wurden die Kreuzer „Wojan“, „Diana“, „Wskold“ und „Kowil“ hinausgeschickt, um japanische Kreuzer an der Verfolgung eines Teils unserer zurückkehrenden Torpedoboote zu verhindern. Eins dieser Torpedoboote, von vier japanischen Kreuzern abgeschnitten,

suchte in der Pigeon-Vai-Schub, wo es das Feuer des Feindes aus großer Entfernung auszuhalten hatte; es wurde niemand getötet oder verwundet. Als die japanische Flotte unsere Kreuzer sichtete, ging sie näher an die Forts heran. Diese eröffneten mit den Schiffen um 10 Uhr 50 Minuten das Feuer. Unsere Kreuzer fuhren nach den Torpedoboote, ohne das Feuer zu unterbrechen, in den Hafen zurück. Die Mehrzahl der feindlichen Geschosse erreichte ihr Ziel nicht. Außer einem verwundeten Matrosen hatten wir keine Verluste. Die japanische Flotte zählte 17 Schiffe einschließlich 8 Torpedoboote, während gestern nur 12 Schiffe Port Arthur blockierten.

Tokio, 26. Februar. Admiral Kamimura meldet: Nach dem Verzicht der Torpedoflotte, welche die Befähigung der zum Versenken am Hafeneingang von Port Arthur bestimmten Brander aufzunehmen kommandiert war, ist der Brander „Hokokumaru“ am Hafeneingang und zwar links unter dem Leuchtturm versenkt worden, der Brander „Washimaru“ außerhalb deselben. Beide Schiffe wurden durch die Befähigung versenkt. Die Brander „Tenshimaru“ und „Dohomaru“ liegen südlich von Aoteshan; diese und der Brander „Jinleimaru“ wurden ebenfalls durch die Befähigung zerstört. Sämtliche Mannschaften wurden ebenfalls gerettet, desgleichen ist die Torpedoflotte unbeschädigt zurückgeführt. In der Nacht vom 24. Februar unternahm die Torpedojägerflotte ein Erkundungsgehoft gegen Port Arthur, Tollenwood und die Pigeon-Vai. Am 25. d. M. früh hat die Hauptflotte die feindlichen Schiffe und die Befestigungen von Port Arthur aus großer Entfernung beschossen. Man beobachtete kurz nach Mittag die drei Schiffe „Kowil“, „Wskold“ und „Wojan“, welche sich in den Hafen zurückzogen, und gelangte zu der Ueberzeugung, daß das Versenken der Brander von keinem namhaften Erfolg gewesen. Hierauf eröffnete die Flotte ein heftiges Bombardement auf das Innere des Hafens; man bemerkte Rauchsäulen, die aufstiegen. Während dieser Operation hat unser Kreuzergeschwader einen Torpedojäger in der Nähe von Kotesusan vernichtet. Unsere Schiffe erlitten keinerlei Beschädigung und die Mannschaften keinerlei Verluste. Bei Abgang der Meldung befand sich die Flotte noch in Aktion, Logo befindet sich noch im Vordertreffen. Näheres wird von ihm berichtet.

Ein koreanisch-japanischer Vertrag.

Tokio, 27. Februar. Folgendes Protokoll ist zwischen Japan und Korea am 23. Februar abgeschlossen worden:

Der kaiserlich japanische außerordentliche Gesandte Sahaschi und Generalmajor Het-shi-hong, Minister des Reichens ad interim des Kaisers von Korea, haben auf Grund ihrer Vollmachten die folgenden Artikel abgeschlossen:

Artikel 1. Zur Aufrechterhaltung einer dauerhaften und festen Freundschaft zwischen Japan und Korea und zur Sicherung des Friedens in Ostasien wird die kaiserliche koreanische Regierung volles Vertrauen in die kaiserliche japanische Regierung setzen und deren Ratschläge für die Verbesserung der Verwaltung annehmen.

Artikel 2. Die kaiserliche japanische Regierung wird im Sinne einer festen Freundschaft für die Sicherheit und Ruhe des kaiserlichen Hauses von Korea Sorge tragen.

Artikel 3. Die kaiserliche Regierung von Japan übernimmt die definitive Garantie für die Unabhängigkeit und territoriale Integrität des koreanischen Kaiserreichs.

Artikel 4. Im Falle, daß das Wohl des kaiserlichen Hauses von Korea oder die territoriale Integrität von Korea durch Eingriffe einer dritten Macht oder durch innere Unruhen bedroht werden sollten, wird die kaiserliche japanische Regierung sofort solche Maßnahmen anwenden, als die Verhältnisse erheischen, und in diesen Fällen wird die kaiserliche koreanische Regierung zur Erreichung der japanischerseits getroffenen Maßnahmen das vollste Entgegenkommen an den Tag legen. Die kaiserliche japanische Regierung kann zur Sicherung dieses Zweckes, wenn Umstände es erfordern sollten, auch Positionen besetzen, soweit dieses aus strategischen Rücksichten geboten erscheint.

Artikel 5. Die Regierungen der beiden Reiche werden in der Zukunft ohne gegenseitige Zustimmung mit keinem dritten Staate ein Abkommen eingehen, welches sich im Widerspruch mit den Prinzipien dieses Protokolls befindet.

Artikel 6. Die Einzelheiten in Verbindung mit diesem Protokoll werden durch weitere Abkommen zwischen dem Vertreter Japans und dem koreanischen Minister des Reichens geregelt werden, soweit weitere Bestimmungen darüber sich als notwendig erweisen werden.

Manifest der sozialistischen Partei Frankreichs gegen den Krieg.

Paris, 26. Februar. (Fig. Ver.) Der Erhebungsaufruf des Centralrates der P. S. de F. (Revolutionär-sozialistische Einigkeit) hat soeben ein Manifest gegen den Krieg „an die französischen Arbeiter“ gerichtet, das sich zugleich in schärfster Form gegen die russische Allianz, gegen den Nationalismus und deren französisch-bourgeoise Helfershelfer wendet. Der tiefe, inhaltliche und formelle Unterschied zwischen diesem und dem zaristischen Manifest von Saint-Germain spiegelt sich in die Augen. So kann in Frankreich argumentieren und sprechen nur eine proletarische Partei, eine Partei, die im Gegensatz zu den ministeriellen Sozialisten durch keinerlei Bande an die bürgerlichen Parteien, an die bürgerliche Regierung, an das bestehende Regime gefesselt ist.

Das Manifest beginnt mit der Betonung des notwendigen ursächlichen Zusammenhangs zwischen Krieg und Kapitalismus und fährt dann fort:

„Der Krieg kann und wird verschwinden erst mit der kapitalistischen Produktionsweise selbst, was auch gepredigt oder mit-

Kuldige Politiker sagen und thun mögen, trotz ihrer Schiedsgerichte und ihrer Schiedsgerichtsurtheile, deren Richtigkeit durch die gegenwärtigen Ereignisse bewiesen wird.

Der einzige Feind des Krieges ist das organisierte internationale Proletariat, welches ihn abschaffen wird durch die Ausrottung seiner permanenten Ursachen.

Die sozialistische Partei, die in ihre Reihen alle Arbeiter der Fabrik, der Werkstatt und des flachen Landes ruft, ist die einzige Partei, die den Frieden nicht nur will, sondern ihn auch sicher zu machen kann.

Indem Ihr zu uns kommt, wie es Euer Interesse und Eure Pflicht ist, um an Eurer vollständigen Befreiung zu arbeiten, werdet Ihr zugleich arbeiten an der Einführung einer friedlichen Aera für eine dieses Namens endlich würdige Menschheit.

Aber die Proletarier Frankreichs haben noch eine näherliegende Aufgabe zu erfüllen.

Sie müssen sich wirksam entgegensetzen der Drohung eines allgemeinen Krieges, der durch die Schuld der Regierenden unserer bourgeoisien Republik sich aus den ostasiatischen Ereignissen entwickeln könnte.

Würde Frankreich im Gefolge des Parisismus in diesen Konflikt hineingerissen werden, so bedeutete das auch die Einmischung Englands, der Vereinigten Staaten, — so würden die Proletarier von überaus in einen Kampf gegen einander getrieben werden.

Ihr werdet es nicht wollen, Ihr könnt es nicht wollen. Denen, die Euch von Verpflichtungen sprechen würden, die sich aus einer ungewöhnlichen Alliance ergeben, die bisher zur einzigen Wirkung gehabt hat, über acht Milliarden französischen Geldes aufzufangen zum Vorteil des dadurch befestigten Kontinents, — werdet Ihr antworten, daß Euch Vertragsbestimmungen nicht binden können, die von Euch oder Euren Vertretern weder gefannt noch beschlossen worden sind, daß solche Vertragsbestimmungen von Rechtswegen null und nichtig sind, selbst einzig vom bürgerlich-demokratischen Standpunkt, der nicht zugiebt, daß eine Nation ohne ihre Zustimmung durch andre Verpflichtungen eingesehen könnte.

Ihr werdet antworten, daß nebst dem den Arbeitern Frankreichs ausgepreßten Gold nicht auch noch ihr Blut in den Dienst der im Jareneich und im Jaren verkörperten Konterrevolution gesteckt werden wird.

Kein Arbeiterleben, kein Bauernleben darf den Raubgeklüften des moskowitzischen Selbstherrschers und des moskowitzischen Selbstherrschers geopfert werden.

Genossen! Dies die Sprache, die ihr führen müßt in allen Geden und Enden des Landes, in Euren Meetings, Versammlungen und Kundgebungen jeder Art, in Erwartung der Aktion, die schon nächstens notwendig werden könnte.

Eure Herren aller Ränge sollen fühlen, daß jedes Gefährte nach einer bewaffneten Einmischung in der Welt der Arbeit ein unüberwindliches Hindernis finden wird.

Bekämpft laut Euren Willen, Euch einer solchen Einmischung mit allen Kräften und allen Mitteln entgegenzusetzen.

Was für einen Vorwand man auch anrufen mag, jegliche Beteiligung Frankreichs an Kriegen wäre ein Verbrechen gegen das Proletariat, gegen Eure Klasse, gegen Euch selbst.

Schließt Euch uns an, um den usurpationslustigen Regierenden zu bedeuten, daß Ihr es um keinen Preis dulden werdet.

Unterzeichnet von den 15 Mitgliedern des Exekutiv-Ausschusses: Gracq, Chauvin, Dr. Cherevostoff, Dubreuilh, Grouffier, Guesde, Lafargue, Landrin, Marchand, J. Martin, L. Martin, Pécouf, Roland, Toussaint, Vaillant.

Russische Intriquen in London.

London, 25. Februar. Die „Daily News“ bringt heute folgende Mitteilung: Die plötzliche Abreise des russischen Botschafters Graf Wendendorff war eine der Ursachen, die die Panik auf der Pariser und Madrider Börse hervorrief und zu verschiedenen Mutmaßungen den Anlaß gab. Zuerst hieß es, der Graf verließ London, um von seinem nach dem ostasiatischen Kriegsschauplatz abreisenden Sohne in Petersburg Abschied zu nehmen. Dann behauptete man, er gehe nach Petersburg mit einer Mission von König Eduard VII. Es ist nun allerdings wahr, daß der König sich für diese Abreise interessierte, aber die Hauptursache ist zu finden in den Schwierigkeiten, die dem Grafen als Botschafter in London von einigen seiner Landsleute bereitet werden. Außer dem accreditirten Vertreter der russischen Regierung giebt es in London seit Jahren eine andre russische Vertretung: Madame de Nowikoff und Baron Wesselygh, die panslawistische Agenten Nowikoffes, die die Aufgabe haben, die russische Botschaft zu bewachen. Wesselygh stand früher im diplomatischen Dienste Rußlands, jetzt ist er Londoner Korrespondent der „Kosowo Brestnja“. Madame de Nowikoff ist beim Jaren sehr einflußreich. Beide haben dem Grafen große Schwierigkeiten bereitet, sobald er ihre diplomatischen Ansichten nicht teilen wollte. Die offiziellen Berichte des Botschafters und die nichtoffiziellen Berichte Wesselyghs gingen aber so auseinander, daß es dem Minister des Aeußern, Grafen Lamdorff, nicht immer gelang, den Jaren zu überzeugen, daß der Baron und seine politische Egeria im Unrecht seien. Weber Wesselygh noch Nowikoff glauben, daß England seinen Vertragspflichten gegenüber Japan nachkommen würde. Gleichzeitig haben ihre Pariser Freunde den Jaren zu überzeugen versucht, daß der Mikado nur prahle und im letzten Momente nachgeben werde. Eine der ersten Folgen dieser Intriquen war, daß der englische Premierminister Mr. Balfour öffentlich erklärte, England werde alle Verpflichtungen, die ihm der Vertrag mit Japan auferlege, treu erfüllen. Diese Erklärung des Premierministers war nicht nur an die Panlawowisten in London gerichtet, sondern auch an die in Paris, die in Verbindung mit der Clique des Grafen de Mun gegen Delcassé arbeiteten, um ihn zu stürzen und Frankreich zu veranlassen, in Ostasien härter für Rußland einzugreifen. Dieses Intriquen wurde König Eduard VII. von einem hohen französischen Staatsmann aufgedeckt. Der König eruchte deshalb den Grafen Wendendorff, in Petersburg zu erklären, daß ein Neutralitätsbruch Frankreichs ein Eingreifen Englands zu Gunsten Japans nach sich ziehen würde. Es ist noch zweifelhaft, ob Wendendorff nicht zurücktreten wird, wenn Nowikoff und Wesselygh die Oberhand behalten.

Etwas Wahres ist wohl in dieser Mitteilung enthalten. Wesselygh ist ein ganz tüchtiger Kopf, der, soweit bekannt, gegen die ganze ostasiatische Politik Rußlands ist. Die alle Panlawowisten sieht er Rußlands Mission in der Türkei und Persien, ihm ist die ganze Rußlandschure nicht die Knochen eines einzigen Aesalen wert. Madame de Nowikoff ist schon seit langem als eine russische Agentin bekannt, die besonders den tugendhaften Gladstone einzuweisen und ihm über die christliche Liebe Rußlands Privatissima zu erteilen pflegte.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Februar.

Strafvollzug.

Im Reichstag wurde am Sonnabend zunächst die Beratung des Justizetats fortgesetzt. Der erste Teil der Sitzung wurde mit einer angeregten Debatte über das Thema „Strafvollzug“ ausgefüllt. Von freisinniger Seite lag ein Antrag auf Verlegung eines Reichsgesetzes vor, das Selbstbeschäftigung und Selbstbelohnung für diejenigen Personen gewährt, die wegen politischer oder Verbrechen verurteilt worden sind. Der Abgeordnete für Oldenburg, Herr Baumann begründete den Antrag und ging dabei näher auf den Fall des Redakteurs Biermann ein, der wegen Verleumdung des oldenburgischen Ministers Ruchstrat in dem bekannten Prozeß verurteilt worden ist und nun im Gefängnis sehr wenig human behandelt wird. Der oldenburgische Bevollmächtigte nahm sich natürlich seines Regierungskollegen an und suchte die Persönlichkeit Biermanns als so abschaulich hinzustellen, daß irgend welcher Anspruch auf Vergünstigung nicht am Plage sei. Unser Genosse Frohne übernahm

es, dem oldenburgischen Regierungvertreter die richtige Antwort zu geben. Er wies auf die Delegationen hin, die Angehörige unserer Partei während des Socialistengesetzes, aber auch in ruhigeren Zeitläuften in den Strafanstalten zu erdulden hatten. Er ging dann ebenfalls auf den Fall Biermann ein und zog aus dem Ergebnis der Verhandlung den Schluß, daß der Minister weit schuldiger sei als der Redakteur Biermann, der nun die Rache des Ministers zu kosten bekommen.

Endlich erhob sich Herr Niederding, um sachlich zu dem Antrage Stellung zu nehmen. Er redete in seiner bekannten lautmarmen Art, gab Mißstände zu, erklärte auch eine Besserung nicht für unmöglich, aber den vorliegenden Antrag lehnte er als unannehmbar ab. Der Antrag verlangte ein Ausnahmerecht für einen bestimmten Stand und für Ausnahmegesetze sei die Regierung nicht zu haben. Herr Gröber vom Centrum, der gestern zur Abweisung wieder einmal sein demokratisches Herz entdedt hatte, bewies sofort, daß von einem Ausnahmerecht gar keine Rede sein könne, viel eher seien die Festungsprivilegien in diese Kategorie einzureihen. Um aber allen Schwierigkeiten zu begegnen, stellte er den Antrag, daß allen Unterjüngungsgefangenen Selbstbeschäftigung und Selbstbelohnung zu gewährt sei, wie allen Verurteilten, bei deren Strafthat keine ehrlose Gesinnung im Spiele war.

Nur der konservative Abg. Homburg sprach sich gegen den Antrag Gröber aus, von allen übrigen Rednern wurde er bekräftigt. Genosse Stadthagen griff zweimal in die Debatte ein, um dem oldenburgischen Bevollmächtigten klarzumachen, wie wenig angebracht die Behandlung Biermanns nach dem ganzen Verhalten des Ministers, namentlich auch der Ehefrau Biermanns gegenüber sei. Er konnte an klassischen Beispielen belegen, wie gefährlich socialdemokratische Gefangene gefährdet werden, während ganz gemeine Verbrecher aus den sogenannten vornehmen Gesellschaftskreisen, namentlich Mitglieder des Adels alle möglichen Vergünstigungen genießen dürfen. Er wies nach, daß diese Behandlung direkt gesetzwidrig sei.

So anreißend diese Diskussionen waren, das Hauptinteresse konzentrierte sich doch auf den Schluß der Sitzung, in dem die Debatten über das russische Spigelwesen, den Königsberger Geheimbundsprozeß und das Fremdenrecht begannen, die wir an der Spitze des Blattes würdigen.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus hat am Sonnabend die zweite Beratung des Etats der Justizverwaltung beendet. Die Debatte war belanglos, es wurden meist lokale Wünsche geäußert. Nebenbei gingen Klagen über zu geringe Besoldung einzelner Kategorien. Diese Klagen wurden, wie alljährlich, mit dem stereotypen Einwand abgethan, daß es nicht angängig sei, eine einzelne Klasse von Beamten besser zu stellen. Ebenso wurde auch diesmal wieder die Forderung einer einheitlichen Verwaltung der Gefängnisse, die in Preußen teilweise dem Minister des Innern, teilweise dem Justizminister unterstellt sind, zurückgewiesen.

Am Montag steht die Vorlage betr. Bewilligung weiterer Staatsmittel zum Bau von Beamtenwohnungen sowie die zweite Beratung des Etats der Bauverwaltung auf der Tagesordnung.

Deutsches Reich.

Auslieferung russischer Deserteure?

Im preussischen Abgeordnetenhause hat der Minister v. Hammerstein eine Zeitungsnachricht, wonach zwölf russische Deserteure an Rußland ausgeliefert seien, für eine „infame Lüge“ erklärt. Heute meldet nun die Berliner Korrespondenz, der man Beziehungen zur Polizei nachsagt, das Folgende:

Auf sahnensüchtige oder militärdienstfeindliche Russen wird zur Zeit in Deutschland eifrig gefahndet. Es entzieht sich der allgemeinen Kenntnis, ob diese Erforschung begehrendwerter Russenflüchtlinge nur durch russische Agenten allein oder mit Hilfe der preussischen Polizeibehörden erfolgt. Letztere sind in dessen an der Geschäfte immerhin aktiv beteiligt. So wurde gestern ein junger russischer Staatsangehöriger durch einen preussischen Polizisten über Berlin an die russische Grenze transportiert, um dort von der inzwischen benachrichtigten Grenzbehörde in Empfang genommen zu werden. Der Transport kam aus einem rheinischen Städtchen Moulensstein. Der Arrestant hatte sich angeblich der Militärdienstpflicht entzogen und in Westdeutschland als Barbier- und Friseurgeschäft sein Leben gefristet. Der Polizeifergeant Gröger hatte den Auftrag, ihn an seine Heimatsbehörde an der Grenze auszuliefern.

So berichtet die bürgerliche Korrespondenz. Ist der Fall wahr? Gehört somit die „infame Lüge“ des Ministers Hammerstein zu den Hammersteinischen Wahrheiten?

Aufklärung ist gerade in diesem Fall dringend erwünscht, sowohl hinsichtlich der allgemeinen Behauptung wie der besonderen Angelegenheit. Kein Kulturstaat liefert Deserteure aus. Denkt etwa auch hier die preussische Regierung: Tua res agitur, d. h. wir müssen dafür sorgen, daß Väterchen Soldaten gegen Japan hat? —

Ein Angebot!

Wir werden um die Veröffentlichung des folgenden Schreibens gebeten:

„An den Herrn Justizminister Schönstedt.

Da — nach Aussage des Herrn Justizministers im preussischen Abgeordnetenhause — bei der Hausdurchsicht bei einigen Socialdemokraten in Königsberg „eine Reihe Bücher in russischer und lettischer Sprache vorgefunden und man sich, um den Inhalt der Schriftstücke zu studieren, an Uebersetzer gewandt habe“, so biete ich, weil — immer nach Herrn Schönstedt — die Aufgabe keine leichte sei, da es sehr schwer ist, einen lettischen Uebersetzer zu finden — meine Dienste der hl. Herrinadad — und speciel Herrn Schönstedt — allermähligst an.

Da ich der deutschen und lettischen Sprache vollständig mächtig bin, mich aber auch der Inhalt der terroristischen, nihilistischen und anarchischen lettischen Schriftstücke äußerst interessiert, so erlaube die hochverehrte Justitia um geß. Insendung dieser gottverdamnten lettischen 111 Nord- und Totschlagbücher, da ich nichts dergleichen, trotz genauer Kenntnis aller lettischen Schriften, bisher jemals gesehen habe.

Liburtius der Lette.

NB. Meine Adresse erfährt der Herr Justizminister durch die Redaktion des „Vorwärts“.

Reichstreuer Freisinn. Unter der Ueberschrift: „Freisinnig-antifeministisches Traktat“ würdigt die „Berliner Zeitung“ die Mitteilung, daß der Vorstand der freisinnigen Volkspartei in Kassel die Erklärung veröffentlicht hat, für die Stichwahl in Schwesig-Schmalldeden werde keine Parole ausgegeben.

Koch weiter geht das freisinnige Lokalblatt der „Thüringer Hausfreund“, der direkt Reklame für den Antifeminismus macht. Von einer Versammlung in Kleinshalkalden heißt es, an dem lebhaften Beifall, der Raab zum Schluß seiner Ausführungen gezeigt wurde, beteiligten sich „auch die anwesenden Freisinnigen, die auch wohl ohne Ausnahme der Aufforderung des Redners, nun zur Stichwahl alles Fremde zu vergessen und einmütig den Kampf gegen die Socialdemokratie zu führen, wie es auch im vorigen Jahre

geschehen sei, Folge leisten dürften.“ Dem „Wigenhäuser Kreisblatt“ wird aus Niederhorn berichtet:

Die Ansprachen fanden bei den anwesenden Mitgliedern aller bürgerlichen Parteien lebhaften Beifall. Mit großer Einmütigkeit erklärten alle, insbesondere auch einige freisinnige Herren, daß sie mit ihrer Stimme dazu beitragen wollten, daß ebenso wie bei allen früheren Stichwahlen der Ansturm der Socialdemokraten durch die Einigkeit und Vaterlandsliebe aller reichstreuen Wähler auch diesmal abgelenkt werden würde.

Frägt sich nur noch, ob der reichstreue Freisinn von den Liebermännern oder die Liebermänner vom reichstreuen Freisinn demnächst aufgekauft werden. —

Kasernenziehung als milderer Umstand. Aus Marburg wird uns geschrieben: Einen zeitgemäßen Einwand zum Zwecke seiner Verteidigung vor Gericht machte ein hiesiger Fuhrknecht. Er war mit seinem Gepan auf der Straße in eine ihm be gegnende Abteilung Jäger hineingefahren, so daß diese auf das Trottoir anzuweichen mußten. Von dem Führer der Abteilung zur Rede gestellt, belegte er diesen mit einer Auswahl heftiger Schimpfworte. Deshalb stand er heute unter der Anklage der Verleumdung vor dem Schöffengericht. Er war geständig, behauptete aber, seine Worte seien nicht als Verleumdung aufzufassen, denn die Rekruten mußten sich von den Borgeführten doch noch ganz andre Verleumdungen gefallen lassen. Er wurde zu 12 M. Geldstrafe verurteilt. —

Im heftigsten Landtag brachte am Freitag der Genosse David gelegentlich der Beratung des Justizetats die Tuldung des Duellwesens in Hessen zur Sprache. Der Justizminister Dittmar erklärte daraufhin: die studentischen Duelle würden doch zumeist nur als „Mausereien in geordneter Form“ angesehen. Man sollte ruhig zusehen, dann würden sie sicher mit der Zeit aussterben“. David, der die Klassenjustiz scharf geißelte, fragte den Justizminister, warum er dann nicht auch die gleich den Duellen verbotenen Messerschereien, Obstdiebstähle usw. ebenfalls durch ruhiges Zusehen „aussterben lassen“ wolle. Eine Antwort darauf blieb der Minister der heftigsten Gerechtigkeit schuldig.

Der so merkwürdige Eisenbahngeschäfte machende Abg. Joub bleibt dießmal in der Kammer, trotzdem ihm am Freitagvormittag der Finanzminister Gnaath „schonend“ im Landtag sagte: Das Vertrauen, das ich den übrigen Abgeordneten entgegenbringe, laun ich Ihnen in Eisenbahnfragen nicht mehr entgegenbringen. —

Der Amtsvorsteher Winter v. Adersbüchel in Scherrebek, dessen sonderbare Amtsgeschloßheiten kürzlich das Hensburger Landgericht beschäftigten, ist nicht mehr im Amte. Angeblich ist er freiwillig davon zurückgetreten. Unmittelbar nach dem aufhebenden Verleumdungsprozeß, der die teutsche Germanisationspolitik in Nord-Sachsen arg kompromittiert hatte, ist auch der Vorausratgeber Westermann aus den Diensten des Amtsvorstehers entfernt worden. In dem Prozesse vor der Hensburger Strafkammer hatten Zeugen erklärt, daß Westermann ihnen gegenüber behauptet hatte, er könne nicht mehr länger mit v. Winter zusammenarbeiten, denn da sei alles Schwindel, Lug und Trug. Ein Oberregierungsrat aus Sachsen und der Landrat aus Habersleben sind in Scherrebek eingetroffen. —

Der § 11 des Preßgesetzes.

Aus München wird uns geschrieben: Unser Kärntner Parteiorgan „Fränkische Tagespost“, hatte in seiner Nr. 23 v. J. einen Artikel veröffentlicht über einen eigenartigen Vorfall. Der Artikel verlegte seiner Zeit die Bevölkerung des Marktes Scheinfeld in große Erregung. Er erzählte, daß die Gemeinde auf Betreiben des Pfarrers beschloßen habe, die drei jüngeren Kinder einer Wittve in eine Waisen-Erziehungsanstalt in Eichstätt zu schaffen. Man habe der Wittve die Mitteilung gemacht, daß die Kinder von der Schule weg zu der Bahn gebracht würden.

Von dem Bürgermeister Köhrich und dem Pfarrer Henniger ging unserm Parteiorgan sodann eine ordnungsmäßig unterzeichnete Verächtigung zu: der Antrag sei von dem Gemeinde-Waisenrat mit Rücksicht auf den sittenlosen Lebenswandel der Mutter gestellt worden. Diese Verächtigung weigerte sich der verantwortliche Redakteur, Genosse Friedrich Westmeyer, aufzunehmen und hatte sich deshalb vor dem Schöffengericht wegen Uebertretung des Preßgesetzes zu verantworten. Er machte geltend, daß er die Verächtigung abgelehnt habe, da sie einen beleidigenden und daher strafbaren Inhalt habe. Das Schöffengericht war der Ansicht, daß der Angeklagte wissen müßte, daß der § 193 auf die Verächtigung anzuwenden sei, sie enthalte daher keinen strafbaren Inhalt und hätte aufgenommen werden müssen. Das Urteil lautete auf 20 Mark Geldstrafe und nachträgliche Aufnahme der Verächtigung. Genosse Westmeyer legte dagegen Berufung ein, die vom Landgericht Kärntberg verworfen wurde.

Westmeyer legte beim Revisionshofenat des obersten Landesgerichts München Revision ein, die sein Anwalt im wesentlichen wie folgt begründete:

Die Verächtigung beschränkte sich nicht auf thatfällige Behauptungen und enthalte Verleumdungen. Nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts sei § 193 nicht anwendbar. Es sei zweifelhaft, ob einem Redakteur schon wegen des Verächtigungszwanges allein der Schutz des § 193 zukomme, da er ja eine dem Gesetze nicht entsprechende Verächtigung auf Grund des § 11 nicht aufnehmen brauchte.

Staatsanwalt Griesmeyer führte aus, die Einsender der Verächtigung seien zweifellos „Beteiligte“ im Sinne des Gesetzes. Nach einer Entscheidung des Reichsgerichts sei auch ein subjektives Urteil, das zugleich eine Thatfache enthält, die von dem Urteile nicht getrennt werden kann, als eine Thatfache im Sinne des § 11 des Preßgesetzes aufzufassen.

Unter Verächtigung vertrete man nicht nur die Nichtigstellung einer unrichtigen Behauptung, § 11 verleihe auch die Befugnis, den ganzen Sachverhalt klarzustellen, damit das Publikum in die Lage kommt, auf Grund der Prüfung des Für und Wider sich eine eigene Meinung über die Sache zu bilden. Mit der Frage, ob die Redaktion sich im Falle der Aufnahme der Verächtigung auf den Schutz des § 193 habe berufen können, habe man es jetzt nicht mehr zu thun. Der Redakteur hatte lediglich zu prüfen, ob die Verächtigung einen strafbaren Inhalt habe. Durch die Konstatierung des Verurteilungsgerichts, daß die Einsender der Verächtigung in Wahrnehmung ihrer Interessen handelten, sei dem Inhalte der Verächtigung der Charakter der Rechtswidrigkeit entzogen.

Das oberste Landesgericht verwarf, dem staatsanwaltlichen Antrage entsprechend, die Revision. Der Angeklagte sei nicht berechtigt gewesen, der Verächtigung die Aufnahme in seinem Blatte zu verweigern, da diese vollständig den gesetzlichen Voraussetzungen entspreche.

Ausland.

Radikale gegen Socialisten.

Paris, 26. Februar. (Via Ver.) Der Teil der Radikalen, der das Cabinet Combes wider Willen unterstützt, möchte zugleich die Bande des Kartells mit den ministeriellen Socialisten lieber heute als morgen loswerden. Aus dieser Stimmung erklärt sich das Scheitern der Pariser Gemeindevahl-Reform in der Deputiertenkammer.

Die Reform beabsichtigte wenigstens die schlimmsten Ungleichheiten zwischen den Pariser Gemeindevahlbezirken zu beseitigen, Ungleichheiten, unter denen vor allem die Arbeiterviertel zu leiden haben. Seit der ursprünglichen Wahlbezirkseinteilung haben sich die Bevölkerungsverhältnisse so sehr verschoben, daß ein bourgeoisier Wähler thatsächlich ein fünf-, zehn- und dreizehnmal stärkeres Stimmrecht besitzt als ein proletarischer Wähler. Das Viertel Clichy-Montmartre — um ein freilich extremes Beispiel anzuführen — zählt 108455 Einwohner gegen 5087 Einwohner des Bienenviertels Gaißon. Hier wie dort aber wird ein Gemeinderatsmitglied gewählt. Die Reform wollte nun, ohne

an die bisherige Viertelteilung zu rühren, den jährlich be-
höllerten Vierteln je einen Stadtverordneten pro 50 000 Einwohner
oder ein Bruchteil davon gewähren. Dadurch würde die Zahl der
Stadtverordneten von 80 auf 94 vermehrt werden.

Die Nationalisten und ihre Bundesgenossen zeteren natürlich
über die Reform, die ihre bisherige Mehrheit im Gemeinderat be-
drohte. Denn diese Mehrheit beruht eben auf der Ungleichheit der
Wahlbezirke. Sie vertritt eine Minderheit der Pariser
Wähler. Die Radikalen aber, sowohl im Gemeinderat, wie in der
Kammer, hatten ursprünglich in Uebereinstimmung und in gemeinsamer
Beratung mit den Sozialisten die Reform befürwortet. Da plötzlich, kurz
vor der Kammerberatung, fiel ein Teil der Radikalen um. Und
warum? Weil die Reform die Zahl der sozialistischen Mandate
vermehrte würde! Dieser Grund wurde von dem radikalen Redner,
Chaumonts, schließlich sogar ziemlich deutlich verraten.

Vergebens appellierte der linksradikale Berichterstatter Manjan
nicht nur an die Gerechtigkeit, sondern auch an das mit
der Gerechtigkeit hier zusammenfallende allgemeine-republi-
kanische Interesse. Vergebens führte er an als Beweis für den
„lokalen Einigungswunsch“ der ministeriellen Sozialisten, daß im
Wahlbezirk des jaureistischen Deputierten, Vagnol, der
infolge der Reform neu hinzukommende Gemeinderatssitz von
den ministeriellen Sozialisten ohne Kampf einem Radikalen
überlassen werden würde, trotzdem der alte Sitz bereits den Radikalen
gehöre. Vergebens endlich unterstützte die Reform der Minister-
präsident, ohne übrigens daran die Vertrauensfrage zu
knüpfen. Der hochheilige Teil der Regierungsmehrheit zog es vor,
das „allgemein-republikanische Interesse“ zu Gunsten der Natio-
nalisten preiszugeben, als im Namen jenes Interesses die
Sozialisten zu begünstigen, bezw. dem Kabinett Combes
eventuell den Vorteil einer nationalistischen Niederlage in den
kommenden Pariser Gemeinderatswahlen zu verschaffen. In der Ab-
stimmung über den Uebergang zur Einzelberatung wurde die Reform
begonnen mit 257 oppositionellen und radikalen gegen 257 links-
parteiliche Stimmen. Die liberal-nationalistische Rechte und das
mehrwahlige Centrum traten zum Ergebnis Beifall.

Schweden.

Ein sozialdemokratischer Vorschlag zur Wahlrechtsreform. Da
der neue Regierungsentwurf zur Wahlrechtsreform durchaus nicht
der Forderung des allgemeinen Wahlrechts entspricht, hat
Sjalmar Branting am Mittwoch in der Zweiten
Kammer im Namen der sozialdemokratischen Gruppe einen
Vorschlag zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts eingereicht,
wonach jeder unbescholtene schwedische Mann, der im laufenden
oder lehrerlosenen Jahre keine Armenunterstützung erhalten hat, vom
vollendeten 21. Lebensjahre ab wahlberechtigt sein soll; gelegent-
liche Unterhaltungen bei Krankheiten oder unverdäuteter Arbeits-
losigkeit sollen nicht den Verlust des Wahlrechts herbeiführen.
Des Weiteren haben unsere Genossen einen Vorschlag eingebracht,
wonach der Reichstag die Regierung ersuchen soll, dem
nächsten Reichstag in Verbindung mit der Einführung des all-
gemeinen Wahlrechts einen Gesetzentwurf über eine neue Wahlkreis-
einteilung zur Ausgleichung des Unterschiedes zwischen Stadt und
Land und zur Einführung von Ein-Namens-Wahlkreisen vorzulegen.
Ferner wird die Aushebung des Wohnsitzzwanges für die Wähl-
barkeit und eventuell Einführung der Bedingung absoluter Majorität
bei den Wahlen verlangt.

Aus Industrie und Handel.

Jahresabrechnung der Dresdener Bank.

Auch die von der Dresdener Bank veröffentlichte Bilanz zeigt
im wesentlichen dieselben Züge, wie die bisher bekannten Jahres-
abrechnungen der anderen Großbanken: eine entschiedene Ausdehnung
des Geschäfts, aber eine hinter dieser Ausdehnung zurückbleibende,
relativ geringe Gewinnsteigerung; höchstens kann man sagen, daß
bei der Dresdener Bank das Verhältnis zwischen Geschäfts- und
Gewinnzunahme etwas kleiner ist, als bei den meisten ihrer
Konkurrentinnen. Der Bruttogewinn beträgt einschließlich des Vor-
trages aus dem vorigen Jahre (= 67 333 M.) 19 859 420 M. gegen
19 482 771 M. im Jahre 1902. Beteiligt sind an diesem Ertrag:

| 1903 gegen 1902 | |
|---|---------------------|
| Sorten und Couponskonto | 142 706 153 487 M. |
| Zinsenkonto | 6 212 653 5 872 374 |
| Wechselskonto | 4 253 285 3 503 736 |
| Provisionskonto | 5 356 304 5 103 955 |
| Effekten- und Konfortialkonto abz. Zinsen | 3 694 567 4 650 290 |

Es haben also die Gewinne auf fast allen Conten zugenommen,
nur das Effekten- und Konfortialkonto zeigt eine Abnahme von rund
956 000 M. Von dem Bruttogewinn kommen zum Abzug
5 737 751 M. (i. B. 5 709 427 M.) für Handlungsunkosten und
Steuern, ferner 193 899 M. für Abschreibungen auf Immobilien und
Contocorrent-Konto. Es verbleibt ein Reingewinn von 13 924 769 M.
(i. B. 13 659 199 M.), der nach dem Vorschlage der Verwaltung
folgende Verwendung finden soll: 600 000 M. (wie i. B.) zur Ab-
schreibung auf Bankgebäude, 1 500 000 M. (i. B. 2 700 000 M.) auf
Konfortial-Konto, 72 032 M. dem Pensionsfonds, Dividende 7 Proz.
(gegen 6 Proz. i. B.). Nach Abhebung der vertragmäßigen
Lantien und der Gratifikationen an die Beamten verbleibt als-
dann ein Saldo von 61 616 M. (i. B. 67 333 M.) zum Vortrag auf
neue Rechnung.

Die Bilanz pro 1903 weist folgende Positionen auf:

| Aktiva | | 1903 gegen 1902 | |
|--|-------------|-----------------|-------------|
| Mark | | Mark | |
| Cassa, Sorten und Coupons | 30 477 801 | 29 706 818 | |
| Wechsel | 115 565 567 | 115 482 366 | |
| Verfügbare Guthaben bei Banken u. Bankiers | 15 227 189 | 9 770 088 | |
| Effekten-Reports | 49 353 382 | 61 587 506 | |
| Waren-Reports Hamburg | 8 478 467 | 8 807 109 | |
| Lombard-Darlehen | 12 822 055 | 10 533 001 | |
| Vorschüsse auf Waren u. Warenverschiffungen | 36 356 200 | 18 883 130 | |
| Dauernde Beteiligung bei fremden Banken | 3 700 139 | | |
| Effekten | 88 168 783 | 30 151 112 | |
| Debitoren | | | |
| a) Banken und Bankiers, durch Effekten gedeckt | 28 015 646 | | |
| b) sonstige Debitoren, gedeckt | 163 597 009 | | |
| c) sonstige Debitoren, ungedeckt | 76 075 237 | 267 687 893 | 223 924 069 |

| Konfortial-Beteiligungen | | 1903 gegen 1902 | |
|------------------------------|------------|-----------------|--|
| Immobilienkonto: Bankgebäude | 30 977 379 | 30 601 017 | |
| diverse Grundstücke | 13 940 983 | 13 713 271 | |
| | 1 236 986 | 1 500 213 | |

| Passiva | | 1903 gegen 1902 | |
|-------------------------|----------------|-----------------|--|
| Aktienkapital | 130 000 000 | 130 000 000 | |
| Reservefonds | 34 155 780 | 34 000 000 | |
| Depositen | 108 201 227 | 93 212 203 | |
| Kreditoren | 217 416 212 | 185 882 245 | |
| Dahon auf feste Termine | 106 005 600 M. | | |
| Accepte | 129 339 601 | 115 364 228 | |

Deutlich zeigt sich in diesen Ziffern das Wachsen des Geschäfts-
umfanges: die Depositen haben um 15, die Kreditoren um ungefähr
31, Millionen Mark zugenommen; während auf der Aktivseite die
Debitoren um 44 Millionen Mark gestiegen sind. Allerdings ist
diese Geschäftsausdehnung zum Teil auf Kosten der Liquidität er-
folgt. Die Bilanz macht den Eindruck, als sei es vor allem der
Verwaltung daran gelegen, auf ihrem Reformmarsch voran zu kommen,
wenn nicht anders möglich, dann ohne Sicherung der Etappen-
stationen. Zu bedenken giebt z. B. auch die enorme Höhe der un-
laufenden Accepte Anlaß, beträgt doch die Summe der Accepte 129,3
Millionen Mark, beinahe ebenso viel wie das ganze Aktienkapital.

Generalversammlung der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft.

In der gestern abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung
wurde nach einer längeren Begründung durch Herrn Carl Fürsten-
berg der Antrag auf Erhöhung des Aktienkapitals um 16 Millionen
Mark genehmigt. Von den neuen Aktien wird ein Nominalbetrag
von 10 110 000 Mark zum Nennwerte der Aktiengesellschaft Ludwig
Loewe u. Co. als Gegenwert für nom. 15 165 000 Mark Aktien der
Union Elektrizitäts-Gesellschaft übertragen.

Bereinigte Königs- und Laurahütte. In der gestern abgehaltenen
Sitzung des Aufsichtsrats der Gesellschaft berichtete die Direktion
über die Gewinnergebnisse des am 31. Dezember abgelaufenen ersten
halben Geschäftsjahres 1903/04. Nach diesen Darlegungen hat sich
das zweite Quartal etwas günstiger gestaltet, als im vorigen Jahre,
so daß der Ausfall des ersten Quartals dadurch wieder ausgeglichen
wird. Der Bruttogewinn stellte sich nämlich nach Deduktion aller
Unkosten einseh. der Obligationenzinsen auf: I. Quartal 1903/04
2 129 408 M. gegen 2 180 403 M. im Vorjahr, d. i. 50 995 M.
weniger, im II. Quartal 1903/04 1 734 816 M. gegen 1 681 792 M.
im Vorjahr, d. i. 53 024 M. mehr, zusammen im Halbjahr
3 864 224 M. gegen 3 862 195 M. im Vorjahr, d. i. 2 029 M. mehr.

Nach den Angaben der Verwaltung gestaltete sich das Kohlen-
Geschäft ungünstiger als im Vorjahr. Der Wettbewerb englischer
Gas- und Kesselrohre sowie die wachsende Verwendung böhmischer
und inländischer Braunkohle, besonders beim Hausbrand, erschwerten
den Abzug der schlesischen Steinkohle um so mehr, als der äußerst
mitte Winter des laufenden Jahres den Gesamtverbrauch an Haus-
brandkohle in ungewöhnlicher Weise herabminderte. Doch konnten
die Ausfälle bei den Gruben beim Hüttenbetriebe wieder eingeholt
werden. Der steigende Inlandsverbrauch gab den sämtlichen An-
lagen reichliche Beschäftigung und veranlaßte eine Steigerung der
Produktion um 12 Proz. gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahrs.

Lieferungsabstufung für die schweizerischen Bundesbahnen. Der
Verwaltungsrat der Bundesbahnen hat die Verträge mit inländischen
Firmen über die Lieferung von 69 Lokomotiven und 50 Personen-
wagen, sowie die Verträge mit deutschen Eisenwerken über die
Lieferung von Sämen und Eisenbahnen für die Jahre 1906 bis
1908 im Betrage von im ganzen ca. 7 000 000 Frank genehmigt.

Der Fall Frey Meyer. Nach den Feststellungen in der gestrigen
Gläubigerversammlung belaufen sich die Forderungen auf 3 329 700 M.;
an Aktien stehen ihnen ca. 266 000 M. gegenüber, darunter
73 000 M. bar, 74 000 M. Effekten, 5000 M. in Losen und 76 000 M.
Berliner Forderungen, der Rest sonstige Debitoren. In den
Gläubigerabstufungen wurden Vertreter folgender Firmen gewählt:
Berliner Malzverein, Vörländischer Eisenverein, Bankfirma Vetter,
Kathau u. Co., Kommerz- und Diskontobank; sowie außerdem
Heinrich Raab.

Soziales.

Seimarbeiter-Schutz-Kongress.

Wie die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands mit-
teilt, waren bis zum 22. Februar bereits 157 Delegierte angemeldet.
Darunter waren außer von den interessierten freien Gewerkschaften
solche vom Ausbreitungsverband der Gewerkschaften in Rheinland-
Westfalen, Bund deutscher Frauenvereine, Berliner Frauenverein, Berliner
Zweigvereine der internationalen abolitionistischen Föderation, Verband
fortschrittlicher Frauenvereine, Verein Frauenwohl Berlin, Verein
Frauenwohl Bromberg, Verein Frauenwohl und Föderation Hamburg,
Landesverein technischer Lehrkräfte, Bund deutscher Völkervereiner,
Gesellschaft für Soziale Reform, Verein für Fraueninteressen München,
Nationalsozialer Verein München, Schweizerischer Gewerkschaftsbund
und Textilarbeiter-Verband, Ausschuss des Vereins für Socialpolitik.
Als Gäste sind bis jetzt angemeldet: Gewerbeinspektor Dr. Fischer-
Berlin, Gewerbeinspektions-Assistentin Fräulein Reichert-Berlin, Gewerbe-
rat Professor Rente-Berlin, Dr. A. Reiter-Wien von der Gewerbe-
förderung des österreichischen Handelsministeriums.

Der Kongress beginnt am 7. März, früh 9 Uhr, im Saal IV des
Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15.

Die Delegierten werden ersucht, ihr Mandat schon Sonntag,
den 6. März, an die Kongresskommission abzuliefern und dafür die
Delegiertenkarte in Empfang zu nehmen. Dieses Erfordernis richtet
sich auch an die in Berlin wohnenden Delegierten. Die vorherige
Empfangnahme der Delegiertenkarte ist erforderlich, damit am
Montag früh beim Zutritt zum Kongresslokal kein Aufenthalt entsteht.
Für die Vertreter der Presse werden besondere Plätze reserviert.
Die Vertreter der Presse werden gleichfalls ersucht, die Zutrittskarte
Sonntag, den 6. März, in Empfang zu nehmen.

Die Kongresskommission wird an diesem Tage von morgens
8 Uhr bis abends 8 Uhr im Bureau der Gewerkschaftskommission,
Engel-Ufer 15, zweiter Thorweg, parterre, anwesend sein.

Delegierte, die Wohnung nachgewiesen haben wollen, müssen
dies bis zum 1. März unter Angabe der Preisliste dem Vorsitzenden
der Kongresskommission, A. Körsien, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 15,
mitteilen.

Zuhörer haben ohne weitere Anmeldung und Legitimation Zu-
tritt, soweit Raum vorhanden.

Während der Dauer des Kongresses ist im Saal V des Gewerkschafts-
hauses eine Ausstellung von Erzeugnissen der Hausindustrie,
zur Darstellung der für einzelne Produkte der Heimarbeit gezahlten
Löhne, veranstaltet. Der Zutritt zur Ausstellung ist jedermann ge-
stattet und ist dafür gesorgt, daß mit den Verhältnissen der einzelnen
Zweige der Hausindustrie vertraute Personen zur Stelle sind, um
die nötigen Erklärungen zu geben. Ferner wird die zur Zeit vor-
handene Litteratur über Hausindustrie und Heimarbeit zur Aus-
stellung gelangen.

Die Kreishauptmannschaft Leipzig hat in einem an den Klassen-
vorstand und die Kreize gerichteten Schreiben neue Vermittlungs-
vorschläge gemacht. Wir kommen auf die Vorschläge noch zurück,
glauben aber schon heute aussprechen zu können, daß die Klasse
schwerlich auf die Vorschläge eingehen wird.

Der Vorstand der Ortsklasse Solingen hat beschlossen, für
den Fall, daß die Regierung an der Forderung der Anstellung von
noch zehn Ärzten festhält, der Generalversammlung, die diesen
Sonntag stattfindet, die Aufhebung der Familienver-
sicherung vorzuschlagen.

Kerzte und Krankenkassen.

Der Presse geht folgende Erklärung zu:
In letzter Zeit ist wiederholt öffentlich, insbesondere in parla-
mentarischen Versammlungen und einem Teile der Presse der
Meinung Ausdruck gegeben worden, daß die Ortskrankenkassen meist
von einer bestimmten politischen Partei beherrscht und ihre Maß-
nahmen und Beschlüsse von irgend welchen politischen Erwägungen
beeinflusst würden. Gegenüber diesen irrigen Auffassungen sehen sich
die Unterzeichneten, die dem Vorstand ihrer Ortskrankenkasse als
Arbeitgeber angehören, zu folgender

Richtigstellung

1. Die Unterzeichneten sind Anhänger verschiedener politischer
Parteirichtungen, haben aber noch niemals Veranlassung gehabt, ihre
politischen Anschauungen im Gegensatz zu anderen Klassenverbands-
mitgliedern, insbesondere zu den von den Arbeitnehmern gewählten,
gehend zu machen oder anzugeben. Politisch wird weder in den Vor-
sitzungen, noch in den Generalversammlungen, noch bei der
inneren Verwaltung der Kasse getrieben; Arbeitgeber und Arbeit-
nehmer erledigen die der Klasse gesetzlich obliegenden Geschäfte in rein

sachlicher Weise, wobei ausschließlich die Interessen der Klasse und des
Gesamtheit ihrer Mitglieder maßgebend sind.

2. Es ist daher auch durchaus unrichtig, daß die Arbeitgeber im
Klassenverband von den die Mehrheit bildenden Vertretern der
Arbeitnehmer majorisiert oder nicht genügend berücksichtigt würden.
Tatsächlich sind beide Kategorien von Vorstandsmitgliedern in dem
Vertrauen, nur dem Wohle der Klasse und ihrer Mitglieder zu dienen,
vollständig einig, so daß die Beschlüsse des Vorstandes fast regelmäßig
mit Einstimmigkeit gefaßt werden.

Wenn in einigen Krankenkassen eine bestimmte politische Partei-
richtung herrschen sollte, so ist das doch durchaus nicht allgemein und
vor allem in keiner Weise in dem Klassenverband, dem die Unter-
zeichneten angehören, der Fall. Etwas schon aus der Thatsache, daß
eine Mehrheit von Arbeitnehmern gemeinsam mit einer Minderheit
von Arbeitgebern berätet und beschließt, den Schluß ziehen zu
wollen, daß für die Tendenz dieser Versammlung die politische
Richtung der Mehrheit maßgebend sein müßte, wäre ganz verkehrt und
unten Zeitverhältnissen nicht mehr entsprechend. Auf zahlreichen
Gebieten des gewerblichen Lebens haben sich Arbeitnehmer und
Arbeitgeber trotz der grundsätzlichen Verschiedenheit der politischen
Meinungen zu gemeinsamer sachlicher Arbeit zusammengefunden und
fördern in einigem Zusammenwirken die allen in gleicher Weise am
Herzen liegenden Interessen; es sei nur an die Tarifgemeinschaft
der Buchdrucker erinnert, von der niemand, der die Verhältnisse kennt,
behaupten wird, daß in ihr die politischen Tendenzen der Arbeit-
nehmer maßgebend seien.

3. Aus rein sachlichen Gründen stimmen die Unterzeichneten
der auf dem Allgemeinen deutschen Krankenkassentage angenommenen
Resolution zu.

Von den ihnen angebotenen Herrschergelüsten wissen sie sich
vollständig frei. Soweit es das Wohl der Klasse und ihrer Mitglieder
gestattet, werden sie berechnete Forderungen der Kerzte jederzeit
berücksichtigen und befürworten.

Unterzeichnet ist diese Erklärung von 148 Unternehmern
vertreten in 43 Ortsklassen in Leipzig, Berlin, Breslau, Braun-
schweig, Chemnitz, Cannstatt, Cottbus, Darmstadt, Dresden, Düsseldorf,
Frankfurt a. M., Gera, Hamburg, Kiel, Lübeck,
Magdeburg, Mannheim, Nürnberg, Offenbach, Oshag, Plauen i. V.,
Rigsdorf, Stuttgart, Wiesbaden und Wvidau.

Wie die Kerzte kämpfen.

Der „Verband der Kerzte Deutschlands zur Verringerung ihrer
wirtschaftlichen Interessen“ beschäftigt sich in einer Veröffentlichung
in der „Medizinischen Woche“, unterzeichnet K u h n s, mit der Be-
samtmachung des Vorstandes der Ortsklasse Leipzig, wonach sie zur
Einrichtung von Beratungsanstalten Ober- und Assistenzärzte sucht.
Sachliche Einwendungen vermag er gegen die beabsichtigte Ein-
richtung auch nicht mit einem Worte vorzubringen. Er nennt es
lediglich ein „berühmtes System“ und sagt:

„Wir halten es für ausgeschlossen, daß der
ärztliche Kerkzeit in Deutschland genügt, um
den großen Bedarf zu decken.“

Es sollte einmal ein Gegner der Kerzeforderungen die Be-
hauptung wagen, daß es im ärztlichen Stande Kerzzeit gebe. Den
Eindank wollten wir hören. Die Leipziger Ortsklasse beabsichtigt
natürlich nicht, „ärztlichen Kerkzeit“ anzustellen; wir hoffen aber,
daß es außer dem Kerzzeit noch so viel anständige Kerzzeit giebt,
die in den von der Leipziger Klasse gebotenen anständigen Bedingungen
— 3000 M. für Assistenzärzte, 6000 M. für Titrittsärzte und
6000 M. für Oberärzte — die Erfüllung berechtigter Ansprüche sehen.

Zur Reform des Anknappschaffens.

Diesen Sonntag fanden im rheinisch-westfälischen Industrie-
gebiet ca. 20 öffentliche Vergarbeiter-Versammlungen statt, in denen
unter anderem zu der bevorstehenden Beratung der Vergarbeiter-
Kollektive — zu Titel VII des Allgemeinen Preussischen Vergarbeiter-
Gesetzes — Stellung genommen werden soll. Der Verband der Vergarbeiter
hat zu dem Regierungsentwurf bereits einige, eingehend begründete,
Abänderungsanträge gestellt. Diese Anträge bezwecken zu-
nächst Bestimmungen auszumergen, welche der Vereinfachung
und Zentralisation des Anknappschaffens hinderlich sind.

In Preußen allein existieren 73 Anknappschaffensvereine mit einer
Mitgliederzahl von über 610 000 und einem Gesamtvermögen von
114 836 798 Mark Ende 1902. Die beiden wichtigsten Vereine,
der Allgemeine Anknappschaffensverein in Bochum mit 1/3 der Gesamt-
mitgliederzahl aller preussischen Vereine, sowie der Ober-schlesische
Anknappschaffensverein unterhalten kein Gegenseitigkeitsverhältnis, sodaß
bei dem starken Arbeiterwechsel aus Schlesien nach dem
Ruhrevier und umgekehrt sehr viel Arbeiter die in einem
Verein durch jahrelange Beitragsleistung erworbenen Rechte verlieren.
Eine Verschmelzung aller Vereine zu einer allgemeinen Anknappschaffens-
kasse würde mit diesem Hemmnis der Freizügigkeit aufräumen, dazu
die Verwaltung einfacher und billiger gestalten. — Weitere
Abänderungsanträge zielen darauf hin, die Leistungen der
Anknappschaffensvereine zu erhöhen sowie den Arbeitern einen größeren
Anteil an der Verwaltung der Kassen einzuräumen. Bestimmenden
Einfluß haben jetzt, selbst dort wo die Arbeitervertreter im geheimen
Wahlverfahren gewählt werden, tatsächlich nur die Werkbesitzer, ob-
wohl die Arbeiter höhere Beiträge leisten als diese. — Weiter wird
verlangt das Verbot des Zwanges zum Verzicht auf die Kranken-
versicherungspflicht. Der Allgemeine Anknappschaffensverein bestimmt
z. B. durch Statut, daß Halbinvaliden nur dann beschäftigt werden
dürfen, wenn diese von der Krankenversicherungspflicht befreit
sind. — Sodann erklärt sich die Vertretung der Arbeiter für Ab-
schaffung des Systems der Minderberechtigten — unständigen
Mitglieder. Ferner wird verlangt, daß Anknappschaffensmitgliedern,
welche 200 Wochenbeiträge geleistet haben und entlassen werden, die
eingezahlten Beiträge zurückgezahlt werden müssen, speciell soll das
auch gelten für solche Mitglieder, welche aus Gründen nach § 152
der Gewerbe-Ordnung entlassen, das heißt gemäßigert werden. —
Andere Abänderungsanträge beschäftigen sich mit dem Wahlrecht bei
den Vertreterwahlen; es wird Sicherung und Erweiterung der Rechte
verlangt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Tarifbruch der Buchdruckerei Haasenfein u. Vogler.

Western früh bei Beginn der Arbeit sind sämtliche Buch-
drucker obiger Firma entlassen worden, weil sie sich dem tarif-
mäßigen Verhalten der Firma nicht unterordnen wollten. Die
Ursachen waren die folgenden: Die Firma hatte bereits vor einigen
Wochen den seit sieben Jahren im Geschäft thätigen Faktor und den
Obermaschinenmeister (beides Verbandsmitglieder) ihrer Funktionen
betreffend Annahme und Entlassung von Arbeitskräften entzogen.
Es war dem Personal klar, daß mit diesen Maßnahmen gegen das
selbst etwas unternommen werden sollte. Am Freitag traf auch
die „Erwartung“ ein. Es wurden durch den Arbeitsnachweis
des Gutenberg-Vundes mehrere Maschinenmeister eingestellt.
Da die Firma bisher tariffrei und die „Organisation“ des
Gutenberg-Vundes vom Tarifauschuss der deutschen Buchdrucker als
tariffreie Organisation nicht anerkannt worden und dessen Nach-
weise keine Gültigkeit hat, so wurde das Personal bei der Firma
vorstellig, um Aufklärung ersuchend. Die Vertrauensleute des
Personals wurden aber kurz mit der Bemerkung abgewiesen, daß es
der Firma überlassen bleiben müsse, ihre Arbeitskräfte daher zu be-
ziehen, wo sie es für gut befände. Das Personal gab sich mit dieser
Antwort nicht zufrieden, sondern wendete sich an die zuständigen
Instanzen um Vermittlung. Der Gehilfenvertreter Giesecke und
der Gauvorsteher Massini wurden daraufhin vorstellig bei der
Firma, unterbreiteten ihr die Beschwerde der Gehilfen und machten sie
auf die Konsequenzen ihres Vorgehens aufmerksam. Die Firma blieb
trotzdem dabei, daß sie tariffrei bleiben könne, selbst wenn sie ihre
Arbeitskräfte daher bezöge, wo sie es für gut befände. Alle Vor-
stellungen der beiden Vertreter, sie von dem Gehilfen zu über-
zeugen, blieben erfolglos, auch dann noch, als ihr

aussdrücklich unterbreitet wurde, daß im Falle der Entlassung des jetzigen Personals der Tarif-Arbeitsnachweis für sie gesperrt sei. Die Vertreter der Firma begaben sich darauf hin zu dem Prinzipalvertreter des Tarifauschusses und erfordern von ihm die gleiche Abfertigung. Auf seine Frage: „Was haben Sie denn gegen ihr jetziges Personal einzunenden?“ blieben die Herren die Antwort schuldig. Trotzdem die Vertreter der Firma auch hier kein Glück hatten, besahen sie doch den „Mut“, am selben Abend den Vertrauensleuten des Personals zu erklären, daß sie (die Firma) auf ihrem Standpunkt beharre, die bereits engagierten Gutenberghändler nicht entlasse, sondern — es klingt fast wie Hohn! —, daß sie für die Folge ein gemischtes Personal, halb Gutenberghändler, halb Verbandmitglieber, nur beschäftigen wolle. Dies schlug dem Jag den Boden aus. Vergeblich fragte man sich, warum denn dies alles. Seit Jahren sind u. z. Verbandmitglieber beschäftigt und nun auf einmal diese „Neuerung“? Da konnten nur Gewaltmaßnahmen einer Tarifreduktion dahinterstehen. Am Abend versammelte sich das gesamte Personal und nahm Stellung gegen die Herausforderung der Firma. Die Vertreter sämtlicher graphischen Organisationen waren anwesend und einstimmig faßte das gesamte Personal (etwa 120 Personen) den Entschluß, sich mit den Buchdruckern solidarisch zu erklären, sobald die Firma bei ihrem tarifwidrigen Verhalten bleibe. — Am Sonnabendmorgen ging das Personal wie gewöhnlich zur Arbeit. Kurz nach 7 Uhr erwiderte der Herr Geschäftsführer Richter und fragte die Vertrauenspersonen, ob sie sich die „Sache“ überlegt hätten. Die Vertrauenspersonen erklärten, daß das Personal auf seinem Verlangen bestehen müsse, daß der deutsche Buchdruckertarif in allen seinen Teilen von der Firma imgehalten werden müsse, ebenso wie alle sonstigen Bestimmungen des Tarifauschusses; dazu gehöre in allererster Reihe der Tarif-Arbeitsnachweis. Vermittlere der Tarif-Arbeitsnachweis Gutenberghändler, so sehe dem nichts im Wege, sie arbeiten mit jedermann gern zusammen, aber lediglich von dem nichttariftreuen Arbeitsnachweis des Gutenberghändlers Gehülfen zu engagieren, widerspreche ihrer (der Gehülfen) Tariftreue. Darauf erklärte die Firma, daß sie sämtlich entlassen seien. In Ruhe und Ordnung entfernte sich das gesamte Personal. Vom Wagenwäscher bis zum Obermaschinenmeister und Faktor! Sämtliches Buchdruckerpersonal, Stereotypen-, Hilfsarbeiterinnen und Hilfsarbeiter. Nur zwei Gutenberghändler „krönten“ die verlassene Stätte. Draußen erschienen dabei einige behelmte Beamte zum Schutze des Hauses Haasenfein u. Vogler und drückten, die der Gutenberghand zum raschen Erfas für die tarifstreuen Gehülfen reserviert hätte. Dies in Kürze der Sachverhalt. — Da das Tarifamt der deutschen Buchdrucker den Tarif-Arbeitsnachweis für die Firma gesperrt und außerdem der Gehülfenvertreter die Streichung der Firma von der tarifstreuen Liste beantragt hat, so dürfte der Kampf der tarifstreuen Gehülfenschaft gegen die Firma Haasenfein u. Vogler nicht nur für die Buchdrucker, sondern für die allgemeine Arbeiterchaft von hoher Bedeutung sein. Es steht die Tariforganisation der deutschen Buchdrucker (Prinzipale und Gehülfen) gegen den Verächter des Tarifs, genannt Gutenberghand, und läßt es sich noch nicht voraussagen, welche Wellen dieser Kampf für den Gutenberghand schlagen wird. Die Tariforganisation ist durch jahrelange Arbeit mühsam von Prinzipalen und Gehülfen zum Schutze des Gewerbes und zur Erhaltung des gewerblichen Friedens aufgebaut. Derjenige aber, der dies hohe Werk von größter sozialer Bedeutung zu stören gedenkt, dürfte durch die Kraft der Tariforganisation jämmerlich vernichtet werden. Der Vorstand des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer. Albert Raffini, Vorsitzender.

Schlosser! Nach ergebnislosem Verhandeln haben die sämtlichen Schlosser und Schmiede der Firma Köffemann, Greifenlagenerstraße 83, die Arbeit niedergelegt. Die Ursache dieses Streiks ist die Nichtanerkennung des Berliner Schlossertarifs. Trotzdem wir hier mit Zustimmung der Berliner Schlosserinnung und des Verbandes Berliner Schlossereien und verwandter Gewerbe gegen diese Firma vorgehen, lehnte der Inhaber die geringen Forderungen des Berliner Schlossertarifs ab. Da dies der erste Streik zwecks Anerkennung des Tarifs, ja der erste Streik von Berliner Wärschlossern seit dem Jahre 1896 ist, erwarten wir, daß es jeder Schlosser für Ehrenpflicht hält, dafür zu sorgen, daß es unter den Berliner Schlossern keinen Streikbrecher giebt. Inzug ist streng fernzuhalten. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten. Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Zum Streik der Glasperbeiter in Elrich wird gemeldet, daß es dem Gauleiter Martini des Handels- und Transportarbeiter-Verbandes gelang, die Unternehmer zu Unterbondungen zu bewegen. Diefelben zerschlugen sich jedoch. Der Unternehmerverband verlangt bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit und Austritt aus dem Verbände. Die Unternehmer drohen mit Heranziehung fremder Arbeiter. — Alle Arbeiter seien davor gewarnt, nach Elrich zu gehen, um dort als Streikbrecher die schwere, schmutzige und gesundheitschädliche Arbeit zu verrichten.

Rusland.

Die Kasperrung in der Diamantindustrie.

In Antwerpen ist die Situation nach den Mitteilungen, die Louis Romeo der Redaktion von „Het Volk“ machte, recht günstig für die Streikenden und Ausgesperrten. Nach Wiedereröffnung der Volksdiamantschleiferei stehen dem Antwerpener Diamantarbeiter-Verband 1800 Mühlen zur Verfügung, wovon nicht weniger als 800 zu den vom Verband gestellten Bedingungen besetzt sind. Und täglich kommen neue Arbeiter nach dem Verbandsgelände, um Vertrag zu schließen. Nachdem in den Antwerpener Blättern bekannt gemacht wurde, daß Mühlen zu haben sind, meldete sich bis jetzt noch eine Anzahl von Juwelieren und Selbständigen mit zusammen 400 Arbeitern, die sofort oder am nächsten Tage in Arbeit treten konnten. Unter den Juwelieren hat es, wie Romeo weiter ausführt, bereits von vornherein an Einigkeit gefehlt; nachdem nun die große Zahl für die Arbeiter gewonnen ist, scheint aller Zusammenhalt unter ihnen im Schwanden begriffen. Eine Anzahl von Juwelieren bricht einfach den mit ihrer Vereinigung geschlossenen Kontrakt und die Vertragstreuen sehen mit Bedauern, wie jene schleifen lassen.

Verfammlungen.

Zu einer Demonstration gegen den Pazifismus gestaltete sich die sehr stark besuchte Versammlung des Wahlvereins des dritten Kreises, die am Dienstagabend in Frontes Festsälen stattfand. In seinem Referat über den Krieg in Ostasien beleuchtete der Reichstags-Abgeordnete Schöpplin zunächst die Verschlagenheit der russischen Eroberungspolitik. Das Friedensmanifest des Jaren sei nur ein Mittel gewesen, sich Zeit zu verschaffen, den Bau der transsibirischen Bahn zu vollenden. Man habe deshalb keine Veranlassung, das rasche Vorgehen Japans zu verdammen. Sollte Japan warten, bis Rußland ganz gerüstet dasteht? Die Diplomatie lenne keine ethischen Rücksichten. Das beweise auch die bekannte Emier Depesche des Fürsten Wisnard. Die Sozialdemokratie könne nur den Wunsch haben, daß der russische Despotismus zu Boden geschlagen werde. (Wobhafter Beifall.) Unter stürmischem, sich immer wiederholendem Beifall spricht der Referent über den revolutionären Kampf in Rußland gegen den Pazifismus und die Aussichten seines Erfolges. Die „gelbe Gefahr“ sei keine militärische, aber eine wirtschaftliche, die durch die Politik der Mächte in Ostasien hervorgerufen sei. Mit einer Schilderung des Vorgehens der deutschen Diplomatie, welches Deutschland die Sympathien sowohl von Japan als auch von China entzogen hatte, schloß der Redner unter lebhaftem Beifall der Versammlung. Nach kurzer Diskussion, in der zum Eintritt in den Wahlverein und zum Abonnement des „Vorwärts“ aufgefordert wurde, wurde die Versammlung geschlossen.

Die Mitglieder des 8. Wahlkreises (Kosenthaler Vorstadt) hatten sich am Dienstagabend in Frontes Festsälen, Invalidenstr. 1a, zusammengefunden, um einen Vortrag des Genossen Bartels anzuhören. Das Thema, welches dem Vortrage zu Grunde lag, lautete: „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft.“ So weit es in dem Rahmen eines einstündigen Vortrages möglich war, gab der Redner ein Bild der Entstehung und Entwicklung der sozialistischen Ideen, und behandelte insbesondere eingehend die Bestrebungen und schließlichen Misserfolge der Utopisten St. Simon, Fourier und Owen. In der Diskussion nahm Genosse Guttman Gelegenheit, in längeren Ausführungen das Referat des Genossen Bartels zu ergänzen. In einem Schlußwort ging der Referent noch kurz auf Marx' ökonomische Lehren ein.

Die Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den sechsten Wahlkreis, welche am 23. Februar im „Kösliner Hof“ stattfand, hörte einen interessanten Vortrag des Genossen Weyler über: Das Verbrechen und seine Bekämpfung. Nach historischen Darlegungen über die Entwicklung unfrei Strafrechts und Strafvollzugs, wobei er auch eingehend die darauf bezüglichen Reformbestrebungen behandelte, wies Redner nach, daß die bürgerliche Gesellschaft mit ihren Strafmitteln nicht vermocht habe, das Verbrechen als Strafmittel an Gesellschaftskörper heilend zu bestrafen. Da die Hauptursachen des Verbrechens als soziale Missetatung in den sozialen Verhältnissen begründet seien, so wäre eines der wesentlichsten Mittel zu ihrer Bekämpfung die allgemeine soziale Hebung, eine Sozialpolitik großen Stils. Neben der Förderung der Sozialpolitik müsse eine Erhöhung der Schulbildung, eine Verbesserung der Volksebildung einher gehen. Und dann eine Reform des Strafrechts und des Strafvollzugs. Auch die Sozialdemokratie müsse den letztgenannten Gebieten Aufmerksamkeit schenken. Durch eine Verbesserung und Humanisierung des Strafrechts und Strafvollzugs könne ebenfalls dahin gewirkt werden, Verbrechen zu verhindern, Verbrecher zu heilen. Die statistisch feststehende, trage eine Hauptschuld an den vielen Verbrechen im Rückfalle unter Strafvollzug. Als ein wesentliches Mittel, erzieherisch auf die zu wirken, die sich einmal zu einem „gemeinen Vergeben“ hinreißten ließen, sei die bedingte Securtierung anzusehen. — Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Der Vorsitzende, Genosse Freyhalder, ermahnte die Versammelten, dafür zu sorgen, daß sich die meisten Mitglieder nicht bloß an den Zahlenden genügen ließen, sondern auch in den Versammlungen des Vereins erschienen.

Centralverband der Maurer. Am Mittwoch hielt der Zweigverein Berlin eine Generalversammlung ab, die zunächst den Geschäftsbericht für das vergangene Jahr entgegennahm. Der Vorsitzende Frisch berief auf den gedruckten Bericht und besprach dann die wichtigsten Ereignisse aus dem verfloffenen Geschäftsjahr der Organisation. Hieraus erstattete der Kassierer Ledmann den Kassierenbericht für das IV. Quartal v. J. Nach einer Diskussion, in der Einzelheiten des Berichts erörtert wurden, erteilte die Versammlung dem Vorstand Decharge und bewilligte dem Kassierer, einem Antrage der Revisoren gemäß, für das abgelaufene Geschäftsjahr ein Monatsgeld von 150 M. Den Hilfskassieren wurde $\frac{1}{10}$ Proz. ihrer Einnahme als Monatsgeld zugewilligt und ferner beschlossen, daß die im Bericht als verloren aufgeführten Quittungsmarken von denen, die sie verloren haben, mit ihrem vollen Betrage zu bezahlen sind. — Hieraus nahm die Versammlung einen kurzen Bericht der Beschwerdekommission ohne Debatte entgegen. — Zur Gauskonferenz wurden delegiert: Thöns, Wulf, Reugebauer, Kitzel, Dähne, Häfel. — Die Wahl der Leitung des Zweigvereins wurde verlagert, zu diesem Zweck soll eine besondere Generalversammlung einberufen werden.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer hielt am Sonntag, den 21. Februar, im Grand Hotel Alexanderplatz seine Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Hinscheiden der Kollegen Zimmermann, Warrat, Suttus sowie des Genossen Emil Rosenow in üblicher Weise. Hieran anschließend erstattete der Vorsitzende Regle den Geschäftsbericht, Kater den Ausschussbericht, Kaufmann den Kassierenbericht für 1903. Derselbe ist in Broschürenform den Mitgliedern zugestellt.

Eingetreten sind im Laufe des Jahres 339 Mitglieder, 15 wurden ausgeschlossen. 50 hatten sich abgemeldet, gestorben sind 17. Am Schluß des Jahres hatten 2479 Mitglieder ihre Papiere vollständig in Ordnung. Der Kassierenbericht ergab eine Einnahme von 111 882,00 M., eine Ausgabe von 87 340,00 M., Bestand am 31. Dezember 1903 74 563,00 M. Für Mahregelungen und Sperrten im eigenen Beruf wurden 6855,50 M. für Rechtsanwalts- und Gerichtskosten 719,07 M., an Unterhaltungen 431 M., für Streikunterstützungen anderer Berufe 6118,30 M. ausgegeben. Das Abonnement der „Einigkeit“ erforderte inklusive Verbreitung 8857,48 M. Nachdem die Revisoren die Richtigkeit bestätigt, wurde der Vorstand entlastet. Auf Antrag des Ausschusses wurde ein Kollege wegen Denunziation ausgeschlossen. Der Lohn für die im Bureau beschäftigten Angestellten soll die Höhe haben, wie er auf den Bauten für Maurer gezahlt wird. Sitzungen des Vorstandes und des Ausschusses werden wie bisher mit 75 Pf. entschädigt. Gewählt wurden als erster Vorsitzender Heinrich Reyle, als zweiter Ernst Jämer, als erster Kassierer Robert Kaufmann, als zweiter Gustav Lehmann, als erster Schriftführer Ernst Strohschein, als zweiter Hans Büchner. Kontrollreue werden Julius Gehl und Heinrich Köhling, Ausschussmitglieder Otto Denier, Frh Kater, Paul Ramp, Hermann Schoray und Wilhelm Jisch. Als Hilfskassierer wurden die von den 22 Zahlstellen des Vereins Vorge schlagenen gewählt. Dann wurde der Vorstand beauftragt, beim Ausschuh des Gewerkschaftsartikels zu beantragen, daß das Kartell für alle demselben angeschlossenen Gewerkschaften am 18. März einen Kranz niederlegen soll. Da der Vorstand des Vereins der Pfleisenleger es nicht der Mühe wert hält, über den im Jahre 1902 vereinbarten Vertrag mit dem Vorstand zu diskutieren, beschließt die Generalversammlung: Der zwischen beiden Organisationen vereinbarte Vertrag vom Jahre 1902 wird aufgehoben. Um aber das Interesse beider Organisationen für die Zukunft zu wahren, wurde folgender Antrag angenommen: Jeder Maurer, welcher im Verein der Maurer organisiert ist, hat einen wöchentlichen Beitrag von 25 Pf. zum Fonds der Pfleisenleger zu zahlen. — Es bleibt den Mitgliedern unbenommen, sich auch dem Verein der Pfleisenleger anzuschließen. — Die Mitgliedschaft der Maurer wird denjenigen, die in den Verein der Pfleisenleger eintreten, voll angerechnet. — Für Pfleisenleger, die als solche im Verein der Pfleisenleger organisiert sind, gelten vordiehende Bestimmungen, sobald sie als Maurer thätig sind. — Alle andern Anträge werden wegen vorgeschrittener Zeit bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt.

Der Verband der Dachdecker hielt am 21. Februar seine Mitgliederversammlung bei Feind, Weinstr. 11, ab, um den Bericht über den Verbandstag seitens der Delegierten Gornitz und Janelli entgegen zu nehmen. Die Diskussion über den Bericht wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Schleming erstattete Bericht über den paritätischen Arbeitsnachweis. Danach waren vom August bis Anfang Dezember 556 arbeitslose Kollegen eingetragen. Von diesen erhielten 345 durch den Nachweis und 151 durch Umschauen Arbeit; von 482 offenen Stellen waren also 345 besetzt. In der Diskussion wurde lebhaft bedauert, daß der Nachweis sich nicht in dem Maße bewährt habe, wie es zu wünschen gewesen wäre. Schließlich gelangte folgender Antrag zur Annahme: In Erwägung, daß durch das Umschauen oder sonstige in verschiedenen Formen auftretende Umgehungen des paritätischen Arbeitsnachweises durch einen großen Teil arbeitsloser Kollegen der andre durch die einmal gefassten Beschlüsse zu striktem Innehalten derselben sich verpflichtet führende Teil erheblich geschädigt wird, in fernerer Erwägung, daß diesem Verhalten der ergebnislosen von verschiedenen Arbeitgebern mit der größten Bereitwilligkeit Vorkauf geleistet wird, so daß auf eine Besserung dieser Verhältnisse auch in Zukunft nicht mehr getechnet werden kann, wobei außerdem noch in Betracht kommt, daß von den Arbeitgebern die ihnen aus dem § 6 der Geschäftsordnung zustehenden Rechte in

einer Weise überschritten werden, die sich mit unferer Anschauung in keinen Einklang bringen läßt, um so mehr, als auch die uns zur Verfügung stehenden Rechtsmittel vollständig versagen, beschließt die heutige Versammlung: 1. Der paritätische Arbeitsnachweis wird mit dem ersten und möglichen Termin gekündigt; 2. das Verbot des Umschauens wird für die noch vor uns liegende Periode aufgehoben. — Die Gründung eines neuen Arbeitsnachweises soll in einer der nächsten Versammlungen erörtert und beschlossen werden. Ueber die Verhandlungen mit den Meistern bezüglich der Aenderung des § 10 des Tarifs gab Köppner einen Bericht. Die Versammlung hielt die Vorschläge der Kommission gut und forderte diese auf, ein weiteres Entgegenkommen unsererseits abzulehnen. In der Generalversammlung vom 17. Januar war einem Kollegen eine Unterstüßung bewilligt worden. Der Vorstand, welcher davon Kenntnis erhielt, daß jener schon einmal bei der Firma Wiegank überstunden gemacht hatte — in einer Woche sogar 16 — beschloß, die Unterstüßung nicht auszugeben, sondern der Versammlung die Sache noch einmal zu unterbreiten. Diese beschloß denn auch, unter diesen Umständen die Unterstüßung zu verweigern. Dem Vorsitzenden wurden vom März ab 10 Mark pro Quartal mehr bewilligt.

Der Unterstüßungsverein der Kupferschmiede hielt am 20. Februar im Gewerkschaftshause seine Monatsversammlung ab. Der Vorstand erstattete Bericht über seine Thätigkeit im vergangenen Jahre. Nach demselben fanden 18 Vorstandssitzungen, 3 Vertrauensmänner-Sitzungen und 15 Versammlungen statt. An Lohn Differenzen kam nur eine vor; sie verlief zu Gunsten der Beteiligten. Ein Mitglied wurde bei einer Heizungsfirma wegen Lohnuntreulichkeiten gemahnt. Von der Ausperrung der Brüder und Gürtler wurden 6 Mitglieder betroffen und eins wegen der Waisener auf 5 Tage ausgesperrt. Ein Mitglied erhielt Rechtschutz wegen eines Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung; der Prozeß fiel zu Ungunsten desselben aus. Die Arbeitsgelegenheit war im vergangenen Jahre erheblich besser als 1902 und 1901. Im Maschinenbau, in der Installation, in den Kupferarbeiten und der chemischen Industrie war genügend Arbeit vorhanden, während die Lage im Apparatebau, in Brauerei- und Kochgeschirf-Artikeln viel zu mangelhaft übrig ließ. — Die Einnahmen der Centralkasse beliefen sich inkl. eines Bestandes von 457,94 M. auf 11 298,04 M., die Ausgaben betragen 10 907,13 M. Von den Ausgaben sind folgende Posten hervorzuheben: 4977,58 M. Arbeitslosen-Unterstützung, 735 M. Reise-Unterstützung, 1266,50 M. für Gemahngelde, 2470 Mark wurden an die Centralkasse nach Hamburg abgeliefert und 1020 M. Sterbegeld gezahlt. Die Ziskalkasse hatte inkl. eines Bestandes von 196,00 M. eine Einnahme von 2431,37 M., eine Ausgabe von 2292,76 M., einen Bestand von 188,61 M. Die Einnahmen des Dispositionsfonds betragen inkl. eines Bestandes von 2225,64 M. 4103,66 M. Unter den Ausgaben sind hervorzuheben: 675 M. als Zuschuß zur Gemahngelde-Unterstützung, 585 M. Streikunterstützung an andre Filialen und Gewerkschaften, Bestand 2833,21 M. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1903 402, am 31. Dezember 1903 418. Die Bibliothek wurde von 88 Mitgliedern 23mal benutzt. — Die Kommission, die vor Jahresfrist gewählt wurde, um einen paritätischen Arbeitsnachweis mit der Innung ins Leben zu rufen, teilte mit, daß eine Verständigung erzielt wäre und der Nachweis am 1. April et. in Funktion treten könnte. Die Versammlung erklärte sich einstimmig mit den Vorschlägen einverstanden. — Zur Unterstüßung des Vertrauensmannes für den 4. Agitationsbezirk (Posen und Brandenburg) wurden Lausensohn und Korbowicz gewählt. Den in Rudowen ausgesperrten Kupferschmieden bewilligte man als erste Rate 60 M. — Die Vorgesprache an den Sonntagen im Gewerkschaftshause wurde aufgehoben und finden die Zusammenkünfte vom 1. März ab des Sonnabendabends daselbst statt. E. Weike wurde als Bezirkskassierer und Wendig als Beitragskassierer von der Versammlung bestätigt. Betreffs des den Meistern eingereichten neuen Lohnartikels berichtete der Vorsitzende, daß derselbe abgelehnt worden ist und die Unternehmer erklärt hätten, daß sie sich wegen der Verkürzung der Arbeitszeit auf keine Verhandlungen einlassen können. Es wurde beschlossen, die Verkürzung der Arbeitszeit fallen zu lassen und einen neuen Tarif einzufordern. — Am Grabe der Märzgefallenen soll, wie in früheren Jahren, ein Kranz niedergelegt werden.

Der Kupferverein der Musikinstrumenten-Arbeiter beschloß am 22. Februar, den Heimarbeitersang-Kongreß zu beschiden, und wählte Kameny zum Delegierten.

Der sozialdemokratische Wahlverein zu Adershof hielt am Donnerstag seine ständige Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der erste Vorsitzende, Genosse Tost, dem verstorbenen Genossen Rosenow einen warm empfundenen Nachruf, und erhob sich die Anwesenden zu Ehren des so früh Dahingegangenen von den Plätzen. Den Bericht der Kreis-Generalversammlung gaben die Genossen Lawin, Tost und Hildebrand. Tost schilderte seine Ausführungen in die Gestalt eines einstündigen, mit alseitigem Beifall aufgenommenen Referats. Nachdem er die gesamte Kolonialpolitik Deutschlands einer scharfen Kritik unterzogen hatte, sprach er seine Freude über die in der Generalversammlung des Central-Wahlvereins von Teltow-Weeslow-Storfow-Charlottenburg angenommene Resolution aus, welche die Stellungnahme der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegenüber dem Nachtragetat zur Unterdrückung des Aufstandes der Hereros in Südwestafrika beurteilte. In der Diskussion sprachen sich Arndt und Hildebrandt im Sinne des Referats aus. Es wurde dann Genosse Wölkling einstimmig als Kandidat für die Gemeinderatswahl aufgestellt. Ferner beschloß die Versammlung, am 5. März einen Kurstag abzuhalten. Der Vorstand hat beschlossen, daß Genossen, welche glauben, durch Beteiligung an Wahlen wirtschaftliche Nachteile zu haben, dies vor der Wahl dem Vorstand mitteilen haben.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Japanischer Vorstoß nach der Mandchurei.

London, den 27. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der Korrespondent des „Daily Telegraph“ Bennett Durleigh hat Japan wegen der Censur der Kriegsdepeschen verlassen. Er berichtet nun aus Shanghai, daß seit dem 10. Februar aus japanischen Häfen 40 Transporte in der Richtung nach Dalny, einer Hafenstadt nordöstlich von Port Arthur, abgegangen sind. Weitere Transporte sind seefertig. Port Arthur hat nur für fünf Monate Versperrung.

Türkische Ordensfabrikanten.

Frankfurt a. M., 27. Februar. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Konstantinopel vom 26. Februar: Der Herausgeber der hiesigen Zeitungen „Serbet“ und „Malmurat“ Zahir Bey, der den Titel „Ercelesenz“ hat, ist mit seinen amtlichen Rebalteuren gefesselt verhaftet worden. Das Erscheinen genannter Blätter ist eingestellt, alles gerichtlich beschlagnahmt. Ferner sind mehrere Beamte des Großverwaltungsamt sowie der Adjutant des Großbeziers verhaftet. Sie haben seit zwei Jahren Diplome für Gewährung türkischer Orden an Ausländer gefälscht. Bisher sind gegen 80 Fälschungen von Diplomen festgestellt. Auch einige deutsche Inhaber türkischer Orden sind davon betroffen worden.

New York, 27. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Nach einem Telegramm aus Tschifu landeten eine Anzahl Japaner 30 Meilen nördlich davon; sie behaupten, sie hätten sich von dem am Mittwochmorgen bei Port Arthur gelandeten Kriegsschiffen getrennt. Die „St. James Gazette“ berichtet aus Tschifu, daß ein bei Port Arthur schwer havariertes Kanonenboot Tschifu zu erreichen suchte, aber sank, ehe es diesen Hafen erreichen konnte. Ein Offizier und sieben Matrosen kamen um 7 Uhr abends dort an. Sie wurden von chinesischen Soldaten nach dem japanischen Konsulat eskortiert. Der Offizier berichtete, daß mehrere Boote mit Leuten des Kanonenbootes in einiger Entfernung östlich von Tschifu gelandet seien.

Reichstag.

44. Sitzung, Sonnabend, 27. Februar 1904, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Rieberding, Freiherr v. Hammerstein.

Die zweite Beratung des Justizetats wird fortgesetzt. Zur Verhandlung kommt zunächst folgender Antrag Bargmann (fr. Sp.):

Der Reichsanwalt möge einen Gesetzentwurf vorlegen, durch welchen den wegen politischer Vergehen und wegen Preßvergehen in Untersuchung- oder Straffhaft befindlichen Personen gestattet wird, sich während der Dauer der Haft selbst zu beschäftigen und eine Tageszeitung zu halten, und wonach solche Personen nur mit Arbeiten beschäftigt werden dürfen, welche ihrem bisherigen Berufe und ihrem Bildungsgrade angemessen sind.

Abg. Bargmann (fr. Sp.): Im vorigen Jahre hat der Herr Staatssekretär des Reichsjustizamts bei der Erörterung der Frage eines einheitlichen Strafvollzuges erklärt: „Ich habe niemals geglaubt, daß es einzelne Punkte des Strafvollzuges giebt, die ohne weiteres durch Gesetz geregelt werden können“. Er hat nur eine sofortige allgemeine Regelung des Strafvollzuges durch Gesetz als ausgeschlossen bezeichnet. Unsere Resolution beschränkt sich nun auf einen solchen Punkt, nämlich die Selbstbeschäftigung und Selbstbeschäftigung wegen politischer und Preßvergehen bestraffter Personen. Den früheren Anstoß zu dem von uns bereits länger beschlossenen Vorgehen hat der bereits hier mehrfach erwähnte Fall des Redakteurs Biermann in Oldenburg gegeben, über den ja der Herr Kollege Stadthagen vor kurzem ausführlich gesprochen hat. Dieser Fall beweist evident, daß eine Änderung des Strafvollzuges in der Richtung unserer Resolution nötig ist. Es ist heute vollständig in das Bewußtsein der Aufsichtsbehörden gesickert, ob einem Gefängnissträfling Selbstbeschäftigung und Selbstbeschäftigung gewährt werden soll. Diese Verhältnisse weisen doch auf die Notwendigkeit der einheitlichen Regelung des Strafvollzuges im Reichsgebiet hin. Insbesondere muß den Journalisten durch ein besonderes Gesetz die Selbstbeschäftigung und das Halten einer Zeitung gestattet werden. Eine Zeitung gehört zum Handwerkszeug eines Journalisten. Wenn er keine Zeitung hat, verliert er jede Fühlung mit seinem Beruf und wird noch über die Dauer der Straffhaft hinaus schwer geschädigt.

Aus diesen Erwägungen heraus habe ich im Verein mit meinen Freunden dem Hause unsere Resolution unterbreitet. Die Zeitung muß der Sträfling sich selbst wählen können. Sonst wird Verumnützung, Wohlthat Plage. Was soll z. B. ein sozialdemokratischer Inhaftierter mit der „Kreuzzeitung“ oder dem „Reichsboten“? (Seiterkeit.) Schon 1876 bei Gelegenheit eines nationalliberalen Antrags auf reichsrechtliche Regelung dieser Frage äußerte sich Windthorst ganz im Sinne unserer heutigen Resolution. Er verlangte Selbstbeschäftigung und Selbstbeschäftigung für Sträflinge, die wegen Preßvergehens verurteilt sind. Das ist heute jedenfalls nicht weniger berechtigt als damals. Leute, die wegen ganz verschiedener Verbrechen oder Vergehen verurteilt sind, können nicht in ein und derselben Weise bestraft werden. Diese Gleichheit würde bewirken, daß summum jus summa injuria (das höchste Recht das größte Unrecht) wird. (Sehr richtig! links.) Auch der Staatssekretär wird finden müssen, daß die Resolution nichts Ungehörliches verlangt, daß sie sich in den Grenzen der Mäßigkeit hält. Ich bitte das Haus, der Resolution zuzustimmen und damit eine der wunden Punkte im Strafvollzug zu heilen, da ja die allgemeine Regelung des Strafvollzuges doch auf lange Zeit hinaus verschoben zu sein scheint. (Beifall links.)

Oldenburgischer Beheimrat Buchholz: Es freut mich, daß der Antragsteller die formelle Berechtigung meiner Staatsregierung anerkannt hat, die Anträge des Redakteurs Biermann abzulehnen. Redakteur Biermann kam um Selbstbeschäftigung ein, weil er wahrhaftig die Absicht hatte, die Redaktion seines Blattes vom Gefängnis aus fortzuführen. Dagegen mußte die Gefängnisverwaltung natürlich Bedenken haben. Wenn man ihn das Halten einer Tageszeitung gestattet hätte, so hätte man daselbe auch andern Personen desselben Bildungsgrades gestatten müssen, die zu derselben Zeit inhaftiert waren. Nun sind ja Ausnahmen gestattet. Aber der ganze Fall Biermann schien dazu nicht angethan. Biermann war Redakteur und Inhaber eines berichtigten Standaletts. Er hatte eine Menge verleumderischer Artikel ausgenommen, ohne sich um die Persönlichkeiten der Einsender zu kümmern. Ein so trauriges Exemplar ist kaum geeignet zur Begründung eines Standaletts für die Herren Redakteure.

Abg. Frohme (Soz.):

Es ist bekannt, in welcher Weise Socialdemokraten, die wegen politischer Vergehen verurteilt sind, im Gefängnis behandelt werden. Besonders unter dem Socialistengesetz glaubten die maßgebenden Kreise, ein Socialdemokrat habe keinen Anspruch auf anständige Behandlung; je niederträchtiger, nicht-würdiger und ungerechter man ihn behandle, desto besser für die bestehende Gesellschaftsordnung. Auch heute noch suchen Blätter, wie die „Hamburger Nachrichten“, fortwährend die Justizverwaltung scharf zu machen, damit das Recht zu Ungunsten der Socialdemokraten gebeugt werde. Früher hat ja auch das Centrum unter solchen Ungerechtigkeiten zu leiden gehabt. Es kommt hier zum Ausdruck der Haß gegen jede politische Opposition.

Um so mehr sollte man dafür sorgen, daß die unfrer heutigen Justiz zum Opfer Gefallenen möglichst anständig in den Gefängnissen behandelt werden. Was heute den Socialdemokraten passiert, kann morgen andre Parteien treffen. Besonders die Untersuchungsgefängnisse, die manchmal ganz Unschuldige trifft, muß gemildert werden. An der Verfassung des preussischen Justizministers über die Fesselung Untersuchungsgefangener haben selbst gutgesinnte Blätter scharfe Kritik geübt und zugegeben, daß durch dieselbe der Willkür der Polizeibeamten der weiteste Spielraum gelassen sei. Politische Verbrecher aus den sogenannten besseren Kreisen werden mit größter Rücksicht behandelt, während Ehrenmänner, die für ihre politische Ueberzeugung leiden, in infauster Weise tyrannisiert werden. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Herr Bargmann hat auf den Fall in Wechta hingewiesen, der mit Recht die öffentliche Meinung erregt hat. Der oldenburgische Vertreter hatte durchaus keinen Anlaß, über den Redakteur Biermann so absprechend zu urteilen; weit eher gehörte der Minister Rührstam mit Zug und Recht auf die Anklagebank...

Präsident Graf Ballestrem: Sie dürfen nicht von einem Minister eines Bundesstaates behaupten, daß er mit Zug und Recht auf die Anklagebank gehöre. Das ist ungehörig. Ich bitte Sie, nicht in dieser Weise fortzufahren.

Abg. Frohme (fortfahrend):

Mein Redaktionskollege Fischer in Hamburg wurde, als er eine Strafe wegen Preßvergehens verbüßte, in geradezu standalöser Weise behandelt. Er mußte sich während des Spazierganges der Gefangenen auf offenem Hofe auf einen Schemel setzen und sich das Haar scheeren lassen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Dieses Opfer der Justizbarbarei wurde weiter — etwas Ungeheuerliches für einen gebildeten Mann — gezwungen, an dem Schulunterricht im Gefängnis teilzunehmen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Als er sich über diese geistige Tortur beschwerte, meinte der Gefängnisgeistliche höhnisch: Der Zweck der Strafe sei die Besserung, nicht die Unterhaltung der Gefangenen. Die Thätigkeit der Gefängnisgeistlichen bedarf überhaupt gelegentlich noch einer eingehenden Erörterung.

Gegenüber dieser Behandlung meines Kollegen Fischer erinnere ich Sie nur daran, mit welcher Rücksicht Prinz Ardenberg im Gefängnis behandelt wurde. Ich selbst habe ja viel verlockende Erfahrungen auf diesem Gebiete. Als ich einmal um Selbstbeschäftigung bat, wurde mir von dem Beamten höhnisch erwidert: „Was wollen Sie denn, sie sind doch Socialdemokrat und Schwärmer für Gleichheit. Hier haben Sie ein Stückchen Zukunftsstaat.“ Mit meiner Frau habe ich einmal nur durch ein doppeltes Gitter im Gefängnis sprechen dürfen. Würde einem von Ihnen das begegnen, so würden Sie sich dieser Brutalität der Justiz ins Innerste Ihrer Seele hinein schämen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Sie sehen aus diesen Verhältnissen, daß die Frage des Strafvollzuges eine sehr weitsichtige, ausgedehnte ist, die dringend der baldigen Regelung bedarf.

Eine weitere Forderung ist die, daß zur Beaufsichtigung und Verpflegung weiblicher Gefangener auch weibliche Beamte vorhanden sein müssen. Wären die verbündeten Regierungen endlich den berechtigten Klagen und Beschwerden Rechnung tragen! Man versteht es im Volke nicht, wie es möglich ist, die Regelung einer so wichtigen Frage soweit hinauszuschieben. Das Recht empfinden auch nicht-socialdemokratischer Kreise ist beleidigt. Mit diesen Zuständen, die dem Begriffe eines Kultur- und Rechtsstaates geradezu Hohn sprechen, muß endlich ein Ende gemacht werden! (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Rieberding: Ich habe den Abg. Frohme schon neulich gebeten, falls er einzelne Fälle im Reichstage vorbringen wolle, mir davon vorher Mitteilung zu machen. Ich sei dann bereit, diese Fälle zu untersuchen. Herr Frohme hat das nicht befolgt. Sie werden es mir nicht verdenken, wenn ich unter diesen Umständen mich über die Einzelfälle nicht auslasse. Ich überlasse die Beurteilung des Verfahrens des Herrn Frohme gegenüber meinem freundlichen Willen ruhig der öffentlichen Meinung.

Was die Befehlsverweigerung betrifft über ungehörige Zusammenfassung eines Mannes, der im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte war, mit einem Manne, der nicht die bürgerlichen Ehrenrechte besaß, so erkläre ich die Behauptung, daß dies Ereignis erst vor einigen Monaten geschehen sei, für unrichtig. Vor länger als einigen Monaten ist zwischen den verbündeten Regierungen ein Abkommen dahin getroffen worden, daß derartige Zusammenfassungen unzulässig seien. Sollte ein Beamter dagegen doch verstoßen haben, so werden zweifellos die geeigneten Disziplinarmaßnahmen angewendet werden. Was den Fall anlangt, daß einem Sträfling Haare und Bart geschoren sein sollen, so wäre ein derartiges Verfahren, wenn es die Regel wäre, nach meiner Meinung unzulässig und ungehörig. In Ausnahmefällen kann ja eine derartige Prozedur notwendig sein. Die zwischen den Regierungen vereinbarten Vorschriften gehen dahin, daß den Sträflingen Haare und Bart nur aus Gründen der Reinlichkeit und Schicklichkeit geschoren werden dürfen. Verstößen Sie (zu den Socialdemokraten) sich nicht darüber, daß die Vorschriften nicht beachtet werden, so lange Sie uns nicht im Einzelfalle Gelegenheit zur Remedur geben wollen.

Was die höhere oder niedrigere Lebensstellung der Gefangenen anlangt, so kann niemand darüber im Zweifel sein, daß in den Gefängnissen im Sinne des Strafgesetzbuches eine gleiche Behandlung aller eintreten muß, wenn nicht gesundheitliche oder ähnliche Verhältnisse eine verschiedene Behandlung bedingen. Wenn das im einzelnen Falle nicht beobachtet worden ist, so ist das alsbald eine sehr nachdrückliche Abmahnung gegenüber den beteiligten Beamten erfolgt. — Herr Bargmann meinte, die Regelung des Strafvollzuges sei ad Calendas graecas verlegt. Das habe ich nie ausgesprochen. Ich bin allerdings der Meinung, daß es noch eine Zeitlang dauern wird. Wir werden an diese Regelung herantreten, sobald die Revision des materiellen Strafrechts erledigt ist. Dem Sinn des bestehenden Gesetzes entspricht eine verchiedenartige Behandlung der verschiedenen Gefangenen nicht. So lange der jetzige Zustand besteht, muß eine gleichmäßige Behandlung eintreten. Auch Windthorst hat keineswegs zu Gunsten einer bestimmten Berufsklasse Bevorzugungen verlangt, sondern nur eine Unterscheidung zwischen gemeinen und nicht gemeinen Vergehen. Sind denn die Personen, die ein politisches oder ein Preßvergehen begangen haben, die einzigen, auf die der Begriff des „gemeinen Vergehens“ nicht zutrifft? Wollen Sie in der That nur zu Gunsten der Presse diese Unterscheidung treffen? Sie verlangen eine Bevorzugung zu Gunsten der politischen Vergehen. Aber dieser Begriff ist bisher noch nirgends definiert worden und wird wohl kaum jemals ausreichend definiert werden können. Sind denn alle Handlungen, die durch Vermittlung der Presse strafbar werden, günstiger zu beurteilen, als andre Straftaten? Ist eine verleumderische Beleidigung durch die Presse, die vielleicht eine ganze Existenz untergräbt, etwa nicht gemein? Wenn eine Beleidigung durch die Presse erfolgt ist und der Beleidigte über die Kompensation hinaus Remedie nimmt, soll dann der Strafvollzug bei diesem schärfer sein als bei dem ersten Beleidiger? (Unruhe links.) Ich bleibe bei der Ansicht, daß wir in einzelnen Punkten unsern Strafvollzug, der allerdings reformbedürftig ist, auf gesetzlichem Wege bessern können. Aber auf diesen Weg der Bevorzugung eines einzelnen Standes können die verbündeten Regierungen schwerlich eingehen. Das würde der Gerechtigkeit direkt ins Gesicht schlagen.

Abg. Träger (fr. Sp.) (auf der Tribüne sehr schwer verständlich): Die Materie ist ein alter Ladenaüter des Reichstags, sie ist in den 30 Jahren, die ich die Ehre habe dem Hause anzugehören, wiederholt behandelt worden. Der Herr Staatssekretär sagte wieder, „demächst“ werde eine Entschliessung der Regierung über den Strafvollzug erfolgen. Darauf warten wir nun bereits 30 Jahre. (Seiterkeit.) 1877 sollte ein Entwurf zum Strafvollzug schon ausgearbeitet werden, man verwies uns nur darauf, daß die Vorarbeiten noch längere Zeit in Anspruch nehmen würden. Heute nach 30 Jahren erhalten wir dieselbe Antwort. (Seiterkeit.) Justizhaus, Gefängnis sind leere Worte, die ihren Inhalt erst durch die Strafvollstreckung erhalten. (Sehr richtig! links.) Eine Einheitlichkeit auf diesem Gebiete ist dringendste Notwendigkeit im Sinne der Humanität, das haben fast alle Parteien des Hauses anerkannt.

Die Bestimmungen in Oldenburg entsprechen doch auch formell nicht ganz den bestehenden Vorschriften, wie Herr Bargmann meinte, indem dort bestimmte Arbeiten eingeschätzt sind, über die nicht hinausgegangen wird. Das widerspricht der Bestimmung, daß jeder Gefangene nach seinen Fähigkeiten zu beschäftigen ist. (Sehr richtig! links.) In gewissem Sinne soll ja das Gefängnis erzieherlich wirken, aber eine erzieherliche Wirkung liegt kaum darin, daß der Gefangene der Arbeit entzogen wird. (Sehr richtig! links.) Das geschieht, wenn z. B. ein Redakteur wie Herr Biermann mit Nothflechten beschäftigt wird. Ein Redakteur, der längere Zeit von der Öffentlichkeit ganz abgeschlossen wird, ist außer Stande, nachher seine Thätigkeit sofort wieder aufzunehmen. (Sehr richtig!) Ein obdachloser Landstreicher befindet sich im Gefängnis geradezu in „gehobener Lebensstellung“ (Seiterkeit), während ein gebildeter Mann unter derselben Behandlung schwer leidet. Die Zustände, die auf dem Gebiete des Strafvollzuges herrschen, sind wirklich kein Beweis dafür, daß Deutschland in allen Dingen vorangeht. (Sehr richtig! links.) Ich wünsche, daß im Interesse der Kultur und im Interesse des Ansehens des Deutschen Reichs nun endlich einmal dieser Gegenstand in unserm Sinne geregelt wird. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Rieberding: Der Herr Vordredner hat bei seinem historischen Rückblick doch einiges nicht gesagt, was er hätte anführen müssen. Der Gesetzentwurf, der in den 30 Jahren ausgearbeitet

und dem Bundesrat vorgelegt wurde, beweist die ernste Absicht der Regierung, die Frage legislatorisch zu regeln. Damals schickte die Sache an den Kosten. Später sind dann aber, und das hat der Herr Vordredner auch nicht erwähnt, auf dem Wege der Vereinbarungen zwischen den Bundesstaaten die jetzigen Grundzüge festgelegt, welche zunächst für eine Reform des Strafvollzuges in Frage kommen könnten. Im übrigen kann ich konstatieren, daß wir in Bezug auf das Gefängniswesen allen Kulturstaaten weit voraus sind und es noch lange bleiben werden.

Abg. Gröber (C.): Ich will zugeben, daß eine Reform der Vollstreckung unfrer Freiheitsstrafen heute sehr schwierig ist, nicht so sehr wegen der Kosten, sondern weil die Juristen sich nicht darüber einig sind, welchen Wert überhaupt Freiheitsstrafen haben und wie sie abgeschafft werden sollen. Das heutige System der Strafvollstreckung ist jedenfalls unhaltbar. Es wird hier aber ja gar kein Strafvollstreckungs-Gesetz verlangt, sondern nur ein kleiner Teil des Strafvollzuges soll gesetzlich geregelt werden. Wenn die Regierung nur den guten Willen dazu hätte, würde sich auch leicht ein Weg finden. Aber freilich, die Regierung scheint sehr wenig Reizung zu haben, den Wunsch des Reichstages zu erfüllen. Der Staatssekretär zieht sich auf die Behauptung zurück, der Begriff „politische Vergehen“ sei nicht definiert. Das ist auch hier gar nicht unsere Aufgabe. In der Regel liegt eben bei dieser Art Vergehen keine gemeine Gefinnung vor, und die Sträflinge haben Anspruch auf eine mildere Behandlung. In der Zeit des Kulturkampfes haben sehr angesehenen und ehrenwerten Centrumsmänner auch im Gefängnis gesessen und haben den Strafvollzug über sich ergehen lassen müssen. Gestrichle, die ehrenvollerweise ihrem Gewissen folgten, gegen den Vorlaut der Gesetze verstießen, kamen ins Gefängnis. Sogar ein Erzbischof wurde einmal in die Gesellschaft gemeiner Verbrecher gesperrt! In bewegten Zeiten kann es jeden von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten einmal passieren, daß er mit den Gesetzen kollidiert. Der Staatssekretär sprach von der Bevorzugung einer Klasse. Aber sind die Quäle, die mit der ehrenvollen Festungstrafe bestraft werden, etwa nicht auch Klassenbesitz? (Sehr richtig! im Centrum und bei den Socialdemokraten.) Und diese Straftaten verraten keineswegs immer eine ehrenhafte Gefinnung; oft sind sie ehrlos. (Beifall Zustimmung im Centrum und bei den Socialdemokraten.) Die Festungsgefangenen haben das Privilegium der Selbstbeschäftigung ohne weiteres, Gefängnis-Sträflinge nur mit Genehmigung der Aufsichtsbeförde.

Ich möchte anregen, ob wir uns nicht auf eine generellere Fassung einigen könnten, die die Einwürfe des Staatssekretärs hin-fällig macht. Könnten wir uns nicht auf einen Antrag vereinigen, wonach bei den Untersuchungsgefangenen überhaupt ganz allgemein die Selbstbeschäftigung zulässig ist und wonach weiter alle Gefängnissträflinge, deren Handlungsweise keine ehrlose Gefinnung bekundet, das Recht auf Selbstbeschäftigung und Selbstbeschäftigung haben? Ich stelle den Antrag in folgender Form zur Debatte: Der Reichsanwalt möge einen Gesetzentwurf vorlegen, durch welchen den Untersuchungsgefangenen allgemein, sowie den zu Gefängnisstrafen Verurteilten, wenn ihre Handlung nicht eine ehrlose Gefinnung bekundet, gestattet wird, während der Dauer der Untersuchungs- oder der Straffhaft sich selbst zu beschäftigen und sich in ihrer Bildungsgabe angemessenen Weise selbst zu beschäftigen. Mit diesem Antrage wäre die ganze Kampfesweise des Staatssekretärs gegenstandslos gemacht. (Beif. Beifall im Centrum.)

Abg. Bargmann (fr. Sp.): Mit meinem Freunde Träger bin ich darin einverstanden, daß die oldenburgischen Bestimmungen mit dem Geiste des bestehenden Gesetzes über den Strafvollzug nicht im Einklang stehen. Dem Antrag Gröber, der weiter geht als der unsrige, stimmen wir selbstverständlich gern zu.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Dem Grundgedanken des Antrags Bargmann wie des neuen Antrags Gröber stimmen wir zu. Am Antrag Gröber gefällt mir nur nicht der Passus „sollern ihre Handlung nicht eine ehrlose Gefinnung bekundet hat“. Solche Unterschiede sollte man nicht in einer Resolution machen, sondern die Vorlage abwarten. — Jedenfalls werden wir für den Antrag stimmen. Uebrigens ist schon heute der deutsche Staatsbürger dagegen geschickt, daß ihm im Gefängnis entgegen dem § 16 der Strafprozedurordnung verweigert wird, sich in einer feinen Verhältnissen und Fähigkeiten angemessenen Weise zu beschäftigen. Die §§ 844 und 845 des Strafgesetzbuches sind absichtlich für solche Fälle gegeben. Sie bestimmen, daß ein Beamter, der vor-sätzlich Strafen vollstrecken läßt, von denen er weiß, daß sie überhaupt nicht oder nicht in der Art oder dem Maße vollstreckt werden dürfen, mit Justizhaus oder, wenn er daselbe aus Fahr-lässigkeit thut, mit hohen Geldstrafen belegt wird. Diese Paragraphen hätten auch als Handhabe gegen den oldenburgischen Justizminister dienen können. Die Hausordnung des Gefängnisses in Wechta widerspricht ganz klar den Bestimmungen des Strafgesetzbuches. Uebrigens wurde der Oberbürgermeister von Oldenburg, der Herr v. Schend, in demselben Gefängnis seiner Zeit trotz der Gefängnis-Ordnung mit Bureauarbeiten beschäftigt. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Freilich hatte er auch nur 15 000 M. unterschlagen. Der Herr Staatssekretär sagte, er wisse nicht, was unter politischen Vergehen und Verbrechen verstanden werden solle. Wir haben doch aber diesen Begriff längst im Gesetz. Bereits 1869 tritt er auf und findet sich unter anderm im Auslieferungs-vertrage, im Handelsvertrage, im Staatsangehörigkeits-Gesetz usw. Bei gutem Willen also kann man den Begriff ganz gut verstehen. Den Redakteur Markwald hat man in Gommern ein-fach Justizhaus statt Gefängnis verfahren lassen. Warum ist im Falle des Redakteurs Markwald, des Redakteurs Biermann, des Redakteurs Fischer nicht § 345 des Strafgesetzbuches angewendet worden? Ganz besonders auffällig ist die schlechte Behandlung des Redakteurs Biermann. Der Minister sollte doch gerade in diesem Falle alles vermeiden, was darauf schließen läßt, daß er sich nicht nur fahrlässig, sondern absichtlich gegen die §§ 16 und 345 Absatz 1 des Strafgesetzbuches vergangen hat. Der Frau Biermann wurde nicht einmal gestattet, ihren Mann zu sehen oder seine Hände zu berühren. Als sie den Justizminister bat, ihren Mann dem Gesetz entsprechend zu behandeln, erklärte dieser: „Ihr Mann muß empfindlich bestraft werden“. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) „Ihr Mann ist mir wirklich nicht mehr wert, als der Kot an meinen Stiefeln.“ (Hört! hört! und Pfuihuhe bei den Socialdemokraten.) Und weiter: „Ihr Mann ist ein Lump, ein Jahr muß er mindestens kriegen.“ (Erneute Pfuihuhe.) Man hat den Eindruck, als ob der Minister den Mann verzeihen, seine Raube an ihm üben will. Hätte Biermann die 15 000 M. unterschlagen, die der oldenburgische Oberbürgermeister v. Schend unterschlagen hat, dann wäre er mit christlichen Arbeiten beschäftigt worden, aber er hat ja die Wahrheit gesagt. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Der oldenburgische Justizminister ist ja wegen der Beleidigung gegen ihn nur zu 20 M. Geldstrafe verurteilt worden. Da auch über die Verurteilung in Oldenburg entschieden werden wird, glaube ich nicht, daß er zu Gefängnis verurteilt wird. Aber wenn er verurteilt worden wäre, würde man ihn dann mit Nothflechten beschäftigen? Sicherlich würde er sofort auf Grund des § 84 Absatz 1 gegen den Staatsanwalt vorgehen, der in so un-gerechtfertigter, maßloser Weise bestraft. Aber was nützt es denn, wenn der Reichstag Resolutionen annimmt, was nützt es, so lange die Gesetze von den Bundesstaaten gebrochen werden können, ohne daß der Bundesrat Exekution gegen diese Staaten übt! Wir haben ja leider keine Popularklage, und der Staatsanwalt klagt keinen dieser verdröckerischen Beamten an. Nur das Eine wird durch die Schaffung neuer Gesetze noch klarer werden, in wie vielen Fällen das Recht gebrochen

wird. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Sie empören sich und ziehen mit Mißthätigkeit gegen jeden, der einem Deutschen in Auslande Unrecht thut. Aber wenn im Inlande das Recht beugt wird, sollten wir da machlos sein? Die schönen Reden nützen nichts. Lassen Sie sich zu Thaten auf und verweigern Sie die Mittel, mit denen diese Schandthaten verübt werden. (Lebhafte Beifall bei den Socialdemokraten.)

Geheimer Staatsrat Bucholtz, stellvertretendes Mitglied des Bundesrats für Oldenburg: Gegenüber den Angriffen des letzten Redners muß ich den oldenburgischen Justizminister Dr. Ruffhart energisch in Schutz nehmen. Es ist in keiner Weise nachgewiesen, daß er auf die Vollstreckung der Strafe irgend einen Einfluß ausgeübt hat. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Die Verhandlungen über die Haft des Herrn Viermann sind von dem Minister des Innern geführt worden. Auf frühere Fälle kann ich nicht eingehen. Es ist ja möglich, daß sich in kleineren Anlässen nicht immer Gelegenheit zu Bureauarbeiten findet und daß dann bisweilen auch leichte körperliche Arbeiten verrichtet werden müssen. (Redner verläßt die Tribüne. Lautes Lachen und stürmische Zwischenrufe bei den Socialdemokraten. Das war alles! v. Schend! Anhaltende Unruhe.)

Abg. Barmintel (natl.): Meine politischen Freunde haben von jeher die Verlegung eines Gefangenenturms verlangt, der diese Materie einheitlich regelt. Der Begriff „politische Verbrecher“ scheint uns durch die Praxis genügend definiert. Bei den Strafgefangenen haben wir keine Bedenken, ihnen das Halten einer Zeitung zu gestatten, wohl aber bei den Untersuchungsgefangenen; denn bei diesen ist doch die Gefahr einer Kollisionsgefahr sehr groß. Der Antrag Gröber ist und sehr sympathisch und wird werden für ihn eintreten. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Homburg (L.): Der Antrag Pargmann ist für uns unannehmbar. Auch gegen den Antrag Gröber haben wir erhebliche Bedenken.

Abg. Stadthagen (Soc.):

Gegenüber dem oldenburgischen Bundesratsbevollmächtigten erkläre ich nochmals: Mein Freund Emil Fischer, der als Redakteur nichts Ehrenrühriges gethan, sondern nur die Wahrheit gesagt hatte, war zuerst eingekerkert. Ihm wurde eine andre Beschäftigung als Mohrfechten abgeschlagen. Während Fischer saß, kam Freiherr von Schend in Gefängnis, und dieser wurde mit Bureau-Arbeiten beschäftigt. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) — Es ist wahr, daß Mangel an Bureaukräften dazu geführt hat, die Hausordnung zu verletzen. Dann hätte man aber doch diejenigen dazu nehmen müssen, die nichts Ehrenrühriges gethan hatte und außerdem länger da war. — Weiter meinte der Bundesratsbevollmächtigte, der Justizminister habe nichts mit der Strafvollstreckung zu thun. Der Justizminister hat sich aber um Verfolgung des Unrechts zu kümmern, auch wenn es auf seiner oder seines Vertreters Seite liegt. Die Frau Viermann hat ja auch öffentlich die Klage erhoben, daß ihr Mann im Gefängnis hungern müsse. Er ist krank, bekommt Krankenloft, darf sich aber nur halb satt essen. Hat der Justizminister das Recht, neben der Gefängnisstrafe Hungerloft und Krankenloft vollstrecken zu lassen? Wird diese Frage nicht klar beantwortet, so müssen §§ 344 und 345 des Straf-Gesetzbuchs in Kraft treten. Hoffentlich wird der oldenburgische Justizminister nunmehr den Staatsanwalt anweisen, auf Grund des § 345 vorzugehen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Pargmann (fr. Vg.): Wir erkennen an, daß der Antrag Gröber weiter geht und gewisse Vorzüge gegenüber unrer Resolution hat. Wir können diese aber nicht zurückgeben, weil wir auf das Halten einer Tageszeitung großen Wert legen. Sollte unsere Resolution abgelehnt werden, so werden wir für den Antrag Gröber stimmen.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Gröber wird gegen die Stimmen der Konservativen angenommen (auch die Reichspartei stimmt dafür). Der Antrag Pargmann wird gegen die Stimmen der Linken abgelehnt.

Es folgt nunmehr die Diskussion über das Fremdenrecht in Deutschland und der

Königsberger Geheimbündeprojekt.

Am Bundesratstisch sind neben Herrn v. Hammerstein erschienen Staatssekretär Herr v. Richthofen und preußischer Justizminister Dr. Schönstedt.

Abg. Haase (Soc.):

Auf meine Ausführungen im Reichstag vom 19. Januar haben am 22. Februar im preußischen Abgeordnetenhaus die Minister Herr v. Hammerstein und Schönstedt, beide auch Bevollmächtigte zum Bundesrat, geantwortet. Die Aktion im preußischen Abgeordnetenhaus war sehr gut vorbereitet. Der Nationalliberale Dr. Friedberg gab den Ministern Gelegenheit zu sprechen, und alle Abgeordneten, die nachher das Wort nahmen, zeigten sich über die Wägen entzückt. Dagegen hatte bekanntlich die Rede des Herrn v. Richthofen außer den Konservativen niemand befriedigt, ja überall große Entrüstung hervorgerufen. Es ist den Herren Ministern Mitteilung gemacht worden; sie hätten sich also auf die Angelegenheit vorbereiten können. Die Erklärung, daß die Sache nicht zur Zuständigkeit des Reichstages gehöre, hat Herr Spahn schon am 19. Januar mit vollem Recht zurückgewiesen. Es ist ja eine merkwürdige Erscheinung, daß wenn Angriffe hier im Hause erfolgen, die Minister sich stets in das preußische Abgeordnetenhaus flüchten. Ich verstehe ja, daß es für sie sicherer und angenehmer ist, die Debatte dorthin zu verlegen, wo der Gegner, namentlich wenn er Socialdemokrat ist, nicht sofort die Unrichtigkeit der Darlegungen nachweisen kann. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Herr von Hammerstein hat sogar im Abgeordnetenhaus ausdrücklich seiner Freude darüber Ausdruck gegeben, daß der eigentliche Ankläger dem Hause nicht angehöre und deshalb nicht erwidern könne. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Ich habe immer ein Gefühl des Unbehagens, wenn mein Gegner nicht zur Stelle ist. Es scheint ja nun den Herren Ministern doch allmählich die Empfindung gekommen zu sein, es sei ihre Pflicht, hier zu erscheinen, und ich habe die Freude, sie hier zu sehen. Der Justizminister hat mich im Abgeordnetenhaus auch nicht im kleinsten Punkte einer Unrichtigkeit überführen können und auch der Minister des Innern hat bis auf zwei nebensächliche Punkte mir nichts widerlegt.

Diese nebensächlichen Punkte sind folgende. Ich habe einen Russen, der zwangsweise über die Grenze gebracht wurde, Laubmann genannt, während der Herr Minister mich darüber belehrt hat, daß er Sachmann hieß. Und zweitens hatte ich gesagt, der Direktor des statistischen Bureaus in Ufa sei verhaftet, weil man bei ihm die Adresse eines gewissen Kalkoff gefunden habe. Es mag sein, daß er schon auf Grund einer früheren Denunziation verhaftet worden ist. Aber im übrigen hat der Herr Minister mir nichts Falsches nachweisen können, ja, er hat sogar weiter belästigendes Material für das Treiben der russischen Polizeiagenten vorgebracht. Es ist mir der Vorwurf gemacht, daß ich über einen Fall, in welchem das Postgeheimnis verletzt war, nicht nähere Auskunft erteilt habe und auch Herr Kraetzke hat beim Post-Cat diese Sache beharrt. Dieser Vorwurf ist unbegründet. Ich habe nicht die Postverwaltung angegriffen und nicht verlangt, daß ein Postbeamter, der der Verletzung eines Schurken unterlegen war, zur Rechenschaft gezogen wird, sondern gefordert, daß den Spitzeln, die deutsche Postwerke gelegt werde. Daß die Spitzeln es thatsächlich so treiben, wie ich gesagt, dafür hat Herr v. Hammerstein selbst einen wichtigen Beleg vorgebracht. Er hat wörtlich ausgeführt: „In der Pestalozzi-straße in Charlottenburg sind die bestellenden Voten mehrfach, in einem Fall unter Inausfertigung einer Besorgung (Hört! hört! bei den Socialdemokraten), nach den Wohnungen russischer Studenten gefragt worden, haben jedoch die Auskunft darüber verweigert. Die Voten haben aber gar keinen Anhalt, daß es sich hier um „Agenten der russischen Polizei handelt“. Glaubt denn der Minister, daß die Spitzeln sich als solche noch be-

sonders legitimieren werde? Wer hat denn sonst ein Interesse daran, über die Wohnung und Korrespondenz der russischen Studenten Kenntnis zu erlangen und sogar noch Belohnungen dafür auszugeben? Für ihn mußte es eine Kleinigkeit sein, festzustellen, wer die Postbeamten gefragt hat. Ich habe einige der russischen Agenten genau bezeichnet unter Angabe ihrer bürgerlichen und Spitzelnamen, gerade zu dem Zweck, um die Ermittlungen den Behörden zu erleichtern. Aber noch am 25. Februar erklärte der Minister, er wisse von diesen Agenten nichts. Wie gering ist doch zuweilen die Fähigkeit oder die Macht preussischer Postbeamten. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Oder sollte etwa der Herr Minister über die Agenten nichts haben erfahren wollen? Er brauchte bloß die Herren, die ich namhaft gemacht hatte, mit dem Postboten konfrontieren zu lassen und die Zwangsmittel anzuwenden, die sonst vielfach ganz unbedeutenderweise gebraucht werden, dann hätte er trotz seiner geringen Fähigkeit im Ermitteln sicher etwas herausbekommen. Der „Vorwärts“ hat inzwischen am 25. Februar weitere Zeugen namhaft gemacht, mit deren Hilfe die Herren, wenn sie ernsthaft forschen wollen, die Wahrheit feststellen können. In der Angelegenheit der Verletzung des Briefgeheimnisses hat die Briefempfängerin früher erklärt, daß sie erforderlichenfalls bereit sei, Zeugnis abzulegen. Nach der Rede des Herrn v. Richthofen aber wäre es eine Pflichtvergeßlichkeit von mir gewesen, die Adressatin namhaft zu machen. Sie ist jetzt auch ängstlich geworden, denn sie ließe ja Gefahr, als lästige Ausländerin zwangsweise über die Grenze nach Rußland gedrückt zu werden. Ich habe dieses einem Oberpostinspektor gegenüber, der mich besuchte, ausdrücklich erklärt. Herr Kraetzke konnte also eine Erörterung dieses Falles von unserer Seite gar nicht erwarten. (Lebhafte Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Ich erinnere die Herren vom Centrum an den Fall ihres Kollegen Pöhlner. Dieser sollte uns alle zur Vorsicht mahnen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Herr Pöhlner hatte, wie Sie wissen, im Glauben, daß die Angelegenheit diskret behandelt werde, seinen Gewährsmann dem Minister namhaft gemacht und der Minister hat sich nicht gesüht, das Vertrauen zu mißbrauchen. (Lebhafte Hört! hört!) Danach kann wohl kein Abgeordneter mehr einem Minister vertrauliche Mitteilungen machen, ehe er nicht gezeigt hat, daß er auch Vertrauen verdient. (Sehr richtig!) Der Minister des Innern ist nun nach den Erfahrungen, die wir mit ihm gemacht haben, gänzlich ungeeignet, Ermittlungen anzustellen. Sie erinnern sich, welche Aufregung er dadurch hervorgerufen hat, daß er auf Grund angeleglicher amtlichen Ratschläge eine Frau Kappaport in ganz unbegründeter Weise öffentlich angriff. Dieselbe Kunst des Richtermittels hat er in eklatanter Weise in andern Fällen betrieben. Ich habe am 19. Januar hier eine Fälschung erwähnt, die meinem Kollegen Herbert in Stettin im vorigen Sommer passirt ist. Und was hat der Herr Minister darauf erwidert? Er sagte wörtlich: „Der Herr Abg. Haase hat erwähnt, daß sein Kollege Herbert während seines Weilens in Stettin die Erfahrung gemacht haben müssen, daß ein russischer Polizei-Agent sich auf der Post seine Briefe verschafft habe. Auch hier hat eine genaue Untersuchung stattgefunden; sie hat ergeben, daß vor zwei Jahren — so lange ist auch diese Geschichte her — auf der Post von einem Unbekannten schriftlich der Versuch gemacht ist, Briefe für Herrn Herbert in Empfang zu nehmen“. Das ist also das Ergebnis einer „genauen“ Untersuchung des Herrn Polizeiministers. Der Herr Minister verlegt die Sache in eine ferne Vergangenheit und hebt das noch hervor, wohl um anzudeuten, daß ich mit ollen Kamellen läme. Thatsächlich aber ist, wie mir Kollege Herbert neuerdings bestätigt hat, die Fälschung im letzten Sommer, vor sechs Monaten passirt. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Wenn amtliche Ermittlungen angestellt sind, müssen doch Akten vorhanden sein. Hat der Herr Minister die Akten gelesen? Wir wissen nun jedenfalls, was er eine genaue amtliche Untersuchung nennt. Und wie mild und jart drückt sich der Minister hier aus, wo es sich um Verbrechen russischer Polizei-Agenten handelt. Die große Fälschung des Spitzels nennt er „einen Versuch, Briefe für Herrn Herbert schriftlich zu erlangen“, und er hält weiter seinen schützenden Arm über den Verbrecher, indem er die Vermutung hinzusetzt, daß jemand die Postkarten für Herrn Herbert habe abholen wollen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Wie sollte das wohl gegen den Willen Herberts und mit Fälschung seiner Unterschrift geschehen sein? Wir wissen nun jedenfalls, wieviel Wert den amtlichen Erklärungen des Herrn Ministers im Abgeordnetenhaus beizulegen ist. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Wenn diese Erklärungen auf Herrn Defer den tiefsten Eindruck gemacht haben, so zeigt das nur, wie eindrucksfähig mandam! auch ein demokratisches Gemüt ist. Herr Defer hätte etwas mehr die demokratische Tugend des Mißtrauens üben und sich etwas kritischer verhalten sollen. Herr Defer ist doch dadurch beunruhigt worden, daß von den Russen selbst keine Anklage oder keine Anzeige erhoben sei. Kann man denn wirklich erwarten, daß Russen gegen russische Polizei-Agenten bei der Behörde Anzeige erstatten sollen, die diese Agenten gerade unter ihre schirmenden Fittiche nimmt? Sollen sie sich etwa dadurch lästig machen und Gefahr laufen, über die russische Grenze ausgewiesen zu werden? Das heißt doch nicht andres, als den Beweis bei Verlesung verlangen. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.)

Viel schwerere Wortwürfe habe ich gegen den Herrn Justizminister zu erheben. Er hat im preussischen Abgeordnetenhaus eine Methode des Kampfes gewählt, die nicht üblich ist im parlamentarischen Leben. Er hat mir direkt Anschuldigungen in den Mund gelegt, die ich nicht gethan habe. (Lebhafte Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Er hat eine einseitige Darstellung des Akteninhalts gegeben und aus den Projektaliten überaus wichtige Thatsachen verschwiegen! (Lebhafte Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Er hätte sich fragen müssen, daß seine Angaben von vornherein Stimmung gegen die Angeklagten machen müssen. Auf bei den Socialdemokraten: Das wollte er ja! Ich habe im Reichstag ausdrücklich erklärt, daß mir die Akten Einsicht verweigert worden sei. Bis zu diesem Augenblick habe ich als Verteidiger der Angeklagten nicht Einsicht in die Akten erhalten! (Hört! hört!) Was sagt aber der Justizminister in der Einleitung seiner Rede im Abgeordnetenhaus? Er meinte, daß ich „als Verteidiger scheinlich von meinem Standpunkt aus recht wohl informiert sei oder sein könnte“. (Rufe bei den Socialdemokraten: Hört! hört!) Wie konnte er das aussprechen? Er wußte aus den Projektaliten selbst, daß ich nicht informiert war und nicht informiert sein konnte. Wiederholt sind meine Anträge auf Einsicht in die Akten abgelehnt worden, ja selbst die Druckschriften und Urkunden wurden mir nicht vorgelegt, damit ich mich in sachgemäher Weise davon überzeugen konnte, was in den Schriften eigentlich steht. Nur allgemeine Andeutungen wurden mir, daß es sich um Verleumdungen des Jaren darin handle. Zunächst war ich der Meinung, und die Angeklagten auch, daß, wenn die Vereitelung des Jaren darin empfohlen sein sollte, es sich um eine falsche Uebersetzung handle und nur die Vereitelung des Jaren als gefordert werde. (Lachen rechts.) Machen Sie nicht! Am 22. Februar hat der Minister selbst gesagt, daß es überaus schwierig gewesen sei, die Druckschriften zu überlegen; gerade russische Uebersetzer seien nicht überall leicht zu haben und die Uebersetzung sei eine gewaltige Arbeit gewesen. Unser Standpunkt ist also sehr wohl begründet, daß wir die Uebersetzung nicht als zuverlässig betrachteten. Ich habe am 18. November v. J. mich telegraphisch mit der Bitte an den Justizminister gewandt, mir wenigstens die Durchsicht der Druckschriften und Urkunden zu verschaffen. Am 17. November erhielt ich vom Oberstaatsanwalt, dem der Justizminister mein Gesuch übergeben hatte, die Antwort, die Druckschriften könnten mir nicht vorgelegt werden, da sie sich noch bei der Staatsanwaltschaft befinden. Am 8. Dezember wiederholte ich meinen Antrag; er wurde wieder abgelehnt! (Hört! hört! bei den Soc.) Ein anderer Verteidiger stellte noch vor wenigen Wochen den gleichen Antrag, und er erhielt

den selben Bescheid. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Auch auf mündliche Anfragen wurde mir wiederholt erklärt, daß mir die Akten nicht zur Einsicht überlassen werden würden. Erst durch die Rede des Justizministers haben die Verteidiger Kenntnis vom Inhalt der Druckschriften erhalten! (Hört! hört!) Es wäre mindestens Pflicht der Lokalität für den Justizminister gewesen, diesen Sachverhalt im Abgeordnetenhaus mitzuteilen. (Lebh. Zustimmung v. d. Socialdem.) Dies Gefühl hat den Justizminister vielleicht einen Augenblick beschlichen und ihn zu der Annahme verleitet, ich müßte informiert sein. Denn sonst wäre es ja undenkbar, daß er urbi et orbi in den ganzen Inhalt der Druckschriften mitgeteilt hätte. Es ist die Frage zu erörtern, ob bei diesem Verfahren überall nach Lage des Gesetzes verfahren worden ist. § 147 der Strafprozeßordnung bestimmt, daß vor Abschluß der Voruntersuchung der Akteninhalt nur dann dem Verteidiger mitgeteilt werden darf, wenn es ohne Schädigung des Untersuchungszweckes möglich ist. Entweder hat also der preussische Justizminister, als er den Akteninhalt mitteilte, den Untersuchungszweck geschädigt, oder mir, dem Verteidiger, ist die Kenntnisnahme der Akten widerrechtlich verweigert worden. (Lebhafte Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Die Bestimmung, daß in irgend einem Stadium des Verfahrens dem Verteidiger die Kenntnis der Akten vorzuenthalten ist, zeugt von unbegründetem Mißtrauen gegen den Anwalt. Mit Recht verlangen immer mehr Stimmen, daß die ganze Voruntersuchung beseitigt und an ihre Stelle das öffentliche Verfahren gesetzt wird mit gleichen Rechten für den Angeklagten und seinen Verteidiger auf der einen und den Staatsanwalt auf der andern Seite. Aber auch den Angeklagten selbst ist das ihnen nach der Strafprozeßordnung zustehende Recht genommen worden; selbst den Angeklagten wurde nicht einmal die Einsicht in die Akten gestattet! (Rufe bei den Socialdemokraten: Hört! hört!) Das Gesetz bestimmt ausdrücklich, daß den Angeklagten Gelegenheit gegeben werden muß, sich anzulassen über alle vorliegenden Verdachtsgründe. Diese Schriften wären die Verdachtsgründe. Somit ist das Recht der Angeklagten aufs schwerste verletzt worden! (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten. — Ruf: Russisch!)

Wenn man den Angeklagten auch nur die Titel der Druckschriften und den Inhalt, den der Minister bisher angegeben hat, genannt hätte, so wäre es möglich gewesen, schon im November die Spuren der Verfasser festzustellen und zu ermitteln, wie diese Schriften nach Königsberg gekommen sind. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Der Justizminister hat mehrmals behauptet: „Der Abg. Haase hat im Reichstage den ihm offenbar bekannten Abfender charakterisiert als einen maßvollen Mann, einen Gegner der Propaganda der That und des Terrors usw.“ Das habe ich nicht gesagt, sondern ich habe gesagt: nach der Persönlichkeit desjenigen, von welchem die Angeklagten die Druckschriften erwarteten, d. h. dem sie versprochen hatten, Druckschriften abzunehmen, ist es ausgeschlossen, daß anarchistische Druckschriften von ihm abgefordert wurden. Ich habe dann diese russische Persönlichkeit als einen überaus maßvollen jüngeren Mann gekennzeichnet, einen Gegner des Anarchismus, der unmöglich solche Schriften nach Königsberg geschickt haben könne. Ich habe weiter gesagt, daß, wenn trotzdem solche Schriften gefunden werden sollten, möglicherweise ein russischer Spitzel seine unsauberen Hände dabei im Spiele gehabt hätte. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Wenn jetzt die Spuren dieses Spitzels nicht entdeckt werden können, so ist das die Schuld der Justiz. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Der Justizminister hat weiter gesagt, ein Teil, vielleicht der größte Teil der Schriften habe sich im Geleise der gewöhnlichen socialdemokratischen Lehren bewegt, die zu verfolgen eine gefegliche Handhabung nicht gegeben sei. Ein anderer Teil, und zwar ein nicht ganz unerheblicher, sei zweifellos der russischen Regierung gegenüber hochverrätherischen, anarchistischen Inhalts. Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß die Stellen, die der Justizminister verlesen hat, unter keinen Umständen gebilligt werden können; aber mußte nicht gerade dieser Inhalt die Behörde stutzig machen, mußte sie sich nicht fragen: wie kommen die Angeklagten, die notorisch Socialdemokraten sind, zu diesen Schriften? Socialdemokraten müßten doch geradezu unsinnig handeln, wenn sie Schriften, deren Inhalt ihrer eigenen Uebersetzung schamröthig zuwiderläuft, verbreiten wollten. Die gesamte deutsche socialdemokratische Partei verurteilt entschieden die Anschauungen, die in den vom Justizminister verlesenen Druckschriften enthalten sind. Die socialdemokratische Partei wird sich nie dazu hergeben, an der Verbreitung solcher Schriften mitzuwirken. Mit der deutschen Socialdemokratie stimmt in dieser Auffassung ganz überein die russische socialdemokratische Partei, die auf marxistischen Boden steht. Gewiß giebt es in Rußland eine sogenannte social-revolutionäre Partei — die im übrigen auch mit diesen Druckschriften nicht einverstanden ist —, aber diese revolutionäre Partei bescheidet aufs grimmigste die russische Socialdemokratie. Im Landtag hat Abgeordneter Defer darauf hingewiesen, daß es Anarchisten im polizei-technischen Sinne in Rußland nicht giebt. Der konservative Abgeordnete v. Heydenbrand gab die überaus bemerkenswerte Definition: „Es ist ja gar keine Frage, daß unter Umständen Leute als Anarchisten angesehen werden, die sich lediglich gegen die Rechtsauffassungen eines einzelnen Landes erklären, keineswegs aber die allgemeine Rechtsordnung über den Haufen werfen wollen.“ Von diesem Standpunkt aus wären ja noch nicht einmal die Verfasser dieser Druckschriften Anarchisten. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Denn kein Russe hat je daran gedacht, die allgemeine Rechtsordnung umzustößen. Ihre Thätigkeit beschränkt sich nur auf Rußland. Aber sei dem, wie ihm wolle, die deutsche wie die russische Socialdemokratie verwarfen grundsätzlich die rohe Gewalt im politischen Kampfe, nicht nur aus sittlichen, sondern auch aus politischen Gründen. Aber ich begreife, daß in grimmige Reagungen entstehen in einem Lande, wo jedes Freiheitsgefühl total niedergedrückt wird und unter dem Schutze der Behörden unumschlichte Gewalt verübt werden. Ich begreife es, aber ich bedaure es. Gerade die bürgerlichen Parteien sollten doch auch Verständnis dafür haben. Werden den Ghynastiken nicht Harmobios und Aristogeiton als Helden gepriesen, wird nicht Schillers „Teil“ glorifiziert? Und ich erinnere an die Zeit nach den Karlsbader Beschlüssen, nach der Wiener Ministerkonferenz, an die Vurschenschaftler, die Turner, unter denen wohl der Großvater oder Vater manches bürgerlichen Abgeordneten war. Was damals alles von bürgerlichen, freisinnigen Männern gesprochen, gesungen und gedichtet wurde, das geht noch weit hinaus über das, was selbst diese hirnerbrannten russischen Druckschriften enthalten. Wie wurde Sand fast ohne Ausnahme bejubelt und gefeiert, als er den russischen Staatsrat Kobezne ermordet hatte. Selbst der bekannte Berliner evangelische Geistliche gab dieser Stimmung des gefamten Volkes in dem bekannten Briefe an die Mutter Sands Ausdruck. Das war die politische Moral des Bürgertums der damaligen Zeit. Und wenn die Herren das jetzt vergessen haben und so thun, als ob das unehört wäre, was der Minister am 22. Februar zur Verlesung gebracht hat, so betreiben sie ein sehr kurzes Gedächtnis oder wollen die Mittel über ihre Vergangenheit hinwegwischen. Vielleicht erinnert sich die Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ daran, was ihr Gründer damals gelungen hat: „Wir färben rot, wir färben gut, wir färben mit Tyrannenblut.“ Haben Sie denn schon vergessen, was Johannes Miquel damals an Karl Marx geschrieben hat? Ich möchte Ihnen heute nur eine Stelle ins Gedächtnis zurückrufen: „Kommunist und Atheist, will ich, wie Sie, die Diktatur der Arbeiterklasse. Meine Mittel wähle ich nach dem Zweck.“ (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Ich will den partischen Terrorismus, die lokale Anarchie erheben.“ (Lebhafte Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Dieser Terrorismus und Atheismus ist hervorragendes Mitglied der national-liberalen Partei geworden und sogar preussischer Minister! Herr Schönstedt ist mit ihm durch kollegiale Bande verknüpft gewesen. Auch in Rußland wird der Absolutismus nicht ewig dauern. Panta rei. (Alles ist im Fluß.) Und wenn dann einer der russischen Terroristen, die jetzt blutige Redensarten im Munde führen, auf den Ministerstuhl in Rußland kommt, können unsere Minister auch

Ich kollektisch die Hand drücken. Wie viele später bekannt ge-
wordene Männer haben sich in ihrer Jugend so geäußert. Aber
nicht nur gegen die, sondern auch gegen Männer
wie Krndt, Zahn, Reuter hat man diese Methode
zur Anwendung gebracht. Die Briefe, die damals aufgefunden
wurden, waren zum Teil viel verhänglicher als die jetzt in
diesem Prozeß beschlagnahmten. Es wiederholten sich ständig An-
drücke wie diese, daß der Staat in seiner Freiheit begrenzt sei, sich
im Zustand des Bürgerkriegs befinde, daß jeder Patriot zur Waffe
an den Feinden berechtigt sei und jedes Verbrechen gerechte Notwehr
darstelle. Ueber solche Briefe sagt Treitschke, daß man nicht wissen
könne, wo die jugendliche Phraserei aufhöre und der ernste
Voratz beginne.

Selbst ein Demagogenträger hat damals gesagt, daß der Weg von
der Feder zum Dolch in Deutschland nicht kurz sei. (Hört! hört!
bei den Socialdemokraten.) Die Briefe aus den Akten, die ich auf
diese Weise endlich auch einmal kennen gelernt habe (Sehr laut bei
den Socialdemokraten), sind so harmlos wie möglich. (Zwischenruf
rechts.) Herr v. Kardorff, wollen Sie mir eine verhängliche Stelle
zeigen? Es ist immer die Witte um Verteilung von Schriften, die
sie enthalten. Ist das unerlaubt? Der nationalliberale Pro-
fessor Friedberg hat selbst erklärt, daß wer die Einrichtungen
der russischen Censur kennt, wisse, daß selbst Gelehrte
das Bedürfnis haben, auf Umwegen in den Besitz von
Büchern zu kommen. Der Briefschreiber fragt an, ob Amts-
gericht und Polizei schon alle Schriften freigegeben
hätten. Das kann doch nur jemand schreiben, der glaubt, daß diese
Schriften keinen verbotenen Inhalt haben. (Sehr richtig! bei den
Socialdemokraten.) Der Zweck der ganzen Aktion war aber, zwei
Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Der Herr Minister hat be-
hauptet, daß aus den beschlagnahmten Briefschaften mit einem
hohen Grade von Wahrscheinlichkeit der Schluß gezogen werden
könne, daß der ganze Schriftensmuggel von der Socialdemokratie
als Parteisache behandelt werde und daß sogar die Berliner Centrale
der Sache nicht fernstehe. Er hat auch nicht den Schatten eines
Beweises für diese Behauptung angetreten, konnte ihn auch nicht
antreten. An sich wäre ja die Verteilung durchaus zulässig, aber
wahrscheinlich muß erklärt werden, daß die Partei es nie gethan
hat, weder direkt noch indirekt. Aber was hat wenigstens einen
äußerlichen Anlaß zu dieser ungeheuerlichen Behauptung verschafft?
Zwei Briefe, in denen davon die Rede ist, daß ein sich auf die
Schriftenverteilung beziehender Brief dem Parteivorstand in Berlin
absichtlich mitgeteilt worden ist. Das erinnert an die Zeiten des
seligen Kampfs. In dem Briefe ist die Rede von dem Russen,
Koffern und dem Parteivorstand. Das genügt zur Herstellung der
Kombination des Justizministers. Aber das macht ich dem Justiz-
minister zum Vorwurf, daß er dem Abgeordnetenhaus nicht mit-
geteilt hat, daß über diesen Fall von den Königsberger Richtern die
Zeugen vernommen, die ebenso wie der Angeklagte selbst den
Thatbestand aufgeföhrt haben: Ein Russe fuhr über
Preußen nach Rußland und kam durch Memel. Da er
fürchtete, Censurschwierigkeiten zu haben, ließ er
bei einem Parteigenossen, der ihm besonders
vertrauenswürdig erschien, einen Koffer auf-
bewahren, bis er aus Rußland zurückkehre. Der
Koffer sollte also dort bleiben, doch nicht nach Rußland gehen. (Hört!
hört! bei den Socialdemokraten.) Im übrigen enthielt der
Koffer außer Wäsche ein Notizbuch und, wie man
mir gesagt hat, wissenschaftliche Bücher. Der Russe
berührte auf der Rückreise Memel nicht und hat wiederholt
um Zufindung seines Koffers, erhielt aber keine
Antwort. Deswegen erhoben andre Partei-
genossen Beschwerden beim Parteivorstand,
und wegen dieser nicht anständigen Handlungs-
weise wurde der damalige Vertrauensmann
für eine gewisse Zeit unwürdig zur Verrückung
von Vertrauensämtern erklärt. Das ist der wahre
Thatbestand, wie ihn der Justizminister kennen konnte und mußte.
(Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Ueber eine andre Frage
ist er einfach hinweggegangen. Wie kommt es denn, daß ein Teil
der Angeklagten vier Monate in Untersuchungshaft sitzt, die
lediglich durch Kollisionsgefahr begründet wird. Diese kann
doch nur vorliegen, wenn die Möglichkeit vorliegt, das Verlastungs-
material irgendwie zu verdunkeln. Nun liegt es aber
bei den Akten, die Druckschriften und Briefe sind unter amtlichem
Verschluß. Was soll denn da noch verdunkelt werden? (Sehr
richtig! bei den Socialdemokraten.) Ich hoffe, daß Sie nicht auf
dem Standpunkt stehen, den die „Kreuzzeitung“ im Jahre 1880
eingenommen hat: Die Freisprechung politischer Angeklagter muß
dazu führen, die Untersuchungshaft so lange auszudehnen, bis das
Verbrechen geföhrt sei. Ich kenne die Königsberger Richter zu
genau, um auch nur einem von ihnen solche Gedanken zuzutrauen.
Ich traue sie auch keinem andern Richter zu, aber in andern Kreisen
hört man sie doch.

Das ganze System der Voruntersuchung hat Professor Rosen-
feldt in der „Juristen Richterzeitung“ dahin charakterisiert: Ist
auch nominell der Richter die leitende Person der Untersuchung, so
erörtert doch der Richter ständig mit dem Staatsanwalt jeden Schritt
des Verfahrens. In der That, wenn man den Angeklagten möglichst
wehros machen will, so hätte man nichts Ärgeres erfinden können,
als den Verfolger in die Wüste des unbefangenen Richters zu stecken
und ihn mit dieser Zwangsgewalt auszustatten. Wenn dieser Prozeß
und andre aus jüngster Zeit den Anstoß dazu geben würden, mit
der Voruntersuchung in der jetzigen Form ein Ende zu machen, so
wäre das ein Segen. — Ich muß konstatieren, daß ich am
19. Januar ausdrücklich und wiederholt erklärt habe, auf die
juristische Seite des Falles nicht eingehen zu wollen, soweit
es sich nicht um die Frage der Voruntersuchung, der
Akteneinsticht und die Vernehmung der Angeklagten handelte. Ich

Welche unheilvolle Wirkung das Auftreten des Herrn Justiz-
ministers gehabt hat, bewies das Verhalten des freisinnigen
Abgeordneten Peltasso, der, ohne die andre Seite gehört
zu haben, ohne die Akten zu kennen, erklärte: Nach diesen Aus-
führungen sei es klar, daß die §§ 102, 103 verletzt und die
Voruntersuchung mit Recht eingeleitet sei. (Hört!
hört! bei den Socialdemokraten.) Das Vorgehen des Justiz-

ministers erinnert an die Zeiten des seligen Herrn Kampf, der
durch Veröffentlichung von Uebersetzungen des Vorhandensein einer
weitverbreiteten Veremigung übergesünder Jünglinge beweisen wollte,
eines Geheimbundes zur Errichtung einer Republik durch Mord-
und Bürgermord. — Herr Dejer hat sehr richtig sofort nach der
Rede des Justizministers das Entschuldigende geäußert, daß derselbe mit
den Mitteilungen aus den Akten sicher zu weit gegangen sei und
daß dadurch die Freiheit der Verteidigung beschränkt sei. (Sehr
richtig! bei den Socialdemokraten.) Herr Dejer wollte die Ent-
scheidung darüber der Verteidigung überlassen, aber ich meine, es
ist gerade Aufgabe des Parlaments, solchen Verbrechen mit
aller Entschiedenheit von vorn herein entgegenzutreten. (Sehr
richtig! bei den Socialdemokraten.)

Von konservativer Seite wird es ja wohl als Phantasiegebilde hin-
gestellt werden, daß ein Spigal die revolutionären Druckschriften nach
Königsberg geschickt haben soll. Aber wissen solche Polizei-Agenten
in Wirklichkeit fähig sind, das hat ja die Geschichte doch tausendfach
gezeigt. Sie wissen, wie im Prozeß Walded von einem
Polizei-Agenten ein Schriftstück gefälscht wurde,
wie der Staatsanwalt selber damals diese That
ein Substanz nannte, ausgeführt, einen Mann zu verderben.
(Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Auch diese Drucksachen
konnten sehr wohl zu dem Zwecke abgehandelt sein, um
Personen, welche den Russen bei Verbreitung legaler Broschüren
behilflich waren, zu schädigen. Denken Sie an die Thaten
des mit 10 000 Mark bezahlten deutschen Polizei-Agenten
Schöder, an jenen Polizei-Agenten in Altona, der schließlich selbst
angegeben mußte, die blutdürstigen Artikel geschrieben zu haben. Sie
wissen, daß Jhring-Machow sich bereit erklärte, Berliner
Arbeitern Unterricht im Dynamitfertigen zu geben. Also Sie
werden zugeben müssen, daß solche Spigal doch nicht bloß das
Produkt überhöhter Phantasie sind. — Wir ist es
gelungen festzustellen, von wem die beschlagnahmten Druckschriften
verfaßt sind. Es sind zwei Personen, die beide einer politischen
Organisation der Russen angehören. (Hört! hört! bei den Social-
demokraten.) Der eine gilt bei allen Organisationen als ein hin-
terbrannter Geisteskranker, das ist gerade der, von dem die bombastischen
Traktate herrühren, und der andre hat verneint, eine neue Partei
in Rußland zu gründen. Ich kann weiter dem Herrn Justiz-
minister den dokumentarischen Beweis erbringen, daß bereits 1901
die russischen Socialdemokraten auf das entschiedenste in russischen
Zeitschriften diese Schriften bekämpft und verurteilt haben. Da ist
es doch auffallend, daß gerade diese Schriften in solchen
Massen verbreitet werden sollten. Ich frage den Herrn Minister,
ob er bei uns in Deutschland bisher einen einzigen An-
archisten hat feststellen lassen können, auch unter den
Russen, die ausgewiesen sind. Ich glaube nicht, daß er
einen namhaft machen kann. Wenn Sie aber wissen wollen, wo
russische Terroristen stecken und mit welchem Gelde sie bezahlt
werden, so empfehle ich Ihnen die geheimen Dokumente der russischen
Organisation in Sofia, die Stambulow zu seiner Verteidigung
schließlich veröffentlicht hat, zu studieren. Da finden Sie, daß das
russisch-asiatische Departement am 31. Dezember 1899 dem Militär-
komitee in Sofia mitteilte, es solle schleunigst seine Pläne auf Er-
zeugung einer Militärrevolte und Ermordung des Koburger Ferdinand
ausführen. (Hört! hört! bei den Soc.) Da finden Sie Rechnungen über
viele hunderttausend Frank, die aus russischen Polizeifonds ausgedeckt
sind an Mitglieder revolutionärer Komitees. (Hört! hört! bei den
Socialdemokraten.) Also man soll uns doch damit in Ruhe lassen,
als ob die russische Regierung dem Terror und dem revolutionären
Treiben fern stehe. Sie unterdrückt alle freirechtlichen Regungen im
Innern und unterstützt alle Bestrebungen, welche darauf hinauslaufen,
die Freiheit in Rußland zu erdroffen. (Lebhaftes Sehr richtig! bei
den Socialdemokraten.)

Ich komme zum letzten, kürzeren Teil meiner Ausführungen.
Dr. Friedberg sagte, wenn gewisse Vorwürfe, die er näher be-
zeichnete, berechtigt wären, so müsse man der Regierung auch vom
nationalliberalen Standpunkt aus Vorwürfe machen. Nach dem, was
festgestellt ist, müßten somit auch die Nationalliberalen, vom Centrum
und den Freisinnigen ganz zu schweigen, zu demselben Resultat
kommen wie wir. Es ist zweifellos, daß hier russische
Polizei-Agenten ihr Wesen treiben. Ich habe sie
namhaft gemacht, und wenn der Polizeiminister sie noch immer nicht
gehandelt hat, so wäre das nicht meine, sondern seine Schuld. Es
steht auch fest, daß diese Agenten sich staatliche Funktionen angemaßt
und Verbrechen verübt haben. Dr. v. Wettschesloß hat erst gestern
oder vorgestern die Erklärung abgegeben, daß er sich bereit erklärt
habe, seinen Behörden Aufklärung zu geben und Zeugnis abzulegen,
daß ihm aber geantwortet worden sei, man könne nichts mehr
unternehmen, weil die Sache verjährt sei. (Hört! hört! bei
den Socialdemokraten.) Es sind aber gestern vom „Vor-
wärts“ neue Zeugen namhaft gemacht worden, mit deren Hilfe
die Regierung feststellen kann, daß diese Polizei-Agenten Verbrechen
verübt haben, in Wohnungen eingebrochen sind, Hausdurchsuchungen vor-
genommen und sich dessen noch gebrüstet haben. (Leb-
hafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Alle diese Vergehungen
gegen Russen, ebenso wie die Auslieferungspraxis, müssen doch auch
von bürgerlicher Seite aufs schärfste verurteilt werden. Die
„Mündener Neuesten Nachrichten“ fordern zu meiner Freude die
Regierung auf, das Vstrecht in liberaler Weise auszugestalten. Jetzt
sind die Fremden bei uns vogelfrei. Deshalb muß das Fremdenrecht
reichsgesetzlich geregelt werden, wie es unserem eignen kulturellen Interesse
entspricht. Möge die deutsche Regierung den Spuren Englands
folgen, das den Ausländern den gleichen Schutz der Gesetze gewährt
wie den Inländern. England ist nicht schuldig gefahren bei dieser
Praxis; dort haben die Anarchisten auch nie etwas gegen
die Regierung unternommen. Unsere Konservativen freilich
werden den Behörden das Recht wahren wollen, mis-
liebige Russen einfach dahin abzuschieben, wohin die
russische Regierung es verlangt. Ihnen (noch rechts) ist
Rußland der Hort aller Rektion. (Lachen rechts.) Sie haben aus
Ihrer Vorliebe für den Jatismus nie ein Hehl gemacht. Die andern
Parteien aber werden, glaube ich, nicht Lust haben, Ihnen darin bei-
zutreten. Sie werden mit uns wollen, daß die Willkür befristet und
feste gesetzliche Vorschriften die Rechte des Ausländers regeln. Ueber-
aus möglich aber ist es, daß unsere Justiz politische Vergehen und
Verbrechen aburteilt. Niemand kann aus seiner Haut heraus. Ueb-
der politische Standpunkt des Richters geht mit Notwendigkeit in
Ihre Urteile über. Aber das müssen wir verlangen, daß der
Justizminister als der oberste Beamte alles vermeidet, was
legend einen Richter in politischen Prozessen beeinflussen kann
(Lebhafter Beifall bei den Socialdemokraten), ob es sich nun
um einen Socialdemokraten, um einen katholischen Ordensbruder,
um einen Geistlichen, um einen Polen handelt, der der jeweiligen
Regierungsgehalt nicht paßt. Dagegen müßte sich das ganze Haus
auflehnen.

Wir wollen nicht zulassen, daß die Regierung dem Jatismus
Dienste leistet, so daß unreine eignen Landesinwohner in ihrer Existenz
und Freiheit dabei geschädigt werden. (Lebhafter Beifall bei den
Socialdemokraten.)

Preussischer Minister des Innern Hr. v. Hammerstein:
Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich nicht so deutlich spreche,
wie ich es thäte, wenn mein Gesundheitszustand es mir gestattete.
Es war ja zu erwarten, daß die Socialdemokratie die Debatten im
Abgeordnetenhaus hier zur Sprache bringen würde, um von der
verlorenen Sache zu retten, was noch zu retten ist. (Ge-
lächter bei den Socialdemokraten.) Es hätte nahe ge-
legen und wäre staatsrechtlich wohl sogar richtiger, wenn
die preussischen Minister wieder erklären würden, daß
sie über eine rein preussische Angelegenheit dem Reichstage nicht
Rechenschaft schuldig sind. (Sehr richtig! rechts.) Gelächter bei den
Socialdemokraten.) Aber ein anderer Grund hat uns veranlaßt,
hier doch zu erscheinen, der Grund nämlich, daß es sich hier nur um
ein Rückzugsgesetz für Sie (zu den Socialdemokraten)
handelt, damit Sie dann nach einem angeblichen Triumphe, wie
Sie hoffen, nach einer gründlichen Niederlage, wie ich glaube, nach Hause
gehen. (Gelächter bei den Socialdemokraten.) Ich habe aus alledem,

was hier vorgetragen ist, nichts gehört, was sachlich für die Beur-
teilung der einzelnen Fälle von Wert ist. Sachlich ist es nicht von
Wert, ob Herr Herbert im Juli oder August 1902, oder im Juli
oder August 1903 die Affaire mit den Briefen hatte. Sachlich ist es
nicht von Wert, ob Herr Liebkecht im Oktober oder August des
letzten Jahres beobachtet hat, daß jemand von hinten ihm
in die Akten zu sehen versucht hat — darauf kommt es nicht an.
Es kommt hier doch nur darauf an, ob in einem einzigen der vielen
Fälle, die die Herren Haase und Bebel hier vorgetragen haben, und
die Sie auf Grund Ihrer großen Instruktion (Gelächter bei den
Socialdemokraten), die Sie überall hin erlassen haben, weiter er-
mittelt haben, der „Vorwärts“ hat ja lange Aufsätze unter
dem Titel „Freiwild“ veröffentlicht — ob in einem einzigen
dieser Fälle der Beweis geliefert werden kann, daß etwa
Unrechtes geschah ist! Vor sechs Wochen ist schon gesagt
worden, daß der Reichsregierung und auch der preussischen Re-
gierung absolut bekannt sei, daß bei der preussischen Vorladung einer
der Beamten damit beauftragt wurde, die russischen Revolutionäre
zu beobachten. (Zwischenruf bei den Socialdemokraten.) Das habe
ich auch im Abgeordnetenhaus mitgeteilt und gesagt, daß wenn
diese russischen Beamten sich in irgend einem Falle obrigkeitliche
Rechte anmaßen würden, sofort von der Reichsregierung Remedur
eintreten würde, und daß auch die preussische Regierung
nie dulden würde, daß Fremde sich die Rechte der
preussischen Polizei anmaßen. Aber wo ist nachgewiesen, daß
von diesen Leuten, die Sie russische Spigal nennen, die Befugnisse
eines preussischen Polizisten ausgeübt worden sind. In den
Köpfen bei Ihnen, da spult es bei den jungen Russen,
demokraten, besonders spult es bei den jungen Russen,
die unsere Lehranstalten besuchen. In jedem Unbekannten sehen Sie
einen russischen Spigal, vielleicht weil Sie eine gewisse Angst haben.
Ich weiß nicht, weshalb wir deutsche Männer und auch die social-
demokratischen Männer vor angeblichen russischen Spigalen Angst
haben sollen. (Gelächter bei den Socialdemokraten.)

Im Fall Wettschesloß hat der „Vorwärts“ lange Erzählungen
veröffentlicht von einem Manne, der mit einem angeblichen Spigal
bald hier bald da, beim Glase Bier zusammengetroffen ist. Da kann
ihm manches aufgebunden oder auch nicht aufgebunden worden
sein. Daß aber bei Wettschesloß ein Einbruch erfolgt sei, ist
nicht nachgewiesen. Derjenige Mann, der am ersten An-
kunft gehen sollte, hat geschwiegen. (Auf bei den Socialdemokraten:
Sind denn die Zeugen vernommen worden?) Er hat bei einem meiner
Beamten erklärt, daß er ohne Veranlassung der socialdemokratischen
Parteileitung (Hört! hört! rechts) und ohne Ver-
anlassung durch den Rechtsanwalt Liebkecht Ausfragen nicht machen
könne. Herr Liebkecht hat dann die Auskunft gegeben, daß er bei sich zu
Hause Ausfragen zu machen bereit wäre. Aber dazu ist doch die
preussische Beamtenchaft nicht da, um hinzulaufen zu einem Rechts-
anwalt und sich dort Auskunft zu holen. Wenn bei mir eingebrochen
würde, wäre doch mein nächster Weg zur Polizei. Warum ist dieser
Weg nicht beschritten worden? Ich habe nun wenigstens erwartet,
daß mir der „Vorwärts“ die Handhabe bieten würde,
polizeiliche Ermittlungen wegen des Einbruchs anzustellen
und den Staatsanwalt zu benachrichtigen. Aber der „Vor-
wärts“ und auch Herr Haase heute haben geschwiegen.
Solange Sie (zu den Socialdemokraten) die Beweise für Ihre Be-
hauptungen in dieser Sache nicht glatt erbringen, solange die Sie
dabei stehen, daß Ihr ganzes Vorgehen nur agitatorische Absichten
verfolgt! Sie wollten wiederum die große Masse des Volkes gegen
den jetzigen Staatszustand aufhetzen! Sie denken: calumniare
audacter, semper aliquid haeret! (Ironisches Bravo! bei den
Socialdemokraten.)

Abg. Haase hat behauptet, daß die Ausweisungen inhuman
vollzogen würden. Ist es etwa inhuman, daß der Doktor
Wettschesloß (Reiterkeit) — oder Wettschesloß noch heute hier ist,
daß ihm gestattet ist, über die Grenze zu reisen, die er wählen will?
Sind wir etwa mit Schokoladen, der unter falschem Namen hier
lebte — Popoff, oder welchen dritten Namen er noch hatte — in-
human verfahren? Ein anderer sollte in derselben Weise ausgewiesen
werden, ist aber vom Rechtsanwalt, unmittelbar nachdem er seine
Strafe verbüßt hatte, in einer Drochle entführt worden, wohl nicht
um der Ausweisung zu entgehen, denn die konnte ihm nichts schaden,
sondern wahrscheinlich, weil er besitzte, daß in einem späteren
Verfahren noch viel schlimmere Dinge zum Vorschein kommen könnten.
Herr Haase hat heute zugeben müssen, daß seine Angaben über die
Verhaftung des Direktors des statistischen Bureaus in Ufa nicht
korrekt waren. In der That war der Mann schon zwei Monate,
bevor wir überhaupt von der Sache Kenntnis bekamen, zwangsweise
nach Sibirien abgeführt. Die Behauptung des Abg. Haase, daß die
Denunziation schon früher erfolgt sein müsse, wird widerlegt durch
ein Schreiben der russischen Polizei, wonach ihr
der Betreffende schon seit mehr als dreizehn
Jahren als Revolutionär bekannt ist. Sie sei aber
erst auf Grund neuer Thatfachen gegen ihn eingeschritten. Ich
möchte Herrn Haase bitten, in seinen Verdächtigungen etwas vor-
sichtiger zu sein. Herr Haase sagte, die russischen Studenten seien
keine Anarchisten.

Ja, Anarchisten in dem alten Sinne sind sie
vielleicht noch nicht, aber sie können es sehr
leicht werden. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Wir wollen
solche Leute nicht haben, die sich um politische Dinge kümmern.
(Große Unruhe und Gelächter bei den Socialdemokraten. Abg. Bebel
ruft: Wissenschaften!) Allerdings handeln die russischen Studenten
oft so unreif, daß man sie kaum für alles, was sie thun, ver-
antwortlich machen kann. Die ziemlich kindische Erklärung, die
sie vor einigen Wochen gegen den Staatssekretär des
Auswärtigen Amtes gerichtet haben, hätte uns ja leicht
Veranlassung geben können, eine ganze Reihe dieser Leute,
die sich anmaßen, gegen einen der höchsten Beamten des
Reichs mit ihren kindischen Urteilen hervorzutreten, einfach
über die Grenze zu schicken. Wir haben es nicht gethan, weil wir
die Sache als eine Kinderei ansahen. Vor einigen Tagen hat in
den Arresthallen eine Versammlung russischer und polnischer
Studenten stattgefunden, die nach der „Welt am Montag“
eine Resolution annahm, in der es heißt: „Mit un-
geheuerlicher Freude und Begeisterung haben wir die Nach-
richt von den Niederlagen der russischen Kaub-
politik gehört. Unser heißer Wunsch ist es,
daß das Jarentum, das alle Völker unter seine
Herrschaft beugt, vollständig geschlagen und ber-
nichtet wird.“ Wenn die Angehörigen einer der kriegsführenden
Staaten mit derartigen politischen Proklamationen kommen, so
müssen wir uns doch diese Herren etwas gründlicher ansehen! (Große
Unruhe bei den Socialdemokraten. Mehrfache Rufe: Es sind deutsche
Reichsangehörige.) Es sind Polen gewesen. (Wiederholte Zurufe
bei den Socialdemokraten: Deutsche Reichsangehörige!) Um
so schlimmer für uns, daß wir solche deutsche
Reichsangehörige haben! Um so mehr werden
wir uns in unserer Polenpolitik bewähren, immer
noch schärfer vorgehen. (Erneute große Unruhe links.) Herr
Haase hat auch gesagt, noch niemand habe hier in
Berlin ein russischer Student gelebt oder studiert, der dem An-
archismus angehörte. Unter den russischen Studenten, die in den
letzten Jahren hier waren, befand sich Karpowitsch, der im
Jahre 1901 den russischen Minister Sijjagin ermordete,
ferner eine Studentin, die 1903 auf einen russischen
General in Kiew ein Attentat verübte, ferner
der Student Brailowsh, der im vorigen Jahre
bei den Unruhen in Moskau an der Spitze stand. So ganz
unschuldig scheint also diese russische Bewegung doch nicht zu sein.
Wir werden in einer solchen Auffassung ja auch bestärkt durch Sie,
meine Herren Socialdemokraten. Ihr Auftreten auf dem Dresdener
Parteitag harmoniert vollständig mit derartigen Tendenzen. Ich
erinnere nur an den Ausspruch Ihres Parteiführers, der da sagte:
So lange ich —

(Der Minister will die weiteren Worte von einem Zettel ablesen,
findet aber nicht gleich die richtige Stelle oder ist vor Aufregung
nicht im Stande, weiter zu sprechen. Er stößt einige Augenblicke.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Achtung! Die Parteigenossen des 177. und 178. Stadtbezirks werden ersucht, sich am Dienstag, den 1. März, pünktlich abends 7 Uhr in den Bezirkslokale einzufinden. Der Vorstand.

Zwei Volksversammlungen für Frauen und Mädchen finden im Laufe dieser Woche statt. Genosse Reichstags-Abgeordneter Wurm spricht am Dienstagabend im „Märkischen Hof“, Admiralsstr. 180, Genosse Reichstags-Abgeordneter Schöpflin am Mittwoch in der „Kronen-Brauerei“, Alt-Moabit. Es wird ersucht, für diese Versammlungen lebhaft zu agitieren. Die Vertrauensperson.

Romanow. Heute Sonntagvormittag findet zur Agitation für die Romanow-Gemeinde wahlen eine Flugblattverbreitung statt. Treffpunkt morgens 8 Uhr bei Carl Grub, Pfeiferstraße. — Montagabend 7 1/2 Uhr ist im Verbandslokal, Pfeiferstraße, eine öffentliche Wählerversammlung. Tagesordnung: Die Gemeindevorteiler-Wahlen in Romanow-Neuenhof. Referent Genosse Carl Grub. Die Genossen werden ersucht, für diese Versammlung kräftig zu agitieren.

Treptow-Baumschulweg. Am Montag findet bei Klermann, Baumschulstr. 48, eine öffentliche Wählerversammlung statt, in der Reichstags-Abgeordneter Adolf Hoffmann über die bevorstehende Gemeindevahl sprechen wird. Auch werden in dieser Versammlung die Kandidaten aufgestellt.

Groß-Lichterfelde. Die Gemeindevorteiler-Wahlen finden am Freitag, den 4. März, statt. Die Wahlzeit ist nachmittags von 3-8 Uhr. Wahllokal für den Westen: Seddigs Kasino, Krummstraße 7; für den Osten: Hennigs Restaurant, Jungfernstieg 5. Die beiden sozialdemokratischen Kandidaten für den Westen sind: Kaspar Wenzel, Zeitungs-Expedient, Zehlendorferstr. 3, Gustav Platz, Maurer, Chausseestr. 55. Für den Osten ist alleiniger sozialdemokratischer Kandidat: Paul Hopp, Lagerhalter, Dürerstr. 11. Parteigenossen! Die wenigen Tage bis zur Wahl müssen zu eifriger Agitation benutzt werden. Jeder Arbeiter thue seine Pflicht. Auch in unserm Ort ist der Sieg in der dritten Klasse möglich trotz der Koalition der Gegner, wenn die Arbeiterschaft ihre Schuldigkeit thut. Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Ober-Schöneweide. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß heute abend 8 Uhr im Lokale von Ernst Kaufhold, Wilhelmshofstr. 18, die Sonntagsversammlung stattfindet mit der Tagesordnung: Die politische Lage.

Wilmersdorf. Mittwoch fällt die Wahlereins-Versammlung aus zu Gunsten einer von der Vertrauensperson einberufenen öffentlichen Versammlung in Bittes Volksgarten, Berlinerstr. 40, wo Genosse Kagenstein den Vortrag übernommen hat über „Die wirtschaftliche Bedeutung der Konsumvereine“.

Zur Flugblattverbreitung werden die Parteigenossen am Dienstagabend 7 Uhr in den bekannten Lokale erwartet.

Lichtenberg. Dienstagabend 8 1/2 Uhr findet bei Höllich, Frankfurter Chaussee 120, eine öffentliche Versammlung statt, in der Dr. Fröhlich-Wien einen Vortrag über den Alkoholismus und die moderne Arbeiterbewegung halten wird. (Siehe Inserat.)

Steglitz. Mittwochabend 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung des Wahlereins bei Schellhase, Ahornstr. 10a: Aufstellung der Kandidaten zur Gemeindevahl. Regler Besuch wird erwartet. Gäste willkommen.

Abterhof. Sonnabendabend 8 Uhr findet im Lokale von Böllstein ein Kunstabend statt unter Leitung von Dr. Alberty und unter Mitwirkung von Meia Schönefeld (Alt), Max Reibers (Violone), Richard Karsch (Klavier). Den einleitenden Vortrag über „Kunst und Proletariat“ hält Dr. Alberty. Einzahlkarten a 30 Pf. sind bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern, Bezirksführern und sonstigen Funktionären zu haben. Öffentliche Kasse findet nicht statt.

Tempelhof. Am heutigen Sonntagnachmittag 3 1/2 Uhr findet im Lokale von Martin Müller, Berlinerstr. 41/42, eine Volksversammlung für Frauen und Männer statt. Auf der Tagesordnung steht: „Kafentum in Preußen“. Referent Genosse Bartels. Um recht zahlreichen Besuch zu dieser Protestversammlung wird gebeten.

Lokales.

Aus dem Reiche Klingel-Volles.

Die Meierei von C. Velle ist, soweit die Verhältnisse der dort beschäftigten Arbeiter in Betracht kommen, einer der dunkelsten Winkel Berlins. Die Leiter des Volleschen Betriebes haben es verstanden, das Licht der Aufklärung durch allerlei Maßregeln von „ihren“ Arbeitern fernzuhalten. Solidarisches Zusammenhalten, Vertretung ihrer Interessen durch Anschluß an eine Gewerkschaft kennen die Volleschen Arbeiter nicht und dürfen sie nicht kennen, wenn sie nicht sofort hinausfliegen wollen. Unter solchen Umständen ist es kein Wunder, daß die Volleschen Wirtschafsherren unter Verhältnissen arbeiten, die sich kein organisierter Arbeiter gefallen lassen würde. Morgens um 3 1/2 Uhr beginnt die Arbeit der Arbeiter und sie währt, ohne Unterbrechung durch festgesetzte Pausen, bis 8 Uhr nachmittags. Vom Beginn bis zum Schluß der Arbeitszeit schwebt der Arbeiter ständig in der Gefahr, gegen das erblose Strafregister zu verstoßen, welches nicht weniger wie 182 Anordnungen enthält, deren Nichtbefolgung mit Strafen von 10 Pf. bis 4 M. belegt ist. In 9 Fällen drohen dem Arbeiter Strafen von 10 Pf., 64 verschiedene Vergehen sind mit je 20 Pf., 44 Fälle mit je 50 Pf. Strafe belegt, und schließlich giebt es noch 15 Verträge gegen das Vollesche Strafgesetz, die mit 1, 1.50, 2, 3 und 4 M. geahndet werden.

Kontrollen und sonstige Aufpuffer haben jedes Vergehen dem Arbeiter zu melden. Das geschieht natürlich in ausgiebigster Weise, denn die Leute, die als Aufpuffer angestellt sind, wollen durch die That beweisen, daß sie ihren Lohn auch verdienen. So ist es denn erklärlich, daß selbst die ältesten und gewissenhaftesten Arbeiter sich beim besten Willen nicht vor Strafen schützen können, und daß sie sich schon glücklich schätzen, wenn ihr Strafkonto nicht mehr wie 2 Pf. in der Woche beträgt. Bei Neulingen, die mit den Bestimmungen des Strafregisters noch nicht vertraut sind, schwellen die Strafgebühren erheblich höher an, was in jedem Falle einen recht empfindlichen Abzug vom Wochenlohn bedeutet, der ohnehin nur 21 bis 24 Mark beträgt. — Die Strafgebühren sind nicht etwa der einzige Verlust, den der Arbeiter an seinem Lohn erleidet. Nicht selten kommt es vor, daß Kunden, denen die Milch ins Haus geliefert wird, die Wochenrechnung nicht gleich bezahlen. Bringt der Arbeiter öfter unbezahlte Rechnungen zurück, so wird ihm das als ein Mangel an Berufstüchtigkeit angerechnet, und er gehört zu denen, die bei Gelegenheit entlassen werden. Was bleibt dem Arbeiter, der sich seine Stellung erhalten will, übrig, als das Geld für die unbezahlten Rechnungen aus der eignen Tasche auszulagern und schließlich, wenn der Kunde nicht zahlt, den Verlust selber zu tragen. Mit der Mahnung säumiger Zahler muß der Arbeiter sehr vorsichtig sein, denn wenn er energisch auf Zahlung dringt und der Kunde sich deswegen beschwert, so kann der Arbeiter „wegen Frechheit gegen Kunden“ noch obendrein mit einer Strafe von 3 M. belegt werden. Wegen die Beschwerde eines Kunden oder die Mahnung eines Kontrollieurs, mag dieselbe auch noch so unbegründet sein, kann der Arbeiter sich nicht verteidigen. Man glaubt nicht ihm, sondern nur seinen Anklägern.

Um den Abfall ihrer Ware braucht die Leitung des Volleschen Betriebes ebenfalls wenig besorgt zu sein, wie um die Beibringung der Zahlung von säumigen Kunden. Auch für genügenden Abfall müssen die Arbeiter sorgen. Ein Arbeiter, der zu viel Milch von der Tour

zurückbringt, kann mit Sicherheit darauf rechnen, daß er nicht mehr lange im Volleschen Geschäft bleibt. Ebenso geht es den Aufsehern, welche die sonstigen Handelsprodukte der Volleschen Meierei, als: Obst, Fischkaffee, Konerven, Spargel usw. nicht an den Mann zu bringen wissen. Besonders die Zeit des jungen Spargels ist eine wahre Schreckensperiode für die Volleschen Aufseher. Formell ist wohl niemand gezwungen, Spargel zum Verkauf mitzunehmen. Aber wer es nicht thut, der macht sich dadurch unbeliebt, und wird bei passender Gelegenheit „ausgemergelt“, wie der technische Ausdruck der Betriebsleiter für die Entlassung „unbeliebter Elemente“ lautet. Jeder Arbeiter nimmt also einige Pfund Spargel mit. Da aber der Preis in der Regel etwas höher ist wie der Marktpreis, so finden sich nur schwer Käufer. Juridisch genommen wird der Spargel nicht. Was bleibt nun dem Arbeiter übrig? Entweder er verkauft den Spargel billiger und zahlt die Differenz aus der eignen Tasche, oder wenn er ihn trotzdem nicht los wird, was namentlich bei den Aufsehern, deren Tour in Arbeiterquartieren liegt, sehr oft der Fall ist, dann kann sich der Arbeiter selber an einem Gerichte Volleschen Spargels, den er natürlich mit dem vollen Preise bezahlen muß, gültig thun. Auf diese Weise hat die Vollesche Meierei stets ein gesichertes Absatzgebiet für ihre Handelsprodukte, denn was für den Handel mit Spargel gilt, trifft auch auf die sonstigen Waren zu, welche die Volleschen Aufseher neben den eigentlichen Meierei-Erzeugnissen zu vertreiben haben.

Wie aus den Aufsehern, so lastet der Trud des Strafsystems auch auf allen übrigen Angestellten, den Wirtschafsherren, Handweibern, Stallleuten, Meierei-Arbeitern usw. Es ist gar nichts seltenes, daß Wochenlöhne von 18-21 M. durch Abzug von Strafgebühren auf 12-15 M. herabstinken. Zur Befriedigung des Lebensunterhalts bleibt demnach den im Volleschen Betriebe Beschäftigten nur wenig übrig. Dafür werden sie aber entschädigt durch eine wahrhaft überliche Fürsorge für ihr Seelenheil. Jeden Sonnabendnachmittag muß jeder, der im Dienste Klingel-Volles frondet, dem Gottesdienst in der Volleschen Hauskapelle betheiligen. Wer sich trotz der aufgestellten Posten der kommenden Anacht zu entziehen wagt, hat eine Mark Strafe zu zahlen. — Also nicht nur die Ordnung im Betriebe, sondern sogar die Befriedigung der religiösen Bedürfnisse wird durch Strafen erzwungen. Was aber die Leitung der Volleschen Meierei nicht erzwingen kann, das ist die Zufriedenheit der Angestellten. Mit solchen Verhältnissen, wie sie hier nur in einigen Jüngen geschildert sind, kann ein Arbeiter auf die Dauer nicht zufrieden sein. Der Geist der modernen Arbeiterbewegung wird trotz aller Abperrungsmaßregeln auch in diesem noch recht dunklen Winkel einmal seinen Einzug halten.

Die unsinnigen Gerüchte über den Tod unseres Genossen Rosenow, die von der niedrigsten Sensationspresse und auch vom „Volleschen Bureau“ verbreitet wurden, beruheten, wie wir bereits gestern mitteilten, auf der Thatsache, daß Frau Rosenow die Obduktion des Verstorbenen beantragt hatte. Am Sonnabend erhielt Frau Rosenow auf ihren Antrag von der Staatsanwaltschaft folgenden Bescheid:

„Auf die Anzeige vom 21. Februar 1904 benachrichtige ich Sie, daß ich keine Veranlassung habe, die Ausgrabung und Öffnung der Leiche Ihres am 7. Februar 1904 verstorbenen Ehemannes herbeizuführen, da nach den angestellten Ermittlungen Anhaltspunkte dafür, daß Ihr Ehemann eines nicht natürlichen Todes gestorben ist, nicht vorhanden sind.“

Damit ist die Angelegenheit vollständig aufgestellt und erledigt.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich mehrere Male mit der Reinigung der Schulen beschäftigt und am 11. Juni 1903 beschloßen, den Magistrat zu ersuchen, die Fußböden in allen städtischen Schulen ausreichend mit Sandel streichen und täglich fegen, sowie die Fenster aller städtischen Klassenzimmer alle sechs Wochen putzen zu lassen. Der Magistrat hat nun beschloßen, dem ersten Teil des Beschlusses beizutreten. Dagegen erklärt er, den weiteren Wünschen der Stadtverordneten-Versammlung im vollen Umfange nicht entsprechen zu können, weil in Schulen mit Nachmittags- und Abendunterricht erhebliche Schwierigkeiten entstanden sind. Weit wichtiger dürfte das tägliche feuchte Abwischen der Tische sein. Ueber mangelhafte Sauberkeit in den höheren Lehranstalten sind bisher nicht die geringsten Klagen laut geworden. Um eine einheitliche Regelung der Reinigungsverhältnisse für sämtliche Schulen herbeizuführen, hat der Magistrat folgende Vorschriften gutgeheßen und ersucht die Stadtverordneten-Versammlung, sich damit einverstanden zu erklären: „Die Fußböden in sämtlichen Schulen sind stets ausreichend mit Sandel zu streichen. In sämtlichen Schulen sind die Fußböden dreimal wöchentlich durch trockenes Auflegen gründlich zu reinigen. Die Banktüche und Lehrerkübel, sowie die Utensilien und Paneele sind täglich feucht abzuwischen. Sämtliche Fenster sind sechsmal im Jahre, also durchschnittlich alle acht Wochen, zu putzen.“ Die Schuldiener sollen für Rehrleistungen eine angemessene Entschädigung erhalten.

In der Sitzung der städtischen Parteideputation unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Reiche wurde unter anderem beschloßen, die Gartenanlagen, wie Rasenstreifen usw., der Gneisenaustraße und Prenzlauer Allee zu erweitern. Die provisorisch in der Straße unter den Linden aufgestellten Bänke sollen wieder entfernt und auf dem Dönhofs-Platz angebracht werden. Der alte, nach der Gneisenaustraße am städtischen Krankenhaus am Urban verpflanzte Brangel-Brunnen soll mit einem Rasenstreifen umgeben werden, damit die Kinder sich nicht dem Brunnen wie bisher nähern und in das Wasser fallen können.

Die dramatisierte Arbeitswilligen-Fürsorge. Die Parteinarbeit der Behörden für das Unternehmertum und gegen den anständigen Teil der Arbeiterschaft ist so charakteristisch für das Wirken des Staates der Sozialreform, daß eine Dramatisierung besonders drastischer Ereignisse auf diesem Gebiet sehr wohl des Schwelgers der Ehen wert ist. Unter dem Titel: „Ein Stündchen in der Alexanderstraße“ hat der Drechsler Hermann Richter ein Theaterstück geschrieben, das am 6. Februar bei einer Festsitzung des Holzarbeiter-Verbandes zur Aufführung kam und die auch aus unserm Blatt bekannte Vorgänge während des letzten Holzarbeiterstreiks zum Vortrage hat. Wir lesen über die dramatische Leistung in der „Holzarbeiter-Zeitung“: Im ersten Akt erscheint Herr Rahardt und der Vorstand der Berliner Tischler-Innung auf der Bühne; die Herren beschließen, gründen und eröffnen ihren Arbeitsnachweis. Wie aber die ersten „Kunden“ sich einfänden, da sind auch schon die Kontrollen des Holzarbeiter-Verbandes mit dem „Obersteher“ an der Spitze zur Stelle. Sie bereiten Rahardt und Reinke vielen Kummer. Sofort wird die Polizei geholt, die dann jeden verhaftet, der ihnen von Rahardt und Reinke bezichtigt wird. Dem Möbelwagen von Franzel, den Herr Rahardt in der Alexanderstraße als Kolliwerk gegen die feindlichen Streikposten vorfahren ließ, hat der Autor selbstverständlich nicht vergessen. Aber das Heranziehen des Möbelwagens war vergeblich, denn der Streikführer leitete nach dem Oberricht, um über das Hindernis hinwegzugehen zu können und notiert nach wie vor jeden Besucher des Innungsnachweises. Wie in der Alexanderstraße, so stehen auch auf der Bühne so viele Schaulustige und Geheime herum, daß einem dieser Herren das Unglück passiert, von den Streikzeitungern umsegelt zu werden. Das Plakat Reinke's, in welchem bekannt gemacht wird, daß jedem Arbeiterwilligen, der einen Streikposten denunziert, 10 Mark Belohnung gezahlt werden, ruft auf der Bühne eine andre Wirkung hervor, als daß die Vorgänge thätiglich zugetragen haben. Es erscheinen nämlich zwei arbeitsscheue Individuen, Ede und Lude in Originalkostüm auf dem Plane. Um der Polizei wegen auch einmal so zu thun, als wenn sie arbeiten wollten, finden sie sich in der Alexanderstraße ein. Da sie aber einen unüberwindlichen Abscheu vor der Arbeit haben, trauen sie sich in

den Nachweis nicht hinein. Sie sehen aber das berühmte Plakat und beschließen sofort, daß jeder täglich einmal die 10 Mark zu verdienen habe; dann brauchen sie ihre Zeit nicht mit Arbeiten zu veräuern. Wie sie nun so am Thorweg stehen, kommt Herr Rahardt heraus, schnauzt sie an und will sie wegweisen. Aber, o weh! Sie denunzieren Herrn Rahardt auf der Stelle wegen Ehrverletzung und Bedrohung. Der Schuttmann lenkt Herrn Rahardt nicht, Legitimationen hat der Meister nicht bei sich, nicht einmal einen Zupfsteiner. Unter jubelndem Beifall des Publikums wird Herr Rahardt auf der Bühne verhaftet und nach der Polizeiwache transportiert.

Den Ordnungslampf der Scharfmacherpresse können wir uns ja im großen Ganzen gefallen lassen. Hat er doch den nicht zu verachtenden Vorteil für die Sozialdemokratie, daß die plumpen Rassen der Verleumdung, mit denen er geföhrt wird, auch die anständigen Leute unter unsterblichen Gegnern mit Widerwillen erfüllt und sie auf den Gedanken bringt, daß es um den moralischen Fonds einer Partei, gegen die nichts andres ins Feld zu führen ist, als bestenfalls hinverbranntes Zeug, doch nicht so schlecht bestellt sein muß. Wenn wir daher heute einen Artikel der „Post“ im Auszuge wiedergeben, so thun wir es beiseite nicht, um das Wort zu einer anständigeren Kampfesweise zu bewegen, sondern nur, um unsern Lesern ein kleines Sonntagsvergnügen zu bereiten und ihnen zu zeigen, von welchem Maßstab das in diesem unglückseligen Blatt verzapfte Sozialistengift ist. Seit einigen Tagen treibt die „Post“ mit der Angelegenheit des Herrn v. Oppell-Kapitadt. Ueber das Verhalten der Sozialdemokraten zu diesem bedauerndwerten Herrn heißt es in dem Scharfmacherblatt:

„So lange sie hoffen konnten, von ihm Vorteile zu ziehen, wurde er mit Hochachtung umschwärzelt. Das dauerte so lange, bis sie erbedeten, daß er unrettbar „dummen abstinentenlerischen Reigungen“ verfallen war. Befanlich ist alle Abstinenten „den roten Brüdern“ ein Greuel, nicht nur, weil es so verlockend ist, aus einem Arbeiter zum sorglosen und ohne Mühe verdienenden Parteibüchler oder Cigarrenhändler zu werden, denen die Kundschaft keine Sorge zu machen braucht, sondern auch, weil nach dem Gesandnisse eines kundigen „Genossen“ die von Bierdunst und Tabakrauch erfüllte Atmosphäre das Hirn der angehenden „Genossen“ leichter umnebelt und den Parteileuten eher zugänglich macht, als alle Ueberredungskunst. Deutlich ward es den „Genossen“ erst, wie Herr v. Oppell in „dummen abstinentenlerischen Vorurteilen“ stecke, als er sich weigerte, für das „Sollhaben“ einige „branne Rappen“ herzugeben, weil er meinte, diese Gröndung müßte, da sie sich doch rentieren solle, nur der Billerei Vorschub leisten. Von dem Augenblicke an hatte er es mit den „Genossen“ verdoeben, die ja jede abstinentenlerische Regung und jede auf Beschränkung der Trunksucht huzielnde Bestrebung mit scheeligen Augen ansehen und den am meisten feiern, der am meisten liebt, zu geben.“

Eine detarierte Manier, den Kampf für Ordnung, Religion und Sitte zu führen, ist den andren konfessionellen Blättern ja höchst peinlich. Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ geberdet sich im Kriegstanz gegen die Reite ja auch oft possierlich genug, sie hat aber doch so viel Ueberlegung, in Bezug auf die Oppellsche Angelegenheit der „Post“ folgenden Denktzettel zu verabreichen:

„Kürzlich verstande ein ehemaliger Distriktsarzt an die Presse ein vertieftestiges Rundschreiben, in dem er seinen Austritt aus der sozialdemokratischen Partei erklärte. Der Mann, der unter andern an der Spitze der Bewegung für die Strafsittigkeit des homosexuellen Verlehrs steht, mußte in seiner Eigenschaft der kundigen Presse so bekannt sein, daß sie sich hätte veranlaßt fühlen sollen, das Rundschreiben dem Papierkorbe zu überliefern, weil der Verfasser wirklich nicht ernst genommen werden kann. Trotzdem hat die Presse es abgedruckt und dem „Vorwärts“ willkommenen Anlaß zu häßlichen Glossen gegeben.“

Die noch folgende Bemerkung, daß man genügend wirksame Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie habe, wollen wir dem Platte des Herrn Dertel um deswillen schenken, weil es uns ja auch schon oft genug in der bei der „Post“ gang und gäben Art zu Diensten gestanden hat. Es thut uns nur leid, daß wir in Rücksicht auf den Raum unser Blatt nicht öfter in der Lage sind, den Parteigenossen zu zeigen, wie unsere Gegner zum Teil die unfreiwillige Kartette der Sozialisten-Abfälligkeit betreiben.

Ueber Sanktionen unter den Frommen berichtet die „Kreuz-Zeitung“: „Der Prediger Paul, der als Evangelist im Lande umherreist, hatte auf einer Konferenz öffentlich erklärt, daß es Brüderhäuser gebe, wo die meisten noch „unbekehrt“ seien und wo man Jünglinge ausgelacht habe, als sie erklärten, sie hätten den Heiland lieb. In einer Diakonissenanstalt habe eine Schwester ihn angefaßt, als ob es bei ihm im Oberflächigen nicht ganz richtig sei, nur weil er von Jesus gesprochen habe. Paul warnte dann förmlich davor, in diese Häuser einzutreten. Söder protestierte nun als Leiter der Stadtmission in einem offenen Briefe in der „Reformation“ ganz energisch gegen dieses verwerfende Auftreten des Predigers Paul, gegen sein Nichten und Aburteilen und weist auf den Schaden hin, den er damit der Gemeinschaftsbewegung thut. Zum Schluß fordert Söder Paul auf, seine Behauptungen zu beweisen; die Untersuchung werde zweifellos sofort erfolgen.“

Der Fall mit der Diakonistin liegt am Ende so, daß der gute Mann sehr zur Unzeit, nämlich als die Dame sich mit der zwar weltlichen, aber entschieden nützlichen Arbeit der Krankenpflege zu beschäftigen hatte, sie mit seinen gleichgültigen Predigten behelligte.

Die Zustände bei der Feuerwehre, die wir vor einigen Wochen ans Licht zogen, veranlassen jetzt selbst das hiesige Antisemitentblatt zu folgenden Auslassungen: „Völlig unhaltbare Zustände herrschen gegenwärtig unter den Mannschaften der Berliner Feuerwehre. Die Beamten sollen im Monat zehn freie Tage haben, müssen jedoch an diesen Tagen Aufendienst versehen, Theaterwachen, Feuerrevisionen, Halbwochen usw. mitmachen. Hierdurch werden die freien Tage derartig beschränkt, daß früher schon drei bis vier Tage davon den Beamten verloren gingen. Weiterhin sind jedoch die Theaterwachen befanlich bedeutend verstärkt und infolgedessen wird so viel Personal gebraucht, daß die Feuerwehreleute mümmen drei bis vier Wochen seinen einzigen freien Tag haben. Wohl eine Folge dieser Ueberanstrengung ist ein Krankenbestand von solcher Ausdehnung, wie ihm die Berliner Feuerwehre noch nicht aufzuweisen hatte, und es ist daher nicht mehr möglich, sämtliche Löschsätze voll zu besetzen.“

Ueberfall im Tiergarten. Gestern nacht wurde in der Großen Stern-Allee im Tiergarten die 43jährige Schlosserfrau Martha Wätner aus der Schwedenstraße 14 angefallen. Ein unbekannter Mann stürzte sich auf die Wehrlose und brachte ihr mit einem Messer zwölf zum Teil lebensgefährliche Stiche in Kopf, Hals, Brust und in die Arme bei. Auf die Hilferufe der Frau ließ der Anhold von ihr ab und entkam. Frau Wätner wurde auf der Unfallstation in der Alsenburgerstraße verbunden und auf ihren Wunsch in ihre Wohnung gebracht. Von dem Messerschneider wurde sie nichts weiter, als daß er einen schwarzen Hut und einen hellgrauen Ueberzieher getragen habe.

Eine Diebesjagd entwickelte sich gestern abend in der Lindenstraße. Im Hause Nr. 33, und zwar im ersten Stock des Quergebäudes, hatten zwei Diebe die Wohnung der Frau Galonski erbrochen, während diese Einkäufe in der Markthalle machte. Sie trauerten aber bei ihrer Arbeit bemerkt worden, so daß sie sich in schleunigen Flucht anschickten. Der eine Eindrehler ist entkommen, dagegen gelang es einem Schuttmann, den zweiten durch die Füllnerstraße hin zu verfolgen und in der Alten Jakobstraße festzunehmen. Es ist ein noch junger, hoch gewachsener Bursche in besserer Kleidung, doch ist es zweifelhaft, ob er seinen richtigen Namen bei der Fest-

nahme angegeben hat. Bei der Eise, mit der sie die Nücht antreten wuhnten, haben sie nur einen goldenen Ring mit sich gehen heißen.

Selbstmord an der Potsdamer Brücke. Ein aufregender Vorfall ereignete sich gestern abend gegen 9 Uhr an der Potsdamer Brücke. Zur genannten Zeit eilte eine etwa 20jährige gut gekleidete Frau die Potsdamerstraße entlang nach der Potsdamer Brücke zu, überstieg hier das Geländer und stürzte sich mit gellendem Aufschrei in die Fluten des Landwehrkanals. Der Vorgang spielte sich mit so überraschender Schnelligkeit ab, daß es den zahlreichen Zeugen des Vorfalls nicht möglich war, die Lebensmüde zurückzubringen. Mehrere Schaulente machten den Rettungsdienst frei und eilten der Ertrinkenden zu Hilfe. In dem Schatten der Brücke war es jedoch nicht möglich, den Körper der Frau sofort aufzufinden, und es dauerte etwa eine Viertelstunde, bevor es gelang, die Lebensmüde dem nassen Element zu entreißen. — Die von einem hinzugerufenen Arzt angestellten Wiederbelebungsversuche erwiesen sich als erfolglos. Ein Schutzmann, welcher trotzdem glaubte, Lebenszeichen bei der Selbstmörderin wahrzunehmen, brachte sie mittels Droschke nach der Charité.

Auf Lebe- und Chemänner hat es ein junger Ungar abgesehen, um sich die Mittel zum Leben zu verschaffen. Er sucht sich seine Opfer mit Kennerblick aus, beobachtet sie eine Zeit lang und laßt sie dann brieflich zu einem Stehdischen. In geheimnisvoller Weise teilt er ihnen als „Schutzpatron“ mit, daß sie im Auftrage ihrer jungen Ehefrauen von Privatdetektivs umgeben seien und läßt warnend einige Worte über das bereits erzielte Ergebnis der Ermittlungen einfließen. Die Chemänner, die meistens kein ganz reines Gewissen haben, können dem geriebenen Schwindler reichlich mit klingender Münze. Und darauf kommt es an. In einem Falle hatte sich aber der Ungar verrechnet. Er hatte gerade mehrere „Eheirungen“ in Behandlung und verwechselte schließlich die Detektivbureaus, so daß er einem Herrn bei der zweiten Zusammenkunft ein andres nannte als das erste Mal. Dadurch hat er seinen Trick verraten. Mit was für einer Persönlichkeit man zu thun hat, konnte noch nicht ermittelt werden.

Eine furchtbare Enttathat hat am Freitagabend um 9 1/2 Uhr in dem Hause Pappel-Allee 39 ein Vater an seinem Kinde verübt. Aus Rache und Eifersucht gegen seine Ehefrau hat der Arbeiter Thomas Seufert sein zweijähriges Töchterchen Gertrud buchstäblich hingeschlagen.

Die Familie Seufert besteht aus dem 39jährigen Arbeiter Thomas Seufert, seiner 38jährigen Frau, geb. Victoria Heinke, sowie dem siebenjährigen Knaben Arthur und dem zweijährigen Töchterchen Gertrud. Sie bewohnte im Seitenflügel eine im Erdgeschoß belegene „Berliner Stube“ mit Küche seit dem 1. Dezember v. J., und die Frau besorgte die Hausreinigung. Das Ehepaar ist seit drei Jahren verheiratet; Frau S. hat das älteste Kind in die Ehe mitgebracht. Das Familienleben war bis vor einigen Tagen ein erträgliches. Mithin hellten sich Mißbilligkeiten zwischen dem Elternpaar ein; der Mann will erfahren haben, daß seine Frau ein Liebesverhältnis mit einem Arbeiter unterhalten habe, aus dem das jüngste Kind hervorgegangen sei. Am Donnerstagabend schlug Seufert derart auf seine Frau ein, daß der Hausbesitzer Frieden stiften mußte. Diefem versprach er auch mit Handschlag, daß er seine Frau nicht mehr mißhandeln werde. Am Freitagabend besuchte die Familie auch scheinbar einträchtig einen Ausflugsort in der Kastanien-Allee und kehrte um 8 Uhr nach Hause zurück. Da sollte ein merkwürdiger Zufall die eingeschläferte Eifersucht des Mannes wieder entfachen. Frau S. hielt den Ring eines durchgebrochenen Gasflüssels in der Hand, und der eifersüchtige Mann hielt das Messingstück für einen Ring, den ein Verehrer seiner Frau geschenkt habe. Es entstand wieder ein Streit, der in Thätlichkeiten ausquartete, als die Frau die Wohnung verließ, um die Gasbeleuchtung der Treppentreppe auszulöschen. Diese Zeit benutzte der rasend gewordene Mann, um das Kind, das mit dem wachenden Bruder in einem Bett schlief, abzuschlagen. Der 7jährige Arthur mußte mit ansehen, wie sein Vater ein Messer auf einem Fußstein schärfte und dabei die Worte ausrief: „Es giebt etwas“. Der Knabe sprang im Demd aus dem Bett und rannte hinaus. In der Thür hörte er den Vater am Bett des schlafenden Mädchens aufhören: „Trudchen, Deine letzte Stunde hat geschlagen.“ Als der Knabe mit Radbarn zurückkehrte, hatte auch die Mutter den Seitenflügel betreten. Es war aber schon zu spät; Seufert trug auf einem Kopflissen das kleine Mädchen, dem er mit dem Messer den Hals bis auf den Wirbel durchgeschnitten hatte, heraus. Es war ein schauerlicher Anblick, als der blutbefleckte Kindesmörder der Mutter das noch lebende Kind mit den Worten überreichte: „Hier hast Du Dein Kind.“ Die Mutter brach in lautes Schreien aus und rannte mit dem Kind nach der Anfallstation in der Schönhauser Allee. Als sie dort eintraf, war das Kind tot. Inzwischen war das ganze Haus zusammengelaufen. Alsbald kam die Polizei vom 97. Revier und führte den Mörder, der ruhig in der Stube saß und sich widerstandslos fesseln ließ, nach der Wache. Auf dem Wege konnten ihn drei Polizeibeamte vor der Wut der erbitterten Menge nicht schützen. Mit Säulen, Stöcken und Schirmen drangen Männer und Weiber unter Verwünschungen auf den entmenschten Vater ein und brachten ihm verschiedene Verletzungen bei. Die Schutzmänner mußten blank geben, um den Freigezogenen nicht ganz der Wut der Menge preiszugeben. Auf der Wache räumte Seufert die That unumwunden ein.

Bankier August Sternberg, der nach Verbüßung seiner Zuchthausstrafe nach Paris übersiedelte, beschäftigt, wie aus Privatbriefen hervorgeht, Frankreich wieder zu verlassen. Er will das ungarische Staatsbürgerrecht erwerben und soll bereits einen Advokaten in Budapest damit beauftragt haben, die nötigen Schritte zu seiner Aufnahme in den ungarischen Staatsverband zu unternehmen.

Gemeinsam erschossen sich gestern morgen zwei leichtsinnige junge Leute, der 19jährige Lehrling Müller, der in einem Cigarrengeschäft in der Friedrichstraße lernte, und der 16jährige Volontär Neumann, der in der Schlagburgerstraße in dem Geschäft von Rüdiger lernte. Der ältere hatte den jüngeren zu allerlei Thorheiten angezettelt und waren beide seit einigen Tagen nicht mehr zu ihren Eltern gekommen. Frau Neumann hatte nun den Geschäftsinhaber gebeten, wenn die beiden kämen, ihren Mann zu benachrichtigen. Das geschah am Sonnabend früh. Während Herr N. den jungen Leuten Ermahnungen gab, wandte er den Rücken auf kurze Zeit, plötzlich fielen zwei Schüsse. Die beiden hatten sich gleichzeitig mit Revolvern in den Kopf geschossen. Neumann war sofort tot, Müller wurde noch lebend nach dem Hedwigs-Krankenhaus gefahren, starb aber bei der Ankunft.

Vermischt wird seit dem 20. Februar der infolge eines Eisenbahn-Anfalles geistig schwach gewordene 51jährige Otto Kramer aus Lichtenberg. Er hat sich heimlich in der Nacht aus seiner Wohnung entfernt und ist seitdem nicht mehr gesehen worden. A. ist circa 1,05 Meter groß, hat graumeliertes Vollbart, graublau Augen und war mit dunkler Weste, Ueberzieher, Mütze und Stiefel bekleidet. Nachricht nimmt dankend entgegen die Familie Kramer, Lichtenberg, Dorfstr. 122.

Doct. Guilbert, die berühmte französische Diefuse beginnt am 1. März ein Gastspiel im Wintergarten. Die große Sängerin, die 2000 Mark pro Abend erhält, bringt neue Lieder, die in Berlin noch nicht gehört wurden.

Das königliche Institut für Meereskunde, Georgenstr. 34/36, veranstaltet in der kommenden Woche abends 8 Uhr folgende öffentliche Herren und Damen zugängliche Vorträge: Montag, den 29. d. M., spricht Professor von Halle-Verein über: „Die Entwicklung des Handels, der Seeschifffahrt und der Auswanderung zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika“. Mittwoch, den 2. März, Professor Stoetz-Greifswald über: „Seerecht und Völkerecht im Dienste der Handelspolitik“. Die für den 3. und 5. März in Aussicht genommenen Vorträge des Admiralitätsrat Höbner über: „Die deutsche überseeische Rechtspflege in ihrer wissenschaftlichen Bedeutung“ finden wegen Behinderung des Vortragenden in diesem Winter nicht statt.

Aus den Nachbarorten.

Die Gemeindeschulen in Lichtenberg sind in der letzten Zeit wiederholt mit „Erhebungen“ bedacht worden. Zunächst galt es festzustellen, inwieweit das Kinderschutz-Gesetz von den Unternehmern nicht beachtet wird. Jeder Mensch wählte, daß nach wie vor Kinder mit dem Austragen von Zeitungen, Waren, Milch etc. beschäftigt werden, daß sie deshalb des notwendigen Schlafes entbehren und daher dem Schulunterricht nicht folgen können. Die Nachfrage hat auch festgestellt, daß Kinder in solchen Betrieben beschäftigt werden, in denen Kinderarbeit verboten ist und daß diese Arbeit da, wo sie erlaubt ist, gar oft das gesetzlich zulässige Maß überschreitet. Die zweite Erhebung betrifft wieder einmal die Feststellung derjenigen Eltern, die zwar in Lichtenberg ihren dauernden Wohnsitz, ihre regelmäßige Beschäftigung aber in Berlin haben. Durch Feststellung der Zahl der Kinder solcher Eltern soll die Höhe des Beitrages ermittelt werden, den Lichtenberg von Berlin zu den örtlichen Schulkosten fordern will. Die immer mehr zunehmende Zahl der fliegenden Klassen und der lehrerlosen Klassen soll demnach auch Gegenstand der Erhebung sein.

In Wilmsdorf ist der in der Wilhelmstraße wohnende Maurermeister Walz wegen Stillschließens verhaftet worden. Walz hat sich mehrfach an einem elfjährigen Mädchen, das ihm den „Lokal-Anzeiger“ zutrug, vergangen. Das Kind erzählte seiner Mutter von den Unthaten, welche dann selbst die Verhaftung des schon bejahrten Mannes veranlaßte.

Ein schweres Brandunglück ereignete sich gestern vormittag in der Waldow-Allee 4 zu Karlshorst. Dort bewohnt der Arbeiter Haberland mit seiner Familie eine kleine Wohnung. Während er nun gestern früh seiner gewohnten Arbeit nachgegangen war, hatte sich gegen 10 Uhr auch seine Frau entfernt und ihre beiden Kinder, einen Knaben und ein Mädchen im Alter von zwei und drei Jahren, allein schlafend zurückgelassen. Bald nach ihrem Weggange drang nun dichter Rauch durch die Thür und die Fenster der kleinen Wohnung. Hausbewohner sorgten für die schleunige Alarmierung der Feuerwehr. Als diese sich durch Ein schlagen der Korridorthür Eingang in die Wohnung verschafft hatte, fand sie beide Kinder im betäubten Zustande im Bett liegend vor. Sie schleppte sie sofort ins Freie und stellte Wiederbelebungsversuche an. Während es der Wehr gelang, das Mädchen ins Leben zurückzurufen, waren alle Bemühungen bei dem Knaben vergeblich. Er hatte den Erstickungstod erlitten. Seine Leiche wurde nach dem Friedrichsfelder Leichhause geschafft. Das Feuer war angeblich durch Funken, die aus einem eisernen Ofen herausgefallen waren, entstanden und hatte Möbel, Decken und Kleidungsstücke erfaßt, doch konnte es noch erstickt werden, bevor größerer Schaden entstanden war.

In Miersdorf hat die Gemeindevertretung in ihrer letzten Sitzung beschlossen, die Straßenreinigung in eigene Regie zu übernehmen. Untere Parteigenossen hatten hierzu den Antrag gestellt, den Gemeindefreiwilrern einen Minimalsatz in Höhe des ordentlichen Tageslohns zuzubilligen, doch lehnte die Hausbesitzer-Mehrheit diesen Antrag ab. Die Gemeinde wird also ihre Arbeiter auch hinfort die 310 Arbeitstage im Jahre nur mit täglich 2,50 Mark entschädigen. — In unregelmäßigen Zwischenpausen werden jetzt die Waren auf dem Wochenmarkt durch Sachverständige untersucht werden; schon bei der ersten Verhaftung mußte mindertwertiges Fleisch beschlagnahmt werden. — Zum Armenrat hat Genosse Hilbrandt in der Armenkommission beantragt, den jetzigen Armenarzt nicht wieder zu beschäftigen, sondern mit den übrigen am Orte wohnenden Ärzten wegen Uebernahme dieses Amtes in Verhandlung zu treten. Genosse Hilbrandt hatte aus einzelnen Vorkommnissen innerhalb der Armenverwaltung als auch aus der Behandlung von Kranken die Ueberzeugung gewonnen, daß der betreffende Armenarzt sich nicht zu diesem Posten eignet. Die Begründung dieses von der Armenkommission angenommenen Antrages wurde aber bei der Beratung innerhalb der Gemeindevertretung durch den Gemeindevorsteher verhindert. Unter Geschäftsliedern wurde noch beschlossen, in nächster Zeit die Geschäftsordnung dahin abzuändern, daß über die Qualifikation eines Beamten nicht mehr öffentlich verhandelt werden kann. Der Antragsteller war der Armenrat, welcher gleichzeitig Gemeindevorsteher ist. Der Antrag Hilbrandt betr. den Armenarzt wurde aber gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Ebenso konnte sich die Mehrheit nicht entschließen, dem Antrage unsrer Genossen, die Versteigerung aufzuheben, zuzustimmen.

Gerichts-Zeitung.

Vom Kurpfuscher-Prozess Schärdter ist heute vom dritten Verhandlungstage folgendes zu berichten: Für die Art der Behandlung, die der Angeklagte den Kranken angedeihen ließ, ist besonders ein Fall bezeichnend, in dem die Ehefrau des Goldarbeiters Jäschke der leidende Teil war. Diese litt an Herzklappenfehler und Wasserfucht und war bereits von vier Ärzten ohne Erfolg behandelt worden. Auf Anraten ihrer Mutter, der Schuhmacherfrau Manglich, wandte Jäschke sich an den Angeschuldigten. Dieser kam zu ihm und erklärte sich bereit, die Behandlung zu übernehmen, indem er als Honorar zunächst 6 Mark wöchentlich beanspruchte, dann aber seine Forderung auf 3 Mark oder 2,50 Mark ermäßigte. Nachdem Jäschke auf Ansuchen des Angeschuldigten für die erste Woche voraus bezahlt hatte, erklärte er, er werde seine Frau gesund machen. Er erkundigte sich bei letzterer nach der Heilmethode der Krätze und gab ihr dann ein in Wasser aufgelöstes Pulver zum Einnehmen. Während er das Pulver in das Wasser schüttete, machte er über dem Glase mit beiden Händen besagwundene Bewegungen und murmelte dabei unverständliche Worte. In den nächsten Tagen erschien er wieder und begann mit seinen „Sitzungen“. Frau Jäschke mußte sich angelehnt auf einen Stuhl setzen und bekam in die rechte Hand einen blühenden Stein, mit der Weisung, den Stein unverändert anzusehen. Der Beschuldigte erklärte, daß er die Patientin auf diese Weise einschläfern wolle und machte auch hypnotisierende Bewegungen nach dem Gesicht der Frau Jäschke zu, abwechselnd näher kommend und sich dann wieder entfernend. Dabei erklärte er, daß er so viel Kraft besitze, daß er schwachen und kranken Menschen davon mitteilen könne. In den nächsten Tagen erschien der Angeschuldigte dann wieder bei Jäschke und hielt eine neue Sitzung ab, die aber ebenso erfolglos verlief wie die erste. Jäschke schrieb ihm nunmehr einen Brief, in welchem er sich die weitere Behandlung seiner Ehefrau verbat. — Auf Befragen behauptet der Zeuge Jäschke, daß der Angeklagte seit dem Einbruch herabzurufen gesucht habe, als ob er mit übernatürlichen Kräften behaftet sei, die er beliebig abgeben könne. Zeuge hat ihm einmal gesagt: Herr Doktor, Sie können mir auch ein bißchen Kraft abgeben. (Weiterkeit.) Der Angeklagte sucht durch Fragen an den Zeugen festzustellen, daß die Krätze seiner Frau Digitalis drordnet haben. Weiter behauptet er, daß er bei Wasserfucht einfach das Wasser magnetisierte und es auf natürlichem Wege „herausziehe“. In einem andren Falle bemerkte der Angeklagte, daß er Spiritus sei, und da der Spiritismus gewissermaßen eine Religion sei, so könne seine Anwendung gegenüber den Patienten absolut nichts Schwindelhaftes sein. — Vorf.: Das ist ja wieder was Neues, daß Sie auch Spiritus sind. — Angell.: Ja, werde doch immer als Magnetopath bezeichnet. — Vorf.: Aber das ist doch nicht dasselbe. Können Sie denn mit Verstorbenen in Verbindung treten? — Angell.: Theoretisch ja. Ich lehne es aber ab, mich hier über den Spiritismus zu äußern. Ich habe auch kein Geld dafür genommen. Es giebt keinen Heilmagnetiseur, der nicht auch Spiritus ist. — Ein Zeiger: Sie haben noch immer nicht die Krätze klar beantwortet. — Sie mit Geistern in Verbindung treten können. — Angell.: Nach den von mir angestellten Experimenten und den dabei gegebenen Erklärungen muß ich annehmen, daß es mir möglich ist. — Zeiger: Also einer klaren, runden Antwort weichen Sie aus. — Staatsanwalt Tokki: Vielleicht hat der Angeklagte nur seinen weiblichen Patienten gegenüber sich den Anschein von etwas ganz Besonderem geben wollen. — Angell.: Die betreffenden Patienten waren ebenfalls Spiritisten. — Auf nochmaliges Befragen, welche Stellung er dem Spiritismus

gegenüber einnehme und ob er mit Geistern in Verbindung treten könne, erwidert der Angeklagte: Ich lehne es ab, mich mit solchen Leuten über diese Sachen zu unterhalten, die noch nicht die kleinste Ahnung vom Spiritismus haben. (Weiterkeit.)

Vermischtes.

Ueber die Ermordung des Pianoforte-Fabrikanten Lichtenstein wird aus Frankfurt a. M. gemeldet: Freitag wurde der Pianoforte-Fabrikant Lichtenstein in seinem Bureau ermordet. Lichtenstein war Erbe einer reichen Witwe in Niedertal; auf seinen Teil fielen etwa 2000000 Mark. Man glaubte erst an einen Raubmord, aber allem Anschein nach handelt es sich um einen Hausmord. Die Thäter — man vermutet, daß zwei Personen in Betracht kommen — hatten dem Ueberfallenen einen Strich um den Hals gewunden und den so Gefesselten mit einem Hammer erschlagen. Der Kassenjunker war aufgebrochen. Von den Thätern hat man noch keine Spur; die Bahnhöfe werden abertwaht. In kurzer Zeit ist dies der dritte Mord, der in Frankfurt am hellen Tage verübt wurde; auch die Thäter der beiden ersten Fälle sind noch nicht entdeckt.

In der Morbfache wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Die die Frankfurter Blätter mitteilen, konnten sich die Leute bis auf einen ausweihen und wurden auf freien Fuß gesetzt. Der in Haft behaltene Mann hatte Blutspuren und einige leichte Verletzungen an sich.

Die That ist von einem Italiener, der abends ein Konzert geben wollte, entdeckt worden. Er kam mit einem Begleiter gegen 1 Uhr in das Lichte Geschäft, um Klaviere zu besichtigen, und holte, als er die Unordnung bemerkte und als niemand erschien, sofort einen Schutzmann. Man rief laut, und als man auch dann keine Antwort erhielt, drang man in die Hinterräume.

In Berden an der Aller ist der Ziegelarbeiter Josef Kobus aus Nönnebeck bei Wumenthal, geboren 1879 zu Czepko bei Konitz, der angeklagt war, den Ziegelmessner Sander auf der Wäffelschen Ziegelei in Hammerbeck bei Wumenthal am 17. Januar d. J. ermordet zu haben, vom Schwurgericht nach zweitägiger Verhandlung zum Tode verurteilt worden.

In Dessau ist der Kassierer Otto Werner des Rheinischen Aktienvereins für Juckerfabrikation in Dessau-Aktien (Hauptst. der Gesellschaft ist Köln) nach großer Unterschleif geflüchtet. In der Kasse ist bis jetzt ein Fehlbetrag von vorläufig 80000 Mark festgestellt worden.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

- Königliches Opernhaus.** Sonntag: Geschlossen. Montag: Geschlossen. Dienstag: Die Weiberfinger von Nürnberg. (Anfang 7 Uhr.) Mittwoch: Das Mädchen von Navarra. Cavalleria rusticana. Clavische Brautwerbung. Donnerstag: Don Juan. Freitag: Die weiße Dame. Sonnabend: Jar und Zimmermann. Sonntag: Jigaro's Hochzeit. Montag: Lobengrin. (Anfang 7 Uhr.)
- Königliches Schauspielhaus.** Sonntag: Göt. von Verklungen. (Anfang 7 Uhr.) Montag: Maria Stuart. (Anfang 7 Uhr.) Dienstag: Die drei Mosen. Mittwoch: Göt. von Verklungen. (Anfang 7 Uhr.) Donnerstag: Baum mit allein. Die Schule der Frauen. Herbstgarden. Freitag: Göt. von Verklungen. (Anfang 7 Uhr.) Sonnabend: Jugend von heute. Sonntag: Göt. von Verklungen. (Anfang 7 Uhr.) Montag: Jugend von heute.
- Neues königl. Opern-Theater.** Sonntag: Rignon. Montag: Unruhe. Dienstag bis Montag: Geschlossen.
- Schiller-Theater O.** (Kallner-Theater.) Sonntagnachmittag: Die Stützen der Gesellschaft. (Anfang 3 Uhr.) Sonntagabend: Der Compagnon. Montag: Die Kinder der Excellenz. Dienstag: Die Kinder der Excellenz. Mittwoch: Die Widwente. Donnerstag: König Lear. Freitag: König Lear. Sonnabend: Die Widwente. Sonntagnachmittag: Der Compagnon. (Anfang 3 Uhr.) Sonntagabend: Uriel Acosta. Montag: Die Widwente.
- Schiller-Theater N.** (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Sonntagnachmittag: Don Carlos. (Anfang 3 Uhr.) Sonntagabend: Die Kinder der Excellenz. Montag: König Lear. Dienstag: Der Compagnon. Mittwoch: König Lear. Donnerstag: Die Widwente. Freitag: Die Kinder der Excellenz. Sonnabend: Lumpackbagambulus. Sonntagabend: Die Stützen der Gesellschaft. Montag: Lumpackbagambulus.
- Deutsches Theater.** Sonntagnachmittag: Johannes. (Anfang 2 1/2 Uhr.) Sonntagabend: Koralla d'Andrea. Montag: Rofe Bernd. Dienstag: Der eujame Weg. Mittwoch: Koralla d'Andrea. Donnerstag: Der eujame Weg. Freitag: Rofe Bernd. Sonnabend: Koralla d'Andrea. Sonntagnachmittag: Konna Banna. (Anfang 2 1/2 Uhr.) Sonntagabend: Cyrano von Bergerac. Montag: Rofe Bernd.
- Berliner Theater.** Sonntagnachmittag: Ueber unsre Kraft. I. Teil. (Anfang 2 1/2 Uhr.) Sonntagabend: Waterkant. Montag: Maria Theresia. Dienstag: Waterkant. Mittwoch: Maria Theresia. Donnerstag: Waterkant. Freitag: Waterkant. Sonnabend: Maria Theresia. Sonntagnachmittag: Ah-De-De-De. (Anfang 2 1/2 Uhr.) Sonntagabend: Waterkant. Montag: Maria Theresia.
- Vestling-Theater.** Vom Sonntag, den 28. Februar bis Montag, den 7. März: Japanstreich.
- Neues Theater.** Sonntag: Logik des Herzens. Redea. Montag: Logik des Herzens. Salome. Dienstag: Minna von Barnhelm. Mittwoch: Logik des Herzens. Redea. Donnerstag: Canbida. Freitag: Canbida. Sonnabend: Minna von Barnhelm. Sonntag: Canbida. Montag: Schmeiter Beatrix. Der Schlichter.
- Theater des Westens.** Sonntagnachmittag: Der Troubadour. (Anfang 3 Uhr.) Sonntagabend: Die schöne Helena. Montag: Die lustigen Weiber von Windsor. Dienstag: Wasserschmid. Die Colombine. Mittwoch: Der Tempel und die Jäbin. Donnerstag: Rartha. Freitag: Die schöne Helena. Sonnabend: Der Postillon von Conjeumeau. Sonntagnachmittag: Rartha. (Anfang 3 Uhr.) Sonntagabend: Der Bettelstudent. Montag: Der Tempel und die Jäbin.
- Luise-Theater.** Sonntagnachmittag: Die goldene Eva. (Anfang 3 Uhr.) Sonntagabend: Uriel Acosta. Montag: Eine leichte Person. Dienstag: Romeo und Julia. Mittwoch: Uriel Acosta. Donnerstag: Philippine Welser. Freitag: Die Jäbin. (Gastspiel: Rothmühl.) Sonnabend: Minna von Barnhelm. Sonntagnachmittag: Maria Stuart. (Anfang 3 Uhr.) Sonntagabend: Philippine Welser. Montag: Die goldene Eva.
- Reliöns-Theater.** Sonntagnachmittag: Leontines Chemänner. (Anfang 3 Uhr.) Sonntagabend: Die Empfehlung. Der leusche Colimir. Von Montag bis Sonnabend: Die Empfehlung. Der leusche Colimir. Sonntagnachmittag: Rutil. (Anfang 3 Uhr.) Sonntagabend: Die Empfehlung. Der leusche Colimir. Montag: Die Empfehlung. Der leusche Colimir.
- Kleines Theater.** Sonntagnachmittag: Schöne Seelen. Serenissima. Don Carlos. (Anfang 3 Uhr.) Sonntagabend: Mutter Landstraße. Montag: Rachtahl. Dienstag: Rachtahl. Mittwoch: Mutter Landstraße. Donnerstag: Elektra. Freitag: Mutter Landstraße. Sonnabend: Rachtahl. Sonntagnachmittag: Schöne Seelen. Don Carlos. Serenissima u. a. (Anfang 3 Uhr.) Sonntagabend: Mutter Landstraße. Montag: Elektra.
- Trianon-Theater.** Sonntagnachmittag: Biscotte. (Anfang 3 Uhr.) Sonntagabend: Madame X. Von Montag bis Sonnabend: Madame X. Sonntagnachmittag: Biscotte. (Anfang 3 Uhr.) Sonntagabend: Madame X. Montag: Madame X.
- Thalia-Theater.** Sonntagnachmittag: Charles Tanle. Sonntagabend bis Sonnabend: Der Hochtourist. Sonntagnachmittag: Charles Tanle. (Anfang 3 1/2 Uhr.) Sonntagabend und Montag: Der Hochtourist.
- Welle Alliance-Theater.** Sonntagnachmittag: Hofmann. (Anfang 3 Uhr.) Sonntagabend bis Sonnabend: Götterweiber. Sonntagnachmittag: Der Hüttenbesitzer. (Anfang 3 Uhr.) Sonntagabend und Montag: Götterweiber.
- Carl Wein-Theater.** Sonntagnachmittag: Der liebe Gebot. (Anfang 3 Uhr.) Sonntagabend: Zwei Frauen. Montag: Zwei Frauen. Dienstag: Zwei Frauen. Mittwochnachmittag: Die Jungfrau von Orleans. (Anfang 4 Uhr.) Mittwochabend bis Freitag: Zwei Frauen. Sonntagabendnachmittag: Rax und Rorig. (Anfang 4 Uhr.) Sonntagabend: Zwei Frauen. Sonntagnachmittag: Ue Römer. (Anfang 3 Uhr.) Sonntagabend und Montag: Zwei Frauen.
- Central-Theater.** Sonntagnachmittag: Der Jägerbaron. (Anfang 3 Uhr.) Sonntagabend: Das Schwalbennest. Montag bis Freitag: Das Schwalbennest. Sonntagnachmittag: Der geflügelte Vater. (Anfang 4 Uhr.) Sonntagabend: Das Schwalbennest. Sonntagnachmittag: Die Gräfin. (Anfang 3 Uhr.) Sonntagabend und Montag: Das Schwalbennest.
- Deutsch-amerikanisches Theater.** Abends: Ueber'n großen Teich. **Apoll-Theater.** Sonntagnachmittag: Uffstrata. Specialitäten. Abends: Frühlinglied.
- Urania-Theater.** Landwehrstraße 48/49. Montag, Mittwoch und Sonntagnachmittag 4 Uhr: An den Seen Ober-Italiens. Abends: Der Erdball als Träger des Lebens.

Fehlt Ihnen etwas?

für die neue Wohnung,
so gehen Sie rechtzeitig in unser Special-Haus. Dort selbst finden Sie eine überraschend grosse Auswahl von Neuheiten in:

Teppichen von M. 4.50 bis 12.—, 20.—, 30.—, 45.—, 60.— usw.

Gardinen von M. 2.10 bis 3.50, 5.—, 7.50, 9.—, 12.— usw.

Portieren bestickt: 2 Chales und 1 Lambrequin Woll M. 5.50, Tuch M. 6.75, Plüsch M. 9.75.

sowie Tisch-, Diwan- und Steppdecken, Läufer- und Möbelstoffe etc.

Zum diesmaligen Umzuge sind grosse **Partie-Posten** zu wirklichen **Ausnahme-Preisen** zum Verkauf gestellt, worauf wir besonders aufmerksam machen.

Teppichhaus B. Adler & Co.

Königstr. 20-21, an der Jüdenstrasse.
im altbekanntesten Lokal beim Rathaus.

Zahnersatz-Klinik, Wasserthorstr. 56 II (Ecke Prinzenstrasse).
Zähne, Zeitigung, Garantie, schlechteste Gebisse werden sofort umgearbeitet nach eigener Methode, festigend. Jede Reparatur wird am selben Tage abgeliefert. **Klinik-Preise!**

Stettin. Filialen Berlin.

Mass-Anzüge

Mass-Paletots

24 und 30 Mark.

Unter Garantie des tadellosen Sitzes, bei peinlichst gewissenhafter Anprobe liefere ich von prima **Partie-Stoffen** mit guten Zuthaten Anzüge nach Mass zu übrigen Preisen.

Indem gewesene Angestellte, sich speciell auf mein gutes Renommee stützen, mache ich darauf aufmerksam ins Interesse des werten Publikums, sich direkt zu wenden an

Sonnenschein's Herren-Moden
nach Mass
Chausseestr. 54 I - Lindenstr. 95 I.

Die höchste Temperatur gibt

MERKUR

Vorzügliche Dauerbrand- Billigstes Kessel- und Feuerung. Helzmaterial

MERKUR gibt die höchste Temperatur!

Alleinverkauf durch:
Dahlmann & Co., Berlin NW., Holsteiner Ufer 8.

800 Stück Teppiche und Vorlagen,

darunter hervorragend schöne Exemplare in allen Grössen, bis 5 Meter lang, kommen zu fabelhaft billigen Preisen zum schleunigen Verkauf im

Teppichhaus 28 J. Senft 28

Königstrasse

Diese Woche. Hochzeit-

Braut-, Masken- und Ball-Seiden-Rest-Coupons stelle diese Woche zu bedeutend ermässigten Preisen auch an Private zum Einzel-Verkauf. Ferner: Roben-, Blusen- und Besatz-Seiden jeder Art von 75 Pf. bis zu den elegantesten Genres, Reuseiden schwarze Damaste, Merveilleux etc. 13.00, 20.00, 25.00 per Robe. Backfisch-Seide in allen Farben von 55 Pf. Bevor Sie kaufen, prüfen Sie dies Angebot. Muster franco.

Bitte genau auf Engros-Firma und Adresse zu achten.

Seiden-Engros-Haus Hermann Herzog, Berlin
jetzt nur Spandauer Strasse 33-35, 1 Treppe,
Ecke Simons-Apotheke.

Marke Salamander

Die besten Stiefel für Damen und Herren

Einheitspreis: **Mark 12.50**

Rudolf Moos

Stammhaus: Friedrichstr. 221. **Neu eröffnet!**
Königstrasse 47 (Ecke Hoher Steinweg).



Die Destillierung im Haushalte.

Spiritus vini allerfeinster Weingeist, 96 % doppelt rektifiziert Ltr. M. 1.50 exkl. - bei Mehrernahme entsprechende Ermässigung - von höchster Reinheit u. Güte; der Beste zur Cognac-, Rum- und Likörfabrikation.

Zur Beachtung! Um nur guten, stets gleichmäßigen und nicht minderwertigen Spiritus zu erhalten, fordere man beim Einkauf Originalflaschen à 1 Liter oder 1/2 Liter.

Berühmte Original-Reichel-Essenzen sind nachweislich die Besten, Bewährtesten, im Gebrauche Billigsten und übertreffen sämtliche Nachahmungen. Erhältlich in den durch meine Plakate kenntlichen Geschäften und bei

Otto Reichel

Grösste Spezialfabrik Deutschlands.
Berlin SO., Eifenbahnstr. 4.
Fernspr. IV, 640 u. 3190.

Nur die Marke „Lichterherz“ bürgt für **vollen Erfolg!**
„Die Destillierung im Haushalte“ völlig kostenfrei!

Lebens-Versicherung.

VICTORIA zu BERLIN.

Lebens-Versicherungsbestand: über 1 Milliarde Mark.
Gesamt-Vermögen: über 400 Millionen Mark.

Gewinn-Reserven für die Versicherten 66 039 335 M.
Prämien- und Zinsen-Einnahme in 1902 85 823 033 M.

Die „Victoria“ ist die grösste deutsche Versicherungs-Gesellschaft, sie hat die praktischsten Versicherungsformen und die liberalsten Bedingungen.

Pro 1902 erhalten die Versicherten **16876995 M.** Ueberschuss als Dividende. 4046L*

Unfall-Versicherung. Haftpflicht-Versicherung. Volks-Versicherung.

J. Kurzberg
Neue Königsstr. 47 II
direkt am Alexanderpl.
liefert eleg. nach Mass bei nur geringer Teilzahlung.
Werkstatt im Hause.

HERTZEN- und DAMEN-Moden

Künstlich. Zähne

Karl Winzer,
Alexanderstr. 27h I.
Schönendste Behandlung.
Teilzahlung gestattet.

Kredit.

10 Wart-lieferer Anzüge Paletots nach Mass.
Ber Kaffe auch billige Preise.
Schnelbermstr.
J. Tomporowski, Prinzenstr. 55.

J. Baer
Badstr. 26, Prinz-Allee
Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung.
Einsegnungs-Anzüge.
Grosses Lager in- und ausländischer Stoffe zur Anfertigung nach Mass.
Allerbilligste, streng feste Preise.

Masken-Garderobe
von 38243*

Carl Ernst,
Schnelbermstr. 126, 1 Tr.
Grösste Auswahl!
Billigste Preise!
Vorzeiger dieser Saison erhält 10% Preisermässigung.

Apotheke z. goldenen Adler
Alexandrinenstr. 41.
Hämorrhoidalikör
à Flasche 1 Mark, 7 Flaschen 6 Mark.

Lebens-Versicherung.

Rohtabak.

Havanna-Blätter mit Deck, feine Qualität à 135 Pf.
S. Hammerstein Filiale,
Vertr. Gustav Boy,
Berlin N., Brunnenstr. 183.

Rohtabak!

Grösste Auswahl u. bill. Preise!

Filialen in Berlin:
im Norden: Brunnenstr. 25,
im Osten: Koppenstr. 9,
im Südost: Kottbuserstr. 2.

Filiale in Sachsen:
Chemnitz, Brückenstr. 19.

Filiale in Schlesien:
Rathor, Jungfernstr. 11.

Emil Berstorff, Berlin C. 2.
Kaiser Wilhelmstrasse 39.

Rohtabak

Grösste Auswahl, billige Preise.
Formen: Original-Fabrikpreise.

5. J. Fränkel, Promenade 5.
11. Kottbuser Strasse 11.
Ad. Buhl, Brunnenstr. 181.

Roh-Tabak

Sumatra-Decken-Abfall à Pfd. 95 Pf., enorm billig. 38282*

W. Hermann Müller,
Berlin O., Alexanderstr. 22.

F. Bergmann & Sohn
Händlersstr. 53.
Jerusalimerstr. 42.
Kinderwagen 8.—
Sportwagen 3.75
mit Verdeck 9.50
Kinderbotstellen 7.—
Grochactige Auswahl
Soll. Bad 244. Breue.
Wulststr. 47. u. 11. Hofstr.
Weissbad ab Fabrik. Auf Wunsch Plakate.

Steppdecken
faulst man am preiswertesten nur direkt in der Fabrik. 72 Waalkhefte 72, mo auch als Steppdecken aufgearbeitet werden.

W. Grodmandel, Berlin 14.
Güterstr. 32. Preisverzeichniss gratis.

Neu! Gos. gesch. **Raucht** Gos. gesch. **Wilhelm Liebknecht-Cigarre.**
Spezialität: 5- u. 6-Pf.-Marken.
In allen durch mein Plakat gekennzeichneten Geschäften erhältlich. 41382*
Gustav Bommert, Berlin N., Wekerstr. 32. I.

Kranz- u. Blumenbinderei
von H. Eckert,
98. Kottbuser Damm 98.

Rohtabak

besonderes Angebot
Sum., 2 Vollblattlänge 110 Pf. vor.
2 Stückblattlänge 105.—
empfehlen, solange d. Vorrat reicht

Zeun & Ellrich,
4154L* Berlin N. 31,
Brunnenstrasse No. 151.

Bremer Rohtabake

Brinkmeier & Co.
Filiale Berlin N.,
182. Brunnenstrasse 182, Hofpart.
en gros. en detail.

Rohtabak

Max Otto,
Filiale:
152 Brunnenstr. 152.
Billige Preise. Reiche Auswahl.

Rohtabak

Grösste Auswahl, billige Preise.
Guter Brand! Vorzügliche Qualität.
Sämtliche Fabrikations-Altenfilien
Neue Formen, sehr große Auswahl an Original-Fabrikpreisen.

Heinrich Franck,
185 Brunnenstr. 185.

Verlag v. Max Richter, Berlin 80 26.
Seben erschienen. II. Aufl. Pr. 1 Mk. (auch d. alle beschlig. zu beziehen.)

Die Harnleiden,

ihre Verhütung, Behandlung und Beseitigung von

Dr. med. Schaper,
Berlin, Königgräzerstr. 7.
Homöop. Arzt, spec. für Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, das mein lieber Mann, der Möbelhändler

Emil Lambertz

im Alter von 35 Jahren nach kurzen, aber schweren Leiden am 26. Februar verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Montag, den 29. Februar, pünktlich 4 Uhr nachmittags von der Leichenhalle des Goltgatha-Friedhofes in der Wüllerstrasse (an der Müllerstrasse) aus statt. 21406

Die trauernden Hinterbliebenen:
Wwe. Luise Lambertz, geb. Schallge,
W. eSchlaffe, Schwiegervater nebst Familie.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
für den
6. Berliner Reichstagswahlkreis.

Todes-Anzeige.
Am 26. d. Mts. verstarb nach kurzem Leiden unser Mitglied Tischler

Emil Lambertz

(Schlimerstr. 2).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 29. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
246/11 **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, das der Kollege, der Tischler

Emil Lambertz

am 26. Februar nach kurzem Krankenlager an Scharlach verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 29. Februar, nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
79/18 **Die Ortsverwaltung.**

Centralverband der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter Deutschlands.

Verwaltungsstelle Berlin I.
Den Kollegen diene hiermit zur Nachricht, das unser Mitglied

Wilhelm George

und
Fritz Lisch
verstorben sind.
Ehre ihrem Andenken!
67/9 **Die Ortsverwaltung I.**

Am 26. d. Mts. entfiel nach schwerem Leiden mein langjähriger treuer Vademester

Ignatz Leinski.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 1. März, nachm. 3 Uhr, von der Halle der St. Blasikirche in Wilmersberg aus statt. Dies zeige ich hiermit an.

H. Kallisch,
Bade-Kaufhaus-Geleiser,
Landsbergerstrasse 107.

Verband der Schneider und Schneiderinnen und Verwandten Berufsgenossen Deutschlands.

(Filiale Berlin.)

Todes-Anzeige.
Am 26. d. Mts. verstarb nach längerem, schwerem Leiden unser Mitglied

Gustav Liebig

(Wülferstr. 33) im 37. Lebensjahre. 162/8
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung erfolgt am Montag, den 29. d. Mts. nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Goltgatha-Friedhofes in der Wüllerstrasse (an der Müllerstrasse) aus statt. 21406
Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, das mein lieber Mann, der Möbelhändler

Emil Lambertz

im Alter von 35 Jahren nach kurzen, aber schweren Leiden am 26. Februar verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Montag, den 29. Februar, pünktlich 4 Uhr nachmittags von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 21406

Die trauernden Hinterbliebenen:
Wwe. Luise Lambertz, geb. Schallge,
W. eSchlaffe, Schwiegervater nebst Familie.

Innungs-Frankenkasse der Tischler-Zunung.

Montag, den 7. März, abends 7 1/2 Uhr:

General-Versammlung

der
Vertreter der Kassen-Mitglieder und der
Innungs-Mitglieder
im
Gewerkschaftshaus, Engel-Str. 15.
Tages-Ordnung: 1. Abnahme der Jahresrechnung pro 1902. 2. Bericht der Revision. 3. Wahl eines Vorstandsmitgliedes von den Vertretern der Kassen-Mitglieder. 4. Verlesenes. 2081b
Um pünktliches Erscheinen wird ersucht.
Der Vorstand.

!! Von 36 M. an !!
Kranz nach Maß, neueste Frühjahrs-Ruster, feinste Zuthaten, 2 Anpr., für genau Tig belam gold. Med. Romme mit Wasser machemmen. Bitte Vorsicht. **Ludwig Engel, Prozessorstr. 23, II, Alexanderpl. Ogr. 1892**

**Kennen Sie
unser Rabatt-System?**

No. 246204
Gesetzlich geschützt.
RABATT-KARTE
Waarenhaus
A. Jandorf & Co.
Berlin
Belle-Alliancestr. 1-2
Spittelmarkt 16-17 Gr. Frankfurterstr. 113

ANWEISUNG. Wir verabfolgen auf Wunsch bei Baareinkäufen für je 25 Pf. des bezahlten Betrages eine Rabatt-Mark. Diese Marke klebe man in die auf der Innenseite der Rabatt-Karte vorgedruckten Felder. Sobald die Felder besetzt sind, wird die Rabatt-Karte von uns mit 1 Mark in baar eingelöst.

Den d. Rabatt-Vergünstigungen sind wir nicht Artikel ausgenommen

Wer bei Jandorf kauft spart Geld!

Glas

| | |
|---|---------------|
| Dessertteller, gepresst | 5 Pf. |
| Compotschalen, gepresst | 25, 35 Pf. |
| Citronenpressen | 9 Pf. |
| Zuckerschalen mit Fuss | 23 Pf. |
| Käseglocken, gepresst | 38 Pf. |
| Weingläser mit Bordüre, weiss oder grün | 25 Pf. |
| Wasserbecher, Cristall mit Schliß | 25 Pf. |
| Victoriabecher, ¼ Liter mit Schliß | 14 Pf. 25 Pf. |

Porzellan

weiss

| | |
|-------------------------------|----------------------|
| Kaffeetassen | 9, 10 Pf. |
| Obertassen, grosse Form | 9 Pf. |
| Dessertteller | 10 Pf. |
| Speiseteller, flach oder tief | 20 Pf. |
| Kaffeekannen | 58 Pf. |
| Kartoffelnapfe mit Deckel | 80 Pf. |
| Compotschalen, gerippt | 38, 48, 58 Pf. |
| Bratenplatten, ca. 40 cm. | 80 Pf. 45 cm. 85 Pf. |

Porzellan

dekoriert

| | |
|---|--------------|
| Kaffeetassen blau oder rosa Fond | 10 Pf. |
| Kaffeetassen mit Goldrand | 15 Pf. |
| Kaffeetassen verschiedene Formen | 15, 20 Pf. |
| Dessertteller Boccoco | 15 Pf. |
| Satztöpfe verschiedene Formen, Satz 6 Stück | 130, 150 Pf. |

A. JANDORF & Co.

Spittelmarkt 16, 17 Belle Alliance-Strasse 1/2 Grosse Frankfurter Strasse 113
Ecke Leipziger Strasse Am Blücher-Platz Ecke Andreas-Strasse

Von Montag den 29. Februar bis Sonnabend den 5. März soweit der Vorrat reicht.

Wirtschafts-Artikel

| | | | | | |
|----------------------------|---|-----------------------|---|-----------------------|---|
| Theelöffel | 5 Pf. | Eierschränke | 48, 55, 70 Pf. | Aermelbretter bezogen | 55 Pf. |
| Esslöffel | 12 Pf. | Gewürzetaschen | 48 Pf. | Plättbretter bezogen | 2 ⁵⁵ / _{M.} |
| Gläsersteller | 18, 25 Pf. | Asbesteller | 13 Pf. | Wäscheleinen | 1 ²⁵ / _{M.} , 1 ⁸⁵ / _{M.} , 2 ⁴⁵ / _{M.} |
| Butterdosen | 38 Pf. | Garderobenhaken | 4, 7, 10 Pf. | Klammern Schock | 10 Pf. |
| Brotkörbe | 48, 95 Pf. | Plätteisen | 1 ⁴⁵ / _{M.} , 1 ⁶⁵ / _{M.} , 1 ⁸⁵ / _{M.} | Putzkommoden | 2 ⁴⁵ / _{M.} , 3 ⁸⁵ / _{M.} |
| Kaffeemühlen | 75, 85, 95 Pf. | Plätteisen-Untersätze | 25 Pf. | Putzbretter mit Stein | 23 Pf. |
| Cakesdosen | 48, 95 Pf. | Eimer verzinkt | 75, 85 Pf. | Leitern Stufe | 38 Pf. |
| Geleedosen | 48 Pf. | Wannen verzinkt | 1 ¹⁰ / _{M.} , 1 ³⁰ / _{M.} , 1 ⁷⁵ / _{M.} | Spirituskocher | 23, 35, 48 Pf. |
| Krümelschaufeln mit Bärte | 90 Pf. 1 ⁵⁵ / _{M.} | Waschfässer Zink | 7 ⁷⁵ / _{M.} , 9 ^{M.} | Glyhstoff Karton | 28 Pf. |
| Honiggläser mit Verschluss | 8, 10, 12 Pf. | Waschfässer mit Wulst | 9 ⁹⁰ / _{M.} , 11 ⁵⁰ / _{M.} | Kleiderbürsten | 25, 35 Pf. |
| Reibemaschinen | 1 ¹⁵ / _{M.} , 1 ⁴⁵ / _{M.} | Zober Zink | 8 ⁷⁵ / _{M.} , 11 ^{M.} | Kopfbürsten | 35, 42 Pf. |
| Tablets | 28, 38, 48 Pf. | Waschbretter | 45, 65, 75 Pf. | Waschlich mit Deckel | 16 ⁵⁰ / _{M.} |

Messerputzmaschinen 2 mit Rädern 5⁹⁵/_{M.} 2 Gasplättchen mit Erhitzer 4³⁵/_{M.}

Emaile

| | | | |
|-----------------|----------------|------------------------------------|---|
| Eimer ca. 28 cm | 65, 75, 85 Pf. | Theekannen | 33, 38, 48 Pf. |
| Fleischtöpfe | 30, 38, 48 Pf. | Essenträger | 35, 38, 45 Pf. |
| Milchtöpfe | 60, 75 Pf. | Eierkuchenpfannen | 25, 28, Pf. |
| Maschinentöpfe | 10, 12, 15 Pf. | Bratpfannen | 75 Pf. 85 Pf. 1 ²⁵ / _{M.} |
| Kaffeekannen | 42, 55, 65 Pf. | Kuchenpfannen schmiedeeisen | 38, 45 Pf. |
| Milchkannen | 33, 38, 42 Pf. | Kehrschaufeln | 30, 38 Pf. |
| | | Teller | 10, 15 Pf. |
| | | Brotkörbe | 38, 48 Pf. |
| | | Salz-u. Mehlmesten, neublau, weiss | 45 Pf. |
| | | Reibeisen | 28 Pf. |

| | |
|---|---|
| Schaum- od. Schöpfelöffel | 10, 15 Pf. |
| Topfdeckelhalter | 60 Pf. |
| Seifenbehälter für die Wasserleitung | 12, 15 Pf. |
| Console, Sand, Soda, Seife, weiss oder neublau mit Gold | 1 ⁵⁵ / _{M.} |
| Waschbecken, oval | 45, 55, 65 Pf. |
| Wasserkessel dekoriert | 2 ¹⁰ / _{M.} , 2 ⁴⁵ / _{M.} |
| Leuchter, weiss oder neublau | 25 Pf. |
| Leuchter, mit Strohholzhälter | 33 Pf. |
| Leuchter, neublau oder weiss mit Gold | 38 Pf. |
| Kaffeeseibe | 15 Pf. |

Enorm billig

Casserollen mit und ohne Ring, 4 Grössen 30—75 Pf.
Wasserkessel für Herd- und Gasfeuer

| | | | |
|---------------------------------|---------------------------------|---------------------------------|---------------------------------|
| ca. 7 | 8 | 9 | 10 Liter |
| 1 ¹⁵ / _{M.} | 1 ³⁵ / _{M.} | 1 ⁶⁵ / _{M.} | 1 ⁹⁵ / _{M.} |

Ein grosser Posten

| | |
|---|-----------|
| Wasserkannen verschiedene Façons, 4 Grössen | 48—95 Pf. |
| Schmortöpfe mit und ohne Ring, 4 Grössen | 45—95 Pf. |
| Topfdeckel | 10—35 Pf. |
| Eierkuchenwender | 38—48 Pf. |

Kaffee-Services

| | |
|----------------------------|---------------------------------|
| 8 teilig für 8 Personen | 2 ¹⁰ / _{M.} |
| 9 teilig für 8 Personen | 3 ⁴⁵ / _{M.} |
| 9 teilig mit dünnen Tassen | 4 ⁷⁵ / _{M.} |

Regen-Schirme

Marke „Athlet“ — Eingetragene Schutzmarke

Damen- und Herren-Schirme Marke „Athlet“ Ausstattung II 3⁹⁵/_{M.}
Damen- und Herren-Schirme Marke „Athlet“ Ausstattung I 4⁷⁵/_{M.}
1000 Tage Garantie gegen regulären Verschleiss in den Lagen.
Alleinverkauf der Marke „Athlet“ für Berlin.

E. Kahnt, Dampfschiffs-Rederei und Schiffswerft.
Stralau, Cannelstr. 34. — Telephon Amt VII. 580,
empfiehlt Gesellschaften, Schulen und Vereinen seine
Salon-Dampfer jeder Grösse
zu Partien in der Umgegend.
Der grossen Nachfrage wegen empfiehlt es sich, Dampfer zu
Sonntagspartien schon jetzt zu bestellen. 42352*

Kind.wagen-Bazar „Baby“
S. Kaliski.
Zentra e: Invalidenstr. 160.
Filialen: Beusselstr. 18.
Frankfurter Str. 115 Potsdamer Str. 53b.
Reinick-bahnhof Tauenzienstr. 7a.
Strasse 2c. Oranienstr. 37.
Belle-Alliancestr. 107 Brunnenstr. 92.

Zeitigung gefanet. 12. 18. 00—100. 00
Bei grössten Daten Rabattpreise.

Spezial-Abteilung für Maschinen aller Systeme Lieferung auch ohne Anzli. 1.00 w U-terriant im Nähen und Sticken gratis. Alte Maschinen nehme in Zahlung.

Auf Wunsch kommt Vertreter mit Katalog.
Telephon des Vert. Spar- u. Verschuhver. 20. 27. 50—200. 00.

Jamaica-Rum echt und echt Verschnitt Literl. 1,50, 3,10, 2,50, 2,10, 1,80.
Rum No. 3 Faç. Ltr. M. 1,—, 10 Ltr. M. 9,—,
Glühwein-Extrakt hochfein: Ltr. M. 1,20
10 Liter M. 10,—

Med. **Ungarwein** süss, Ltr. M. 2,—.
Stonsdorfer vorzüglich, Ltr. M. 1,—.
Deutscher Cognac
angenehm, mild im Geschmack 4017L*
a Literl. M. 2,10, 2,50, 3,—.

Eugen Neumann & Co.
Belle-Alliance-Platz 6a, Amt IV No. 9676, Genthinerstrasse 29.
Neue Friedrichstr. 21a, a. d. Königstrasse. Wilsnackerstr. 25.
Schöneberg, Hauptstrasse 129.

Grosses Lager
in
Brillant-, Opal-, Türkis-, Simili-Korallen-
und Granat-Schmucks.
Goldene Ketten nach Gewicht und billigerer Façonberechnung.
Dukaten-Trauringe
in jedem Gewicht am Lager.

H. Zimmermann
Berlin SO. Juwelier. Oranienstr. 206
Gold- u. Silberwaren-Fabrik.
Eigne Werkstatt für Neuarbeit und Reparatur. 4333L*
Telephon: Amt IV No. 3549.

Uhren-Grosshandlung.
Glashütter-Uhren.
Grösstes Lager
in goldenen und silbernen Uhren.
Goldene Damen-Uhren Mk. 15,75 an.
Silberne Herren-Uhren mit Kette Mk. 10.
Goldene Herren-Uhren Mk. 30 an.

Achte General-Versammlung des Verbandes der Hafenarbeiter etc. Deutschlands in Hamburg.

Hamburg, 28. Februar 1904.

Freitag-Vormittags-Sitzung.

Der Vorstand tritt in die Beratung der Anträge ein, die sich auf Statutenberatung beziehen. Als Verbandszweck soll im Statut noch angeführt werden: die möglichste Beschränkung der Arbeitszeit, Befreiung der Nacht- und Sonntagsarbeit unter Zugrundelegung eines den Bedürfnissen der Arbeiter entsprechenden Arbeitslohnes, sowie die Einführung von Wohlfahrts-Einrichtungen. Auch wird das Verbandsorgan kostenfrei geliefert. Ueber die Beitragshöhe wird namentlich abgestimmt und beschloffen mit 81 gegen 9 Stimmen, daß der Beitrag während der Dauer von 30 Wochen (vom 1. April bis 31. Dezember) pro Woche 80 Pf., für weibliche, sowie für solche Mitglieder, die den üblichen Tageslohn nicht verdienen, und Invaliden 15 Pf. Die bisherige Sätze betragen 20 und 10 Pf. Bei Krankheit eines Mitgliedes wird jedoch der Beitrag auf die Hälfte ermäßigt. Ebenso zahlen auch noch solche Mitglieder, die 60 Jahre alt und mindestens 10 Jahre Verbandsmitglied sind, den halben Beitrag. In Fällen von Rot und Arbeitslosigkeit kann der Beitrag bis zu 13 Wochen von der Ortsverwaltung, auf längere Frist jedoch nur vom Hauptvorstand gestundet bezw. in besonderen Fällen erlassen werden. Nicht arbeitsfähige Invaliden sind von Extrasteuern befreit. Mitglieder, die am Tage ihrer Erkrankung 13 Wochen rückständig sind, haben keinen Anspruch auf Krankenunterstützung. Die Auszahlung des Sterbegeldes wird fernerhin auch von der Zahlung der ausgeschrieben Extrasteuern abhängig gemacht. Von prinzipieller Wichtigkeit ist die einstimmige Annahme eines Antrages der Mitgliedschaft Schönebeck an der Elbe: Wenn ein Mitglied stirbt, welches zehn Jahre ununterbrochen zu unserem Verbands gesteuert hat, so ist der Verband für dessen Frau im Falle ihres Ablebens verpflichtet, wenn sie nach dem Tode ihres Mannes nicht wieder verheiratet gewesen ist und noch minderjährige Kinder unter 14 Jahren vorhanden sind, an die Hinterbliebenen 50 M. Sterbe-Unterstützung zu entrichten. Statuten gemäß wird das Frauen-Sterbegeld nur dann bezahlt, wenn die Frau vor dem Tode ihres Mannes nach zweijähriger Mitgliedschaft des letzteren. Beim Ableben eines Mitgliedes wird nach halbjähriger Mitgliedschaft an die Hinterbliebenen Angehörigen ein Sterbegeld ausbezahlt und zwar bis zu zweijähriger Mitgliedschaft 50 M., bis zu fünfjähriger 60 M. und nach mehr dem fünfjähriger Mitgliedschaft 70 M. Von wirklicher Humanität zeugt auch die angenommene Bestimmung, laut welcher solche verstorbenen Mitglieder, welche keine Angehörigen mehr hinterlassen und ihre statutarischen Bestimmungen nicht erfüllt haben, von der Ortsverwaltung beerdigt werden sollen. Da sich die bisherigen Revisionskosten der Hauptkasse durch den Ausschuss ganz unverbhältnismäßig teuer stellen, wird zwecks Nachprüfung und Ueberwachung der Hauptkassengeschäfte eine aus fünf Mitgliedern bestehende Revisionskommission gewählt; dieselbe hat an dem Orte ihren Sitz, wo sich der Sitz des Hauptvorstandes befindet. Die Wahl wird durch die am Orte befindlichen Mitgliedschaften vollzogen.

Eine Reihe weiterer Anträge beziehen sich auf die Einteilung der Wahlbezirke, was angesichts der geographisch teilweise sehr ungünstigen Lage erklärlicherweise zu Meinungsverschiedenheiten und längerer Debatte Veranlassung gibt. Der Verbandstag einigt sich schließlich dahin, daß alle diesbezüglichen Anträge einer Kommission

als Material zu überweisen sind, welche sich mit der Neueinteilung der Wahlkreise zu befassen haben wird.

Im übrigen wird der Hauptvorstand künftighin verpflichtet, die aus der Generalversammlung bezw. dem Verbandstage eingelaufenen Anträge sechs Wochen vor Eröffnung derselben im „Hafenarbeiter“ bekannt zu machen. Weiter ruft noch die Frage eine längere Auseinandersetzung hervor, ob die besoldeten Verbandsbeamten, speziell die Bezirksleiter, auch noch Mandate, event. sogar Doppelmanate ausüben dürfen. Eine Regelung dieser Frage wird in der Vormittags-Sitzung nicht herbeigeführt.

Nachmittags-Sitzung.

Es wird in der Beratung der Anträge betreffs Statutenänderung fortgefahren. Die Debatten sind im allgemeinen ganz außerordentlich eingehende, weshalb die positiven Resultate nur geringe sind. Eine ganze Reihe der gefassten Beschlüsse regeln lediglich die geschäftliche Seite der Verbandsarbeit und sind daher ohne öffentliches Interesse. Bezüglich des Prozentsatzes, der von den Verbandsbeiträgen den Ortsverwaltungen verbleibt, einigt man sich schließlich dahin, daß 80 Proz. des Gesamt-Wochenbeitrags von 45 Pf. an die Centralkasse abzuführen sind statt der bisherigen 66 2/3 und 20 Proz. statt wie bisher 33 1/3 Proz. sollen am Orte verbleiben. Es würden bei diesem Prozentsatz pro Mitglied und Jahr noch einige Pfennige mehr in den Ortsklassen verbleiben als bisher. Ein Hauptaugenmerk wird auf die strengere Kontrolle der einzelnen Ortsklassen gerichtet und an Stelle der bisherigen mangelhaften Bestimmung folgende schärfere ins Statut aufgenommen: „Jede Mitgliedschaft wählt zur Ueberwachung und Kontrolle der örtlichen Kassengeschäfte mindestens drei Revisoren. Diese haben monatlich eine ordentliche und jährlich mehrere außerordentliche, d. h. vorher nicht angemeldete Revisionen der Ortsklasse vorzunehmen. Ueber etwa vorgefundene Mängel oder Unregelmäßigkeiten muß dem Hauptvorstand sofort Mitteilung gemacht werden, andernfalls dieselben für etwaige Fehlbeträge haftbar gemacht werden können.“ Die weiteren Beschlüsse beziehen sich auf die Regelung des Geschäftsgebührens der Mitgliedschaften.

Sodann kommen die Anträge über Abänderung des Streikreglements zur Beratung. Die wöchentliche Unterstützung im Streik beträgt für Verheiratete 12 M., für jedes Kind 1 M. und für Unverheiratete 10 M. Die bisherigen Streikmarken von 50 Pf. bleiben bestehen. Neu hinzu kommt teilweise die Bestimmung: „Wird durch eine in Aussicht genommene Lohnbewegung oder durch eine Aussperrung die Hauptkasse voraussichtlich erheblich in Anspruch genommen, so ist der Hauptvorstand gehalten, erforderlichenfalls vor Ausbruch derselben für eine bestimmte Zeit die obligatorische Entnahme dieser Marken für sämtliche nicht am Streik beteiligten Mitglieder des Verbandes zu bestimmen.“ Das Geld für diese Streikmarken darf künftig nicht mehr, wie bisher bisweilen geschah, den Lokalkassen entnommen werden. Die Information über statfindende Streiks ist den Lokalvereinen sofort zuzustellen.

Eine lange und breite Debatte ruft die vom Hauptvorstand beantragte Anstellung eines Verbandssekretärs durch Vorstand und Ausschuss hervor. Schließlich kommt es zur namentlichen Abstimmung und wird der Antrag mit 30 gegen 9 Stimmen angenommen. Auf Grund eines Antrages von Stettin I wird der Centralvorstand beauftragt, in sämtlichen Jahrestellen Erhebungen darüber anzustellen: a) Wie viel Unfälle in den Hafensbetrieben vorkommen; b) die Art der Unfälle, die Dauer der Arbeitszeit und welche Unfallgefahr die lange Arbeitszeit für den Arbeiter in sich schließt; c) ob und welche Berufskrankheiten unter den Hafenarbeitern vorkommen. Als Material hierzu wird dem Vorstande ein Antrag Kofostk überwiesen: Einführung einer prozentualen oder stufenförmigen Beitragsleistung, weil wir

hier eine viel geringere Einnahme haben als in den größeren Hafenstädten und deshalb nicht mit diesen konkurrieren können. Hierüber soll durch Fragebogen Klarheit geschaffen werden. Die Bezirksleiter werden beauftragt, von Zeit zu Zeit eine Statistik herauszugeben über den Umfang der Betriebe in den einzelnen Hafenorten, resp. wie viel Arbeiter daselbst beschäftigt sind.

Der nächste Verbandstag wird in Stettin abgehalten. Die Berichte der Bezirksleiter sollen künftighin der Vorlage des Vorstandes beigefügt werden. Als erster Vorsitzender des Verbandes wird Genosse Döring, als zweiter G. Warlich per Acclamation wiedergewählt. Als Schriftführer wird R. Lange-Hamburg neugewählt. Als Hauptkassierer wird Aug. Heitmann per Acclamation wiedergewählt. Mit der Wahl des Redakteurs des „Hafenarbeiter“, G. R. K. ist der Verbandstag einstimmig einverstanden. Die Anstellung der bisherigen drei Bezirksleiter wird gleichfalls bestätigt. Zum internationalen Arbeiterkongress und der demselben vorangehenden internationalen Konferenz der Hafen- und Transportarbeiter werden Döring-Hamburg und Deder-Magdeburg gewählt. Zum nächsten Gewerkschaftskongress werden Döring und G. Lee-Hamburg gewählt. Zu dem im April d. J. in Halle stattfindenden Verbandstag der Maschinen- und Feizer wird Deder-Magdeburg delegiert. Sitz der Verbandsleitung bleibt Hamburg, jener des Ausschusses Stettin und der der Revisionskommission gleichfalls Hamburg. Das neue Statut tritt bereits am 1. April d. J. in Kraft.

Nach Erledigung einiger minder wichtigen Angelegenheiten wird der Verbandstag mit einem feurigen Schlusswort des Vorsitzenden und einem begeisterten dreifachen Hoch auf den Verband und die moderne Arbeiterbewegung nach 8 Uhr abends geschlossen.

Aus der Frauenbewegung.

Nixdorf. Verein gewerblich tätiger Frauen und Mädchen von Nixdorf und Umgegend. Die am 24. Februar in Ort, Werderstraße 27, bei Weniger abgehaltene Versammlung erfreute sich eines guten Besuches. Dem praktischen Naturheilkundigen Grundmann wurde für seinen Vortrag „Frauenleben und Leiden“, welcher durch Vorführung von Lichtbildern noch ergänzt wurde, reichlicher Beifall zu teil. Im Besonderen forderte die Vortragende die zahlreich erschienenen Gäste auf, die Bestrebungen des Vereins durch ihren Beitritt zu unterstützen. Ferner teilte dieselbe mit, daß die nächste Versammlung am 2. März bei Thiel, Vergl. 151, stattfindet. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Herrn Rechtsanwalts Steinhauser. Zahlreicher Besuch erwünscht. Nach Erledigung einiger kleiner Angelegenheiten wurde die Versammlung um 1/11 Uhr geschlossen.

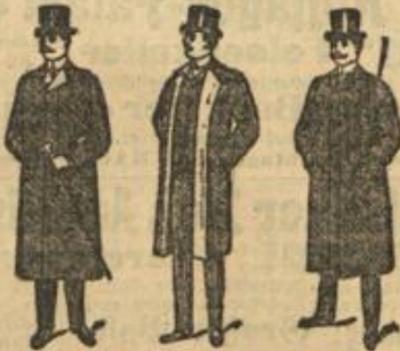
Witterungsübersicht vom 27. Februar 1904, morgens 8 Uhr.

Table with 12 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. G., Stations, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. G.

Wetter-Prognose für Sonntag, den 28. Februar 1904.

Beitweise ausfallendes, nachmittags wolloses Frostwetter mit leichten Schneefällen und schwachen nordöstlichen Winden.

Frühjahr-Paletots.



Frühjahr-Paletots 8 M.

Frühjahr-Paletots 18 M.

Frühjahr-Raglans 21 M.

Hochschicke Frühjahr-Neuheiten für unsere vornehme, wohlfeile

Mass - Anfertigung

Einsegnungs-Anzüge

Reichhaltige Auswahl in den neuesten Moden und verschiedensten Webarten, sowie Kammgarn, Satin, Cheviot, Ripsgarn, Drapé, Melton etc. 950 M.

Zur Einsegnung:

Wäsche, Hüte, Handschuhe, Taschentücher, Krawatten, Unterwäsche sehr billig.

Jeder Käufer eines Einsegnungs-Anzuges erhält reizende Beigaben unsonst.



Radfahrer-Kleidung

Radler-Anzüge 6 M.

Radler-Hosen 3 M.

Pelerinen 5 M.

Mützen, Strümpfe, Sweater sehr billig.



Frühjahr-Anzüge.



Frühjahr-Anzüge 15 M.

Frühjahr-Anzüge 30 M.

Gehrock-Anzüge 27 M.

Automobil-Leder-Jackets 18 M.

3000 Knaben-Anzüge 2 M.

Frühjahr-Stoffhosen

Advertisement for Gummimäntel und Havelocks, including Regenmäntel and Lodens-Havelocks.

BAER SOHN

SPECIAL-HAUS GRÖSSTEN MASSSTABES

Chausseestrasse 24a-25 II Brückenstrasse II Gr. Frankfurterstr. 20

Zwischen Invalidenstrasse und Schiller-Theater N. Zwischen Jannowitzbrücke u. Köpnickerstr. (Ecke Rungestr.) Ecke Koppenstrasse. — Am Bürger-Hospital.

Größte Auswahl. — feste, billigste Preise. — Bar-Verkauf.

Nur den Anhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonntag, 28. Februar.
Freie Volkshöhne. Nachmittags 2 1/2 Uhr:
7./8. Abteil.: Metropol-Theater: Medea.
12./13. Abt.: Lessing-Theater: Der Reineckebauer.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Neues Königl. Opern-Theater.
Wagnon.
Montag: Lindine.
Schauspielhaus. Ged. von Ber-
nhard Schummann mit der eiser-
nen Hand. Anfang 7 Uhr.
Montag: Maria Stuart. Anfang
7 Uhr.
Deutsches. Novella d'Andrea.
Nachm. 2 1/2 Uhr: Johannes.
Montag: Rose Bernd.
Berliner. Waterloo.
Nachm. 2 1/2 Uhr: Ueber unsre
Kraft. I.
Montag: Maria Theresia.
Lessing. Habsburg.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Westen. Die schöne Helena.
Nachm. 3 Uhr: Der Troubadour.
Montag: Die lustigen Weiber von
Windsor.
Neues. Medea. Vorher Logik des
Herzens.
Montag: Salome. Vorher: Logik
des Herzens.
Residenz. Der keusche Casimir. Vor-
her: Die Empfehlung.
Nachm. 3 Uhr: Leonorens Ehe-
männer.
Montag: Der keusche Casimir.
Vorher: Die Empfehlung.
Central. Das Schwalbennest.
Nachm. 3 Uhr: Der Bienen-
baron.
Montag: Das Schwalbennest.
Belle-Alliance. Götterweiber.
Nachm. 3 Uhr: Hofmann.
Montag: Götterweiber.
Thalia. Der Hochtourist.
Nachm. 3 1/2 Uhr: Charles Tante.
Montag: Der Hochtourist.
Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater.)
Der Compagnon.
Nachm. 3 Uhr: Die Stützen der
Gesellschaft.
Montag: Die Kinder der Exzellenz.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.)
Die Kinder der Exzellenz.
Nachm. 3 Uhr: Don Carlos.
Montag: König Lear.
Reines. Mutter Landstrasse.
Nachm. 3 Uhr: Schöne Seelen.
Don Carlos. Serenissimus u. a.
Montag: Nachtasyl.
Süssen. Uriel Acosta.
Nachm. 3 Uhr: Die goldene Eva.
Montag: Eine leichte Person.
Trianon. Madame X.
Nachm. 3 Uhr: Biscolto.
Montag: Madame X.
Carl Weh. Zwei Frauen. Anfang
7 1/2 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Der Liebe Gebot.
Montag: Zwei Frauen.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n
großen Teich.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Gebr. Herrnsfeld. Nur eine Nacht.
Anfang 7 Uhr.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Casino. Cirkusfee. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachm. 4 Uhr: Wie einst im Mai.
Montag: Die Cirkusfee.
Winter-Garten. Cléo de Mérode.
Specialitäten.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Apollo. Frühlingsluft. Blüten-
hochzeit. Specialitäten.
Nachm. 3 Uhr: Lystrata.
Montag: Frühlingsluft. Blüten-
hochzeit. Specialitäten.
Metropol. Durchlaucht Radieschen.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Vossige-Theater. Fred Edlawi.
Specialitäten. Anf. 3 Uhr.
Urania. Taubenstr. 49/49.
Um 8 Uhr: Der Erdball als Träger
des Lebens.
Montag 8 Uhr: Dr. med. Gazert:
„Unser Leben im Polar-Eis.“
Um 4 Uhr (kleine Preise):
An den Seen Oberitaliens. Invaliden-
str. 57/62.

Neues Theater.
Schiffbauerdamm 4a-5.
Medea.
Vorher: Logik des Herzens.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Salome. Logik des Herzens.
Central-Theater.
Heute zwei Vorstellungen, nachmittags
3 Uhr, halbe Preise:
Der Bienenbaron.
Operette in 3 Akten von Joh. Strauß.
Abends 7 1/2 Uhr:
Das Schwalbennest.
Operette in 3 Akten v. R. Ordonneau.
Ruffl von Henry Herbig.
Montag und folgende Tage: Das
Schwalbennest.

Residenz-Theater
Direktion E. Lautenburg.
Abends 7 1/2 Uhr:
Die Empfehlung.
Abends 8 Uhr:
Der keusche Casimir.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Die Stützen der Gesellschaft.
Schauspiel in 5 Akten v. Henrik Ibsen.
Deutsch von Wilhelm Range.
Sonntagabend 8 Uhr:
Der Compagnon.
Luftspiel in 4 Akten v. Ad. Pürroge.
Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73. Amt IV 4440.
Anf. 7 1/2 Uhr. Direktion Jean Kron
Heute nachm. 3 1/2 Uhr b. halb. Preisen:
Charles Tante.
Zum 180. Male:
Der Hochtourist.
Guido Thielscher in der Titelrolle.
Schiller-Theater N.
(Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Don Carlos.
Dramatisches Gedicht in 5 Akten von
Friedrich Schiller.
Sonntagabend 8 Uhr:
Die Kinder der Exzellenz.
Luftspiel in 4 Aufzügen
von E. v. Sollogon u. B. Schumann.
Belle-Alliance-Theater.
Belle-Alliancestr. 7/8. Amt VI 283.
und Alfred Schönfeld. Anf. 7 1/2 Uhr.
Heute nachm. 3 Uhr b. kleinen Preisen:
„Hofmann.“
Täglich:
Götterweiber.
Kudratt-Bosse mit Gesang und Tanz.

Cirkus Schumann
Heute, Sonntag, nachm. 4 Uhr und ab. 7 1/2 Uhr: 2 grosse Gala-Vorstellungen.
Nachmittags hat jeder Erwachsene das Recht, ein ihm angehörendes Kind frei
einzuführen, weitere Kinder zahlen halbe Preise. Nachmittags neu!
Kunst und Liebe.
Minich'sches Ballett. Zum Schluss: **„Cake-Walk.“** Die Hiesendonnerkinder
und der beliebte **Bombonier.** Außerdem in beiden Vorstellungen: Das
Hiesensprogramm. **Dressierte Tiere.** **Dressierte 25 Löwen** des Hrn. Seeth.
Abends: **„Hofmann.“**

Babel. Grösste Ausstattungs-Pantomime
der Gegenwart.

Urania.
Taubenstr. 49/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Der Erdball als Träger des Lebens.
Montag 8 Uhr: Dr. med. Gazert:
„Unser Leben im Polar-Eis.“
Um 4 Uhr (kleine Preise):
An den Seen Oberitaliens. Invaliden-
str. 57/62.

CASTANS
PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Ein Naturwunder:
Die bildschönen
**Herkules-
Brüder**
Der Indianer-Riese
Blanko Karoo.

Berliner Aquarium
Unter den Linden 68a
Eingang Schadow-Strasse No. 14.
Heute Sonntag Eintrittspreis:
25 Pfg.
Reichhaltigste Ausstellung der
Welt an lebenden Seetieren,
Reptilien etc.

Luisen-Theater.
Nachmittag:
Die goldene Eva.
Abends 8 Uhr:
Uriel Acosta.
Montag: Eine leichte Person.
Dienstag: Romeo und Julia.
Mittwoch: Uriel Acosta.
Donnerstag 3. erstmalig: Philippine
Besler.

Metropol-Theater
Durchlaucht Radieschen!
Ausstattungsposse mit Gesang
und Tanz.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Rauchen überall gestattet.
Deutsch-Amerikanisches Theater.
Köpnickstrasse 67.
Heute: **186.** Anf. 8 Uhr.
Zum Ende 10 Uhr 30 Min.
GASTSPIEL
A. d. Philipp.
Ueberr grossen
TEICH.
Male:

Apollo-Theater.
Abends 8 Uhr:
Frühlingsluft
mit dem **Blütenhochzeit.**
9 1/2 - 11 Uhr:
Die erstklassigen Specialitäten.
Robert Steidl mit neuen
Schlagern.
Crenin. X. Joscarys. X. Legays.
Drei Zagan. X. Messiers Kosmograph.
?? Nordini ???
der Mann mit den Wundermuskeln.
Original-Trick: Befreiung aus der
Zwangsjacke.
Sonntag, den 28. Febr., nachm. 3 Uhr:
Ermässigte Preise: **Lysistrata**
und Specialitäten mit **Nordal.**

Sansouci.
Kottbuser Thor - Stat. der Hochbahn.
Jeden Sonntag, Montag
und Donnerstag
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
Nach der Soliree: Tanz.
Dienstag, den 1. März etc.:
Die Tochter des Sträflings
oder: Verlorne Ehre.
Schauspiel in 3 Akten von
Bojemann-Riegen.

IX. Berliner Saison.

Cirkus Busch.
2 große Gala-Vorstellungen.
Nachm. 4 Uhr u. abends 7 1/2 Uhr.
Nachm. 4 Uhr: ein Kind frei,
sofern es ein Angehöriger ist;
weitere Kinder auf allen Sit-
plätzen halbe Preise.
In beiden Vorstellungen:
Wunder-Dressur
des Wrs. Richard Sawade mit seinen
wilden Königstigern.
Die anerkannt besten Clowns
der Gegenwart.
Nachmittags 4 Uhr:
Berliner Winterfreuden.
Abends 7 1/2 Uhr:
Zum 67. Male:
Aus den Alpen.
Bemerkenswert:
Der Automobilsturz.

Bernhard Rose-Theater
Geldmünzen, Radstraße 58.
Sonntag, den 28. Februar 1904,
nachmittags 3 Uhr:
Lenore.
Vaterländisches Schauspiel in 4 Akten
von E. von Doltel.
Anfang 6 Uhr.
Drei Paar Schuhe.
Lebensbild mit Gesang in 3 Akten
von Karl Görlig.

Nach der Vorstellung: **Gr. Ball.**
Morgen Montag, den 29. Februar:
Eingeladene Gäste des Directors
Wilhelm Richter vom Gebr. Richter-
Theater. **Die Seemannsbraut.**
Vollständiges Schauspiel in 4 Akten von
E. v. Engel. Krüger: Dir.
R. Richter. Anfang 8 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Gr. Ball.**

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Sonntag, den 28. Februar:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Minna von Barnhelm.
Ein Lustspiel in 5 Aufzügen von
G. E. Lessing.
Anfang 6 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Gr. Ball.**
Dienstag, den 1. März: 20 000 M.
Belohnung.

Palast-Theater
Burgstraße 22, früher Foan-Palast.
Heute nachmittags 3 Uhr:
Grosse Elite-Extra-Vorstellung:
Halbe Kartenpreise.
Kabale und Liebe.
Trauerspiel in 5 Akten v. Fr. v. Schiller.
Heute abends 8 Uhr:
Letzte Sonntagsvorstellung von
Goldener Boden.
Vorher Konzert und Auftreten der
erkranklichen Specialitäten.
Morgen abends 8 1/2 Uhr zum letzten-
mal: **Goldener Boden.**
Ab 1. März: Vollständig neues
großartiges Programm.

Steidl-Theater
Linien-Oranien-
strasse 132-burger Thor.
Gänzlich neues Programm.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pf. (Berber. 40 Pf.)

Fröbels Allerlei-Theater
F. Puhmann, Schönhauser Allee 148.
Sonntag nachmittag 5 1/2 Uhr:
Harburger Sänger.
Nach der Vorstellung um 10 Uhr:
Grosser Ball.
Entree 30 Pf. Sperrsitze 50 Pf.
Montag: Gothe-Ensemble. Theater-
Vorstellung. - Freilanz.

Reichshallen
Stettiner Sänger
Zum Schluss neu:
**Die Berliner bei
den Hereros.**
Anfang: 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

WINTERGARTEN
Letzte Vorstellungen von
Cleo de Mérode
und das ausgezeichnete
Februar-Programm.
Dienstag, den 1. März:
Yvette Guilbert.

Kupferschmiede.

Sonntag, den 5. März 1904:
Großer Wiener Maskenball
im Böhmisches Brauhaus, Landsberger Allee 11-13.
Zur Aufführung gelangt: **Ein Grönländerfest.**
Kaffeepause findet nicht statt. Die Kasse ist bis 4 Uhr geöffnet.
Anfang 8 1/2 Uhr. Bilette inkl. Tanz 50 Pfennig. Ende 11 1/2
Gäste willkommen. (21336) Das Komitee.

Verband der an Holzbearbeitungsmaschinen
beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 12. März 1904:
Grosser Wiener Maskenball
im großen Saal von Keller, Kopenstraße 20.
Bilette sind beim Kassierer, den Beitrags-Sammlern und im Arbeits-
nachweis, Kleine Andreasstraße 15, zu haben. 76/3*
Um zahlreiche Beteiligung bitten. Der Vorstand.

Germania-Prachtsäle
Chausseest. 103. Arnold Scholz.
Jeden Sonntag:
Familien-Ball
bei stark besetztem Orchester.
Anfang 6 Uhr. Entree 50 Pf.
Im selben Saale von 5 Uhr ab:
Grosser Ball
Königstadt-Kasino
Polymarktstr. 72. Ede Alexanderstraße.
Täglich:
Franz Sobanski.
Neu! The Byrons, Film u. Flumm,
Eugen Nighon.
Die Februar-Specialitäten.
Neu! **Der Ehrenpokal.** Neu!
Nach der Vorstellung: **Mittwoch,**
Sonntag u. Sonntags: **Tanz.**

Alhambra
Wallnertheater-Str. 15.
Jeden Sonntag.
Großer Extra-Ball bei doppelt
besetztem großen Orchester. Anfang
5 Uhr. Empfehle mein Lokal für
Bereine und Veranstaltungen.
39112* A. Zamiatat.

Café Meyer
Dresdener Strasse 128/29.
Kaffee 10 u. 15, Bier, hell u. dunkl., 10 Pf.
ca. 50 Zeitungen; 2 Billards. 40 Pf.
Zahlstelle der Freien Volksbühne.*

Restaurant
Karpfenteich
Inhaber: **Karl Wanzlik.**
Grösster Saal
ca. 600 Personen fassend.
Empfehle mich den werten
Vereinen zu allen Festlichkeiten.
1906b **Der Wirt.**

Berliner Uk-Trio.
Felix Scheuer **U** Stralanderstr. 1.
Lichtenberg!
Gudrunstr. 1 (Ecke).
Weg zum Central-Friedhof.
Den Genossen und Friedhöfen-Be-
suchern empfehle meine Lokalitäten,
Spiele und Getränke, Kaffee, etc.
Angenehmer Aufenthalt. 121506
Karl Saschan Nachf. (Ernst Wolff.)

Gesellschaftshaus
Swinemünderstr. 42.
Jeden Sonntag: **Grosser Ball.**
Säle für Hochzeiten, Festlichkeiten
und Veranstaltungen. Sonntags
und Sonntags sind noch zu ver-
geben. 2107b
Paul Reinhardt.

Hofjäger-Palast
Hasenheide **Felsenkeller** Hasenheide
52-53. Heute sowie täglich: **Grosser Bockbier-Rummel**
bei freiem Entree. 42932*
Sonntags: **GR. BALL.**

Märkischer Hof, Admiralstr. 18c.
Säle, 150 bis 500 Per. 4 Vereinszimmer
zu Veranstaltungen und Festlichkeiten. Der kleine Saal ist Sonntags
bei freiem Orchester an Vereine zu vergeben. 38562*
Jeden Sonntag: **Großer Ball.** Starke Orchester.
Anfang 5 Uhr. Fritz Schula.

Treptow. Bades Volksgarten
Haltestelle d. elektrischen
Strassenbahn (Siemens).
Jeden Sonntag: **Ball.** - Vereinen bestens empfohlen. Amt IV 1278.

Hasselwerder a. d. Oberspree.
Jeden Sonntag: **Grosser Ball** bei vollem Orchester. - Vereinen
steht mein Lokal jederzeit zur gefälligen Verfügung. 42932*
Um freundlichen Zuspruch bitte. **Gustav Hempel.**

„Zum Sportshaus“
Ziegenhals bei Zeuthen
(Vorort-Station der Grlitzer und Stadtbahn)
am Krossener bei Rauchfangwerder gelegen,
mit Dampfheizg., großem Tanzsaal mit elektrischem Orchester; Regel-
bahnen, geräumige Hallen, circa 2000 Personen fassend. Table d'hôte
für Vereine von 20 1.- an. Gutgeflugte Biere. ff. Weissbier, Kaffee-
tische, bedeutend vergrößert (Alter 75 J.). Postfabriken, Volks-
belustigungen. Große Spielplätze im schönen Hochwald.
Stelle an Wochentagen sehr billige Dampfer.
Telephon: Amt Wustrowstr. Nr. 75 und Berlin Amt III Nr. 1813
(Verband deutscher Gastwirthe). 42922*
Anfangsbooth **Max Mürschel.**

Dampfschiffs-Reederei
Robert Tismer
Nieder-Schöneweide Teleph. Nr. 14
empfiehlt seine Salon-Dampfer den vereinten Vereinen, Gesellschaften,
Schulen etc. zu Ausflügen nach der Oberspree zu folgenden Preisen. - Näheres
zu erfragen im Restaurant **G. Barcus,** Bräudenstr. 7, Amt IV 4472, von
morgens 10 bis abends 9 Uhr. 40472*

Kronleuchter-Fabrik Siegel & Co.
Prinzenstrasse 33. 68/12*
Gr. Auswahl 400 versch. Kronen etc. von 10-250 M.
Ausverkauf
35 5 M. älterer und einzelner Muster bedeutend unter Preis.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 1. März 1904, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung.

im Marienbad, Badstraße 35.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Bartels über: „Entwicklung des Socialismus von der Utopie zur Wissenschaft.“ 2. Diskussion.
Da dieser Vortrag außerordentlich interessant und lehrreich ist, ladet zu dieser Versammlung besonders ein
246/10

Der Vorstand.

Verein für Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse.

Montag, den 29. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den Armiahallen, Kommandantenstr. 20:

Vortrag des Herrn Dr. Conrad Schmidt über:

„Geschichtsauffassungen“.

Gäste willkommen. [55/5] Der Vorstand.

Achtung! Genossen und Genossinnen. Achtung!

Dienstag, den 1. März, abends 8 1/2 Uhr:

Volks-Versammlung

im Märkischen Hof, Admiral-Strasse 18 c

Die Grundzüge des Socialismus.

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten G. Wurm über: 1/5
2. Diskussion.
Um zahlreichen Besuch ersucht Die Vertrauensperson.
Am Mittwoch den 2. März, findet in der Kronen-Brauerei, Mt. Roabit, eine zweite Volks-Versammlung statt, wo Reichstags-Abgeordneter Genosse Schöpplin referieren wird.

Kolleginnen und Kollegen der Damenmäntel-Branche!

Montag, den 29. Februar, abends 8 1/2 Uhr im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27 c:

Oeffentlich. Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Tactrow über: „Die gewinnbringende Konfektions-Industrie und der Anteil der Arbeiter und Arbeiterinnen an diesem Gewinn.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Die Kolleginnen und Kollegen, die in der Damenmäntel-Konfektion beschäftigt sind, werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
162/7 Der Einberater.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 3353.

Montag, den 29. Februar 1904, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

der Gürtler und aller in Gürtlereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, großer Saal.

Tages-Ordnung:

1. „Die Arbeiter-Schutzgesetze im deutschen Reichstage.“ Referent: Reichstags-Abgeordneter Kollege Alwin Körtgen. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der gesamten Agitationskommission. 4. Verschiedenes.
Das Erscheinen aller Kollegen erwartet
112/8 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Lackierer. Achtung!

Dienstag, den 1. März 1904, abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

Grosse Versammlung der Filiale II der Vereinigung der Maler, Lackierer etc. Deutschlands.

Tages-Ordnung:

1. Berichtserstattung vom Protokolltag. 2. Berichtserstattung des Vorstandes über die Verhandlungen mit der Filiale I, betr. die Verschmelzung. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. 107/4
Der Wichtigkeit obiger Tagesordnung wegen ist es Pflicht jeden Kollegen, zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Verband der Tapezierer.

Filiale Berlin. (Engel-Ufer 15, Zimmer 35.)

Mittwoch, den 2. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Kiesel. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheit. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen.
177/5 Die Ortsverwaltung.

Verein deutscher Schuhmacher.

Montag, den 29. Februar 1904, abends 8 1/2 Uhr:

Schossarbeiter-Versammlung

in den Johannis-Sälen, Johannisstr. 20.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Gefellen-Ausschusses und der Schiedsgerichts-Mitglieder. 2. Wahl eines Branchenführers. 3. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.
NB. Sonntag, den 13. März, nachmittags 4 Uhr, findet ein Urania-Besuch statt. Billets a 60 Pf. sind im Bureau zu haben. 169/8

Achtung! Bauhandwerker. Achtung!

In der Lohnbewegung der Miesener-Hilfsarbeiter ist insofern eine Wendung eingetreten, daß die Organisation mit dem größten Teil der Firmen einen Tarifvertrag vor dem Gewerbegericht abgeschlossen hat. Trotz dieses Vertragsabschlusses ist es der Organisation nicht gelungen, die drei Firmen G. Ende, N. Rosenfeld u. Co. und Willeroth u. Vogt zur Anerkennung unserer Forderung zu bewegen.
Da diese drei Firmen in jeder Art und Weise versuchen, Arbeitswillige anzuziehen, so ersuchen wir alle organisierten Bauhandwerker, und auch ferner in diesem Kampfe zu unterstützen, indem sie die auf den Bauten beschäftigten Miesener-Hilfsarbeiter nach der roten Arbeitsberechtigungskarte fragen.
Jeder Miesener-Hilfsarbeiter, der ohne diese Karte angetroffen wird, arbeitet bei gesperrten Firmen und ist somit als Arbeitswilliger zu betrachten.
Gesperrt sind die Firmen: G. Ende, N. Rosenfeld u. Co. und Willeroth u. Vogt!
Die Ortsverwaltung
des Verbandes der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter.

Graumanns Festsäle und Garten.

Raunustraße Nr. 27.

Sonntage und Sonnabende im April und Mai noch zu vergeben. 38232* Gustav Graumann.

Central-Verband der Maurer etc.

Zweigverein Berlin.

Freitag, den 4. März 1904, abends präcise 8 Uhr, bei Keller, Koppenstraße 29:

General-Versammlung

für sämtliche Bezirke und Zahlstellen der Maurer, sowie der Sektion der Putzer und der Sektion der Gips- und Cementbranche, gleichzeitig der Gruppe der Ziegeleier.

Tages-Ordnung: Als einziger Punkt: Diskussion über die zur Zweigvereinsverwaltung vorzuschlagenden Kandidaten. Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Zutritt.

Der Zweigvereins-Vorstand.

Achtung!

Sektion der Gips- und Cementbranche

Dienstag, den 1. März 1904, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal IV:

General-Versammlung

für sämtliche in der Sektion organisierten Ritzputzer, Spanner und Cementierer.

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht des Vorstandes. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Vorstandswahl. 3. Gewerkschaftliches. Erscheinen aller Kollegen dringend notwendig. Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand.

Ohne Konkurrenz! Fahrräder. Ohne Konkurrenz!

Die Produktiv- und Einkaufs-Genossenschaft für Radfahrer

(Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes)

empfiehlt zur bevorstehenden Saison:

„Voran II“, Räder mit Doppelglockenlager (D. R. P. Nr. 1596), das beste Kurbellager der Welt, abfolot staubfester, garantiert 2 Jahre ohne Delung laufend, in Gummi, 146 M., desgl. mit II. Qualität Gummi (1 Jahr Garantie) 140 M.

„Voran II“, Räder mit Doppelglockenlager (Kurbel- und andre erstklassige Systeme) mit Ia Gummi, 138 M., mit Torpedo-Freilaufnabe mehr 13,50 M.

Teilzahlung: Anzahlung 58 M., monatlich 10 M., bei bar keine Ermäßigung.

Alle Räder werden in Zahlung genommen.

Wer sich durch marktübliche Preise verleiten läßt, für einen niedrigeren Preis ein neues Rad zu kaufen, betrügt sich selbst. Nur durch große Abschlässe mit ersten Firmen und Ausschaltung des Zwischengeldes sind wir in der Lage, vorstehend günstiges Angebot zu machen.

Sämtliche Zubehörtteile: Laternen, Schläuche, Mäntel, Karbid etc., nur Ia Ware, billiger wie überall.

Jedes von uns gelieferte Rad wird nach Angabe des Bestellers angefertigt. Lieferzeit 8 Tage.

Bestellungen nehmen entgegen und Auskunft erteilen: W. Hein, Gohlerstr. 16; M. Labbe, Schweinmünderstr. 69 III; Fr. Soraphin in Rummelsburg, Rantstr. 16; in Steglitz: Herderstr. 6 vorn II rechts. Dasselbst werden auch Mitglieder aufgenommen.

Heute, Sonntag, den 28. Februar, in den Andreas-Festsälen, Andreasstraße 21:

Mitglieder-Versammlung (im kleinen Saal).

Gäste willkommen. — Räder stehen dort zur Ansicht aus.

Achtung!

Achtung!

Charlottenburg!

Freitag, den 4. März, abends 8 Uhr im Volkshause, Rosinenstraße 3:

Volks-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Unsere Waffen im Befreiungskampfe des Proletariats.

Referenten:

Genossin Steinbach, Hamburg.

Genosse Simon Rahenstein.

2. Diskussion.

Arbeiter, Frauen, erscheint zahlreich in dieser Versammlung.

100/8

Der Einberufer.

Lichtenberg!

Dienstag, den 1. März, abends 8 1/2 Uhr:

Volks-Versammlung

im Saale des Herrn Höflich, Frankfurter Chaussee 120.

Tagesordnung:

1. Der Alkoholismus und die moderne Arbeiterbewegung. Referent Dr. Fröhlich-Wien. 2. Diskussion.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Filiale Berlin.

Sonntag, den 28. Februar cr., vorm. 9 1/2 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c:

Ausserordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Kommission.

2. Eventuelle Wahl des Beamten.

3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Da die Versammlung pünktlich eröffnet wird, ersuchen wir bei der Wichtigkeit der Tagesordnung um das Erscheinen sämtlicher Mitglieder.

64/3

Die Ortsverwaltung.

Adolf Letzel

Kommandantenstraße Nr. 14, Laden,

sind wieder die schönsten und billigsten

Masken - Kostüme zu haben.

Vorzeiger dieser Annonce 15 Pr. extra.

Möbel-Fabrik Fechner & Preidel

Berlin C., Neue Schönhauser Strasse 2, am Hackeschen Markt, im Fabrikgebäude.

4200L*



Dieser Schrank, echt nussbaum

Mk. 48.—

Ebenso das dazu passende Vertiko.

Abends bis 9 Uhr, Sonntags bis 2 Uhr geöffnet.

Komplette Einrichtungen.

Einfache und elegante Möbel.

Verlangen Sie Preisliste gratis und franco.

5 Jahre Garantie.



Diese Bettstelle, nussbaum, mit Matratzen und Keilkissen

Mk. 49.—

Katalog gratis. Metzner's

Korbwaren. Kinderwagen. Bettstellen.

Berlin O., Andreasstr. 23, gegenüber Andreasplatz.

II. Brannenstr. 95, gegenüber dem Humboldthain.

III. Beusselstr. 67, Moabit, Hausnummer achten.

IV. Leipzigerstr. 54-55, unter den Kolonnaden.

Verkauft Hof in Fabrikgebäuden. Billige Preise.

Grösstes Spezial-Geschäft.

1000 Mark zahle jedem, der mir in Berlin ein größeres Spezial-Geschäft in der Branche als das meine nachweist.

Geschäftsgründung 1873.

Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik

Reichenbergerstraße 5. A. Schulz, Reichenbergerstraße 5.

Empfehle Einrichtungen von 240 bis 5000 M. in nur anerkannt gediegener Ausführung, auch einzelne Stücke, zu äusserst billigen Preisen.

Streng reelle und gewissenhafte Bedienung.

[42502*]

Couranteste Zahlungsbedingungen.

Extra-Preise A. Wertheim

Warenhaus

Montag
Dienstag
Mittwoch

soweit der Vorrat reicht:

Kleiderstoffe

| | | | |
|---------------------------|---------------------------------|--------------------|----------|
| Reinwoll. Beige | Kreppgewebe | Mtr. 80 Pf. u. | 1.20 Mk. |
| Reinwoll. Beige | Köpergewebe | Mtr. 95 Pf. u. | 1.45 Mk. |
| Kostümstoffe | englisch gemustert | Mtr. 1.05, | 1.45 Mk. |
| Melierte Stoffe | mit weissen Streifen und Noppen | Mtr. 1.25, | 1.55 Mk. |
| Reinwoll. Cheviots | m. schmal. Streif. | Mtr. 90 Pf. u. | 1.45 Mk. |
| Gestreifte Fantasiestoffe | | Mtr. 1.15, | 1.70 Mk. |
| Gestreifte Blusenstoffe | | Mtr. 1.25, | 1.50 Mk. |
| Reinwoll. Cheviots | einfarbig 1,10Mtr.br., | Mtr. 1.10, | 1.45 Mk. |
| Reinwollene Satins | in allen moder- nen Farb. | Mtr. 1.40, | 1.75 Mk. |
| Imitierte Waschseide | | Mtr. 50, 75 Pf. u. | 1.05 Mk. |
| Reinseiden Taffet | gestreift | Mtr. 1.35 u. | 1.95 Mk. |
| Schottisch. Blusen- seide | mit Chiné- Effekten | Mtr. 1.35 | Mk. |

Kostümstoffe

schwere Qualität ca. 1,30 Mtr. breit 1.60 u. 2.35 Mk.

Foulard und Liberty

bedruckt, blau-weiss und mittelfarbig, neue Muster Mtr. 1.50 u. 1.90 Mk.

Ein grosser Posten

Blusen- seide

gestreift und kariert vorwiegend blau-grün Mtr. 95 Pf.

Ein Posten französischer

à jour Waschstoffe

weiss und écreu Mtr. 1.45 u. 1.95 Mk.

| | |
|--------------------------|-------------|
| Bedruckter Organdy | Mtr. 50 Pf. |
| Bedruckter Madapolame | Mtr. 38 Pf. |
| Bedruckter Baumwollsurah | Mtr. 52 Pf. |

Illustr. Katalog kostenfrei.

A. Schonert

Betten-

Bettfedern- und Daunen-Specialgeschäfte

50., Oranien-Strasse 12, (Ecke Heinrichplatz)
W., Gleditsch-Strasse 49 (Winterfeldtplatz).

4956L*

| | |
|----------------------|-----------------------|
| Kinderbettstellen | v. 7,50 bis 110,- Mk. |
| Betten, der Stand | 12,- " 110,50 " |
| Bettfedern, das Pfd. | 0,50 " 6,- " |
| Daunen, das Pfund | 2,50 " 10,- " |

Rosshaar-Matratzen, Daunendecken, Kamelhaardecken, Schlafdecken.

Neu aufgenommen am Heinrichsplatz:

Kinderwagen.

Billige, feste Preise. —
Satin-Steppdecken v. 5,75 Mk. an

7. 5 Mk. an Metall-Bettstellen

7. 6,50 Mk. an Polster-Bettstellen

Eigene Polsterwerkstatt.
Polster-Matratzen v. 3,75 Mk. an

Raucher Haas-Tabak



Specialität:
Anerkannt beste Qualitäten
in 10, 20 u. 30 Pfg.-Packeten
für kurze und lange Pfeifen
zu haben in den Cigarren-Specialgeschäften.

Engros-Niederlagen für Wiederverkäufer:
L. Friedr. Eckardt, Berlin W., Unter den Linden 31.
H. Saltzmann, Berlin S., Luisen-Ufer 3.
F. August Schmidt, Berlin SO., Köpenickerstr. 116.
H. & P. Uder, Berlin SO., Engel-Ufer 5.
A. Capelle, Charlottenburg, Kantstr. 115.

Ernst Hess

Harmonika-Fabrik
(gegr. 1872)

Klingenthal (Sachsen).

Liefert seine dauerhaft gebauten und auf den Weltausstellungen zu Sydney und Melbourne wegen ihres prächtigen Orgeltones mit dem 1. Preis gekrönten 1743b*

Konzert-Zug-Harmonikas



mit offener Nickel-Klavatur, Steil. (11 Falt.) Doppelbalg mit vernickelten Stahlblechschutzecken. ff. poliertem Gehäuse und kräftigen Doppelbässen. M.

| | |
|----------------------------------|-------|
| 10 Tast., 2chör., 2 Reg., 50 St. | 5,- |
| 10 " 3 " 3 " 70 " 7,- | |
| 10 " 4 " 4 " 90 " 9,- | |
| 19 " 2mal 2chörig 108 " | 10,50 |

Schule zur Selbsterlernung sowie Kiste und Verpackung umsonst. Porto extra. Glockenspiel M. — 60 mehr. Reich illustrierte Preis-Kataloge über Zugharmonikas (120 verschiedene Nummern von M. 2,- bis M. 80,-), Zithern, Violinen, Musikwerke usw. verschicke umsonst und portofrei.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für (70/13)*
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4

Anzüge nach Mass

24 Mk. 30 Mk.

Paletots nach Mass 22 Mk. an,

fertige ich aus prima Stoffresten unter Garantie des guten Sitzes mit guten Zuthaten in sauberer Verarbeitung.

August Löther, Prinzenstr. 38, I am Moritzplatz.

(vormals Leiter der Renterhandlung Bellealliancestr. 98. I.)

Künstl. Zähne

fadellose Ausführung
von 3.-Mk. Plomben v. 2.-Mk. an.

Max Guckel, Lausitzer

Vorzeiger dieses erhält 4Mk. Ermässigung bei Auftrag v. 10.-Mk., unter 20.-2Mk. Teitzahlung gestattet.

Die Tuchfabrik-Niederlage

verkauft spottbillig direkt an Private

Herren-Stoffe

für Anzüge, Paletots, Kinderanzüge etc., Damen-Kostümstoffe.
Damen-Tuche, feinste Glanzware,
Billard- u. Pulttuche.

Koch & Seeland
Berlin C., Ross-Str. 2

Verfammlungen.

Erweiterung. Gegenüber dem Verdunkelungsmanöver durch das Eingefandt von Kater... Ist das nicht unwürdig? Ist das nicht anstatt Agitation und Organisation Gewerkschaftszersplitterung?

Wenn es sich in dieser Versammlung lediglich darum dreht: „Dass eine Streikbrecher-Organisation im Berliner Gewerkschaftskartell Aufnahme finden“, so ist es dasselbe, als wenn wir fragen: „Dass die Geschäftskommission der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften die Statuten einer Streikbrecher-Organisation so mundgerecht ändern, dass das Berliner Gewerkschaftskartell diese Organisation anerkennt...“

es eines Parteigenossen oder socialdemokratischen Gewerkschaftlers unwürdig, eine Streikbrecher-Organisation zu veranlassen, sich auf den Boden des socialdemokratischen Gewerkschaftsgedankens zu stellen?

Ich antworte: So, wie es in diesem besonderen Fall liegt, ist es unwürdig und anmaßend von Kater, sich damit zu brüsten! Vor dem 1. Januar 1905 hat die Geschäftskommission mit dem langen Namen kein Recht, in die inneren Angelegenheiten unserer Berufsorganisation einzugreifen!

Kater fragt aber (in abgeklärter Form) weiter: „Welche Organisation bietet nicht alles auf, um indifferente Personen der Organisation zuzuführen? Es wird in Zukunft die Aufgabe der Geschäftskommission sein, darüber zu wachen, dass jetzt der Zentralverband eine gute disciplinierte Arbeiterorganisation werde.“

Nichts als Verschleierung der Thatsache, dass es sich hier gar nicht um indifferente Personen handelt, für welche sich ein fernstehender Organisator noch Mühe geben braucht, um diese Leute anzuklären! Es ist eben eine gut disciplinierte Streikbrecher-Organisation und sie kann diesen Kater mit Schimpfen, indem sie erstmal den Beweis erbringt, dass sie es nicht mehr ist.

aber Kater umso weniger durch seine Ueberwachung, als wir selbst schon Erfahrungen genug haben und die Herren während 3 Jahre nicht abhalten konnten, unsozialistisch zu handeln.

Bei offener kennzeichneter Kleinlein die Geschäftskommission, indem er ausführte, dass, wenn wir uns nun schon 3 Jahre lang bemüht haben, die räudigen Schafe zu uns heranzuziehen und zwar ohne Erfolg, so schadet es auch nichts, wenn sie sich dieser noch Ausgestoßenen jetzt schon annehmen!

Also anstatt machtvolle Einigkeit in gleichinteressierten Arbeiterkreisen zu fördern, sucht man Zersplitterung da herbeizuführen, wo überhaupt nur eine sehr beschränkte Arbeiterzahl vorhanden ist!

Wir erklären, dass bis zum 1. Januar 1905 diese Organisation unwürdig ist, auf gleichem Boden mit andren Kampforganisationen zu stehen! Bleibt sie der Geschäftskommission angeschlossen, dann muß sie vom Berliner Gewerkschaftskartell ausgenommen werden und dieses stellt sich abseits aller bisher geübten Praktiken in der Arbeiterbewegung!

Im Auftrag des Zentralverbandes der Stultateure Zil. Berlin: P. Krebs.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (C. S. Hamburg). Zitate Berlin 1. Sonntagvormittag 10 1/2 Uhr in Habels Brauerei, Bergmannstr. 57, Mitglieder-Versammlung. — Zitate Berlin 9 und 10. Mitglieder-Versammlung Sonntagvormittag 9 Uhr bei Hoyer, Waldstr. 8.

Allgemeine Familien-Sterbefälle. Deute Jahrlag: Katerstraße 123 bei Dieck und Karllannenstraße 48 bei Liebenfeld von 3-6 Uhr.

Unsre heutige Beilage bitten zu beachten:

Lehmann & Assmy, Spremberg L.

Einzig Tuchfabrik Deutschlands, die ihre Fabrikate an jeden Privatmann versendet.

Nähr Malzkaffee

bestes und Nahrungs Genussmittel Ceylon Kaffeesatz



Ceylon-Malzkaffee u. Kaffee Surrogatfabrik Röhrensdorf-Chemnitz. Vertretung und Engros-Lager bei E. Bergmann, Berlin. Fernsprecher IX 7054 Pariserstr. 2

Günstige Gelegenheit.

In aufblühendem Vorort, vorzügl. Verbindungen, verkaufe meine in prachtvollem Birkenwald belegenem Parzellen bei kl. Anz. mit Baugeld und Hypothek. Offerten unter G. A. 363 an Rudolf Mosse, Berlin, Leipzigerstr. 103. 73/18*

Kanarienvögel!

Edelroller, Stamm, vielfach mit den höchsten Ehrenpreisen prämiert, silb. u. gold. Medaillen, a 8, 12, 15, 18 R. u. höh. In Juchtwelchen 2 R. Garantie für Güte u. gelunden Empfang. Preisliste frei. W. Walter, St. Andreasberg i. Harz Nr. 76. 72/5*

29

Gardinenhaus Bernhard Schwarz Wallstr. 29 Juch-Eing.

Servus

macht Schuhe und Stiefel spiegelblank geschmeidig wasserdicht doppelt haltbar.

Bleibt bei nassem Wetter glänzend.

Man verlange den echten Servus in Dosen à 25 Pf. in Drogen-, Seifen-, Schuh- und Kolonialwarenhandlungen.

Servus

Das beste Lederputz- und Konservierungsmittel der Gegenwart.

Fabrik Lubszynski & Co., Berlin NO. 18.

Zahn-Klinik. Olga Jacobson, Preis beliebige Teilzahlung. Invalidenstrasse 145.

Dr. Schönemann Spezialarzt für Haut-, Haar- und Frauenleiden, Seydelstr. 9. 1/2, 12-1/2, 3, 4, 6-1/2, 8, Sonnt. 9-11

Künstliche Zähne, Carl Goeringer, Dentist, N. Eichendorffstr. 21, früher Drummstr.

Kranz- und Blumenbinderei E. Ebel, Katerstr. 35. 2102b

RESTE zur Damen-Mantel-Konfektion, Mädchen- und Knaben-Garderobe. Fertige Jacketts, Capes, Paletots, Kostümröcke etc. Grösste Auswahl, Billige Preise. C. Pelz, Kottbuser Strasse 4.

Zeitschrift Auf allerbequemste Weise alle Arten Uhren, auch Goldwaren usw. (wöchentlich nur 1 R.). Jahre & König, Watzehauerkr. 72 I.

Berlin SW., Alte Jakobstr. 124. Elektrotechnik Maschinenbau- und Bau-Schule. Werkstätten. Gegründet 1874. Elektro-Maschinen-, Bau-, Ingenieur-, Techniker-, Werkmeister-, Monteur-Ausbild. Vorkenntnis nicht erforderl. „Neue Abendkurse.“ Prospekt kostenlos.

Achtung! Den werthen Genossen zur Kenntnis, dass ich Langestraße 12 eine Restauration „Zum Zehnfuß“ eröffnet habe und mich bestens empfehle. Achtungsvoll Hiller. 2105b

Zur Warnung!

Es kommt öfters vor, daß gebrannte Gerste oder geröstetes Malz — die offen ausgetwogen zum Verkauf kommen — für Kathreiner's Malzkaffee oder für „gerade so gut wie Kathreiner“ ausgegeben werden. Solche Behauptungen sind falsch! Der patentierte Kathreiner's Malzkaffee besitzt infolge seiner eigenartigen Herstellungsweise ein feines Aroma und ist ein kaffeeähnlichen Wohlgeschmack, Eigenschaften, die jedem andern Malzkaffee fehlen. Der „Kathreiner“ kommt nur in Paketen mit Bild des Prälaten Kneipp als Schutzmarke zum Verkauf.

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Das erste fettgedruckte Wort 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe. Restauration, Erlitz, namwelsch, sofort zu verkaufen. Erfragen bei Ballian, Neue Döbstr. 14. Restauration billig zu verkaufen Schönleinstr. 20. 775* Wäntankaffee handelsüblich verkauft. Hermann, Kottbuserstr. 24. Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, pastore. 787* Porzellan-Verkauf, Winterpalast, Weinfelder, aus feinsten Porzellan (spottbillig täglich, Sonntagverkauf, Deutsches Verbandshaus, Jägerstr. 63, I. 20833* Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Kasse des Hotels im Teppichlager Brünn, Gutscher Markt 4, Bahnhof Böck. 93/22*

Herren-Garderobe noch Rohsaubere Arbeit, großes Stofflager, Gilet, Anzug à la carte an. Kauft beim Handwerker, lässt den Handwerker verdienen. Teilzahlung gestattet. J. Dörge, Dredenerstr. 109. Mieten in Berlin und Umgebung werden hiermit aufgefodert. Ihre Garderobe bei Hermann Schlessinger, Turmstr. 85, zu kaufen. Jede Größe und Farbe vorhanden. 2132* Rollen Sie einen Sohn einbringen, so kaufen Sie den Anzug bei Hermann Schlessinger, Turmstr. 85. Er hat die beste Ware, die billigsten Preise und keinen Handel. 2132* Winterpaletot, Herrenanzüge, wenig getragene Kommodgarderobe von 6 Mark an. Große Auswahl, auch neue, zurückgelehrt, kauft man am billigsten direkt nur beim Schneidermeister Rüstengel, Rosenfelderstr. 15 III. 21178*

Anzugreife 8,00, Hosenreife 3,00, Reiterhandlung, Lichtbergstr. 9. Steppdecken wegen Umzug billig Bleitner, Grünweg 8. 1924b* Teilzahlung, Möbel, Spiegel, Bilder, Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Portieren, Regulatoren, Remontoiruhren, Uhren, spottbillig Leihhaus Reanderstr. 6. 752* Regulatoren, Remontoiruhren, Uhren, spottbillig Leihhaus Reanderstr. 6. Spiegel, Bilder, Piano, Möbel spottbillig Leihhaus Reanderstr. 6. Teppiche, Vorleger, Divandecor spottbillig Leihhaus Reanderstr. 6. Betten, Steppdecken, Tischdecken, Kissen, Kleidungsstücke spottbillig Leihhaus Reanderstr. 6. 751* Betten, Bettstühle, Aussteuerwägel, spottbillig, Handleihhaus Reidenweg 19. 747*

Teppiche, Gardinen, Steppdecken, Portieren, Tischdecken spottbillig räumungshalber Potsdamerstr. 100, Conrad Hoyer. 21118* Gardinen, Steppdecken, Tischdecken, Spottpreise, Handleihhaus Reidenweg 19. 747* Jalousienzüge, Winterpaletots, herabgelicht, spottbillig, Handleihhaus Reidenweg 19. 747* Teppiche, Damenschuhe, Anlette, Spottpreise, Handleihhaus Reidenweg 19. 747* Remontoiruhren, Regulatoren, Freiwinger, Handleihhaus Reidenweg 19. 747* Kanarienvögel, Fedweibchen, Neufanteln, Wasserfliegen, lebende Wasserflöhe, Grünauerstr. 14, Baumarkt, Vogelhandlung. 720 Kanarienvögel, Fedweibchen, Reu-Weibchen, Schönstr. 2. 775

Kanarienvögel, prima Fedweibchen, Dredenerstr. 54 Hof IV. Abends, Sonntag. 775 Kanarienvögel 5,00, Weibchen, Kramer, Jägerstr. 136. 750* Kanarienvögel, 4,00 an, größte Auswahl, Juchtwelchen, Müller, Liegnitzerstr. 38 vorn IV. 720 Kanarienvögel, Weißblut, Zebmann, Chorinerstr. 63. 720 Kanarienvögel verkauft Sonntag und abends Stargarderstr. 88 vorn IV. 720 Fedweibchen, scharf, 6,00, Baum, Chorinerstr. 34, Luergebäude. 770 Kanarienvögel, Juchtwelchen, billig, Franer, Kottbuserstr. 5. 7100 Kanarienvögel, Stamm Selbst, Stamm Teute, Original, Weibchen verkauft Gödde, Reinholdstr. 54. 7100

Kanarienvögel, Juchtwelchen, Christinenstr. 32. 2181b Gedächtnis, Juchtwelchen, Gartenstr. 35. 2191b Kanarienvögel, edle Weibchen billig, Krebs, Schönleinstr. 17. Kanarienvögel 4,00, Affe billig, Reanderstr. 7. 706 Kanarienvögel, Stallhändlerstr. 59. 7517 Kanarienvögel, Stamm Selbst, gute Fedweibchen billig, Kahl, Kirdorf, Thüringerstr. 44. 2111b Gedächtnis und Weibchen, Leubnerstr. 12, Restaurant. 761 Kanarienvögel und Weibchen, vielfach prämiert mit Ehrenplomben und Ehrenpreisen, vielen Medaillen, zur Ansicht, Krebs, Köpenickerstr. 151a. 7144

